

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Reichstagswahl am 6. November?

Die Reaktion verlangt den Staatsstreich

Nachdem im Anschluß an das Beuthener Urteil Hitler endgültig die Fäden zu Papen, wenn auch nicht zu Schleicher, zerschnitten hat und die Verhandlungen mit dem Zentrum aus diesen und anderen Gründen gescheitert sind, ist auch das Schicksal des eben gewählten Reichstages entschieden. Der Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichstag ist nunmehr unvermeidlich, ebenso unvermeidlich ist damit die Auflösung des Reichstages, dessen Lebensdauer also nur wenige Tage betragen wird, wenn er nicht schon am Tage der Eröffnung sein Todesurteil erfahren sollte.

Die „Deutsche Zeitung“, ein Organ der jetzt herrschenden Gruppen, schreibt denn auch ganz unverblümt:

„Wir nehmen mit größter Wahrscheinlichkeit an, daß die Auflösung des neuen Reichstages wenige Tage nach seinem Zusammentritt unvermeidlich sein wird.“

Was aber geschieht nach der Reichstagsauflösung? Die Papen-Regierung kann nicht damit rechnen, daß durch die Auflösung und Neuwahl irgend etwas an gegenwärtigen Zustand und Stimmverhältnis geändert werden könnte. Die parlamentarischen Fronten sind zweifellos für den Augenblick festgefahren und nur ganz geringfügig veränderlich.

Damit treten nunmehr die Gedankengänge in den Vordergrund, die mit einem Verfassungsbruch oder einer Verfassungsänderung spielen.

So schreibt die „Deutsche Zeitung“:

„Ueberlegungen innerhalb der Reichsregierung scheinen sich augenblicklich auf die Frage zu erstrecken, ob — nach den bisher gültigen Bestimmungen — eine Neuwahl innerhalb von 60 Tagen erfolgen soll oder ob das Reichskabinett, gestützt auf das Notstandsrecht, die angekündigten Maßnahmen zum Umbau des Staates unter der Ausschaltung der Wahlmaschine durchführt. Diese zweite Lösung erscheint fast unvermeidlich, wenn Deutschland nicht in einem Augenblick, wo innen- und außenpolitisch folgenschwere Entscheidungen heranzureifen, nach den Regeln eines überalterten Parlamentarismus sich zu Tode wählen soll.“

Noch deutlicher wird die „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

„Es ist“, so schreibt sie, „höchst bedauerlich, daß die nationalsozialistische Bewegung, in voller Verkennung der geschichtlichen Stunde, in der Deutschland lebt, diesen überholten Parteirummel mitmacht. In Wirklichkeit sind alle diese Dinge seit dem 13. August unerheblich geworden. An diesem Tage haben Reichspräsident und Reichsregierung den letzten Versuch gemacht, durch die Einladung Hitlers zur Mitarbeit noch einmal eine Mehrheitsregierung auf die Beine zu stellen, und nach unserer Auffassung muß dieser Versuch tatsächlich der unwiderruflich letzte bleiben.“

Es wäre ein historischer Fehler, wenn die Regierung Papen sich überhaupt noch um eine parlamentarische Basis bemühen würde.

Die Notwendigkeiten des Augenblicks auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, der Innen- und Außenpolitik sind zehnmal wichtiger und müssen unter allen Umständen verwirklicht werden, das heißt, wenn es sein muß, auch gegen das Parlament

Wenn das Parlament es wagen sollte, sich dem Reichspräsidenten zu versagen, muß ohne Zögern und Schwanken der Reichstag abermals aufgelöst und das parlamentarische System endgültig liquidiert werden.“

Goltz fordert Monarchie

Generalmajor von der Goltz fordert in der „Deutschen Zeitung“ offen die Wiederherstellung der Hohenzollernmonarchie:

„Ein Mann im deutschen Reiche scheint berufen, den entscheidenden Schritt hierzu zu tun — derselbe Mann, der Kaiser Wilhelm II. veranlaßt hat, am Morgen des 10. November 1918 die holländische Grenze zu überschreiten. Er, der vor der Geschichte gut zu machen hat, was er im November 1918 tat, muß heute unter Ausnutzung aller ihm zustehenden Befugnisse die staatsrechtlichen Grundlagen für die Wiederkehr der Hohenzollern-Monarchie schaffen.“

Verfassungsinterpretation oder Verfassungsbruch?

Es bestände zwar noch eine Möglichkeit, ohne Auflösung des Reichstages weiterzuregieren. Der staatsrechtliche Berater der Reichsregierung, dessen Haupttätigkeit offenbar darin besteht, die Verfassungsartikel auf ihre „Dehnbarkeit“ zu untersuchen, Prof. Carl Schmitt, glaubt herausgefunden zu haben, daß ein Mißtrauensvotum von weltanschaulich geschiedenen Parteien von rechts und links, also ein Mißtrauensvotum, das nur formal in der Negation übereinstimmt, dem aber ein „einheitliches positives Wollen“ fehlt, keinen Anlaß zum Rücktritt der Regierung zu geben brauchte. Es scheint aber nicht, daß viel Lust dazu besteht, diese etwas übermäßige Dehnung der Verfassung durchzuführen.

Der Staatsstreich wird in seinen letzten Konsequenzen nicht mit Hindenburg gemacht werden können. Allerdings weiß niemand, wie lange Hindenburg aus gesundheitlichen Gründen sein Amt wird ausführen können, und ob er nicht unter irgend einem Drucke zu gegebener Zeit seinen Rücktritt erklären wird. Das würde jedenfalls seine Antwort auf die Forderung des Grafen Goltz sein.

Der Rücktritt Hindenburgs, das dürfte wohl allgemeine Anschauung sein, öffnet für Hitler den Weg. Die Arbeiterparteien werden sich wahrscheinlich auch jetzt noch nicht einigen, um irgend ein aussichtsreiches Gegengewicht gegen eine erneute Kandidatur Hitlers zu bilden. Die Präsidentschaft Hitlers fürchtet aber vor allem die Bourgeoisie, die nicht zuletzt in Anbetracht des hohen Alters Hindenburgs die politische Entwicklung in Deutschland zu beschleunigen sucht, um die großbürgerlich-junkerliche Reaktion zu stabilisieren.

Palastrevolution in der „Eisernen Front“

Das Berliner Tageblatt meldet die Gründung einer neuen Organisation, des „Vortrupps Schwarz-Rot-Gold“, der den Versuch darstellt, die „neue Front der Jugend“ nicht weiterleben kann.“ Diese vom Reichsbanner gegründete Organisation umfaßt die Altersstufen vom 10. bis 17. Lebensjahr, steht auf überparteilicher Grundlage, weil die Jugend genau wisse, „daß keine der bestehenden Parteien das Heil zu bringen vermag“, und hat das Ziel, „den Fehler zu vermeiden, an dem bisher fast alle Arbeit unter den republikanischen Menschen krankte, die Sucht, jede Führung so sehr aller Persönlichkeitswerte zu entkleiden, bis am Schlusse nur noch abstrakte Begriffe, „Vorstände“, „Sekretäre“ usw., übrig blieben.“

Was hat diese seltsame Neugründung, von der das eigentliche Reichsbannerorgan, der „Vorwärts“, noch kein Wort zu melden wußte,

Nationalversammlung?

So bleibt der Regierung Papen gar kein anderer Weg, als durch Auflösung des Reichstages den Weg für eine neue Aera der Notverordnungen frei zu machen und die 60 Tage der parlamentslosen, herrlichen Zeit zur Reichsreform usw. zu benutzen.

Gar kein Zweifel besteht darüber, daß die Neuwahlen bereits nach einem neuen, notverordneten Wahlsystem erfolgen werden. Anstelle des Listensystems wird das Einmannsystem treten und die verfassungsmäßige Stimmverrechnung durch Wahlkreisverbände gesichert werden. Eine solche Notverordnung könnte nach der bisherigen Praxis erlassen werden, da die Einzelheiten des Wahlrechts verfassungsmäßig nicht festgelegt sind.

Voraussichtlich würden die Wahlen dann am 6. November, wahrscheinlich in Verbindung mit den Kommunalwahlen, erfolgen.

Wie wir erfahren, denkt man in verschiedenen Kreisen aber auch an eine Verlängerung der parlamentarischen Zeit über die verfassungsmäßigen 60 Tage hinaus, indem man das neuwählende Parlament, das nachträglich auch die Reichsreform zu bestätigen hätte, als „verfassungsgebende Nationalversammlung“ wählen ließe, und man glaubt, auf diese Weise den Termin der Einberufung des Parlaments bzw. seiner Neuwahl mit guten Gründen verzögern zu können.

Regierungsprogramm im Rundfunk

Wie verlautet, wird die Reichsregierung ihr Programm nicht erst im Reichstag vorlegen, sondern es bereits vorher im Rundfunk durch eine Rede des Reichskanzlers bekanntgeben. Dieser Entschluß ist offenbar unter dem Eindruck der Nachricht entstanden, daß Klara Zetkin, die greise Kommunistin, doch die Eröffnung der Reichstagsitzung präsidieren wird, und dadurch die größte Wahrscheinlichkeit für eine Sprengung des Reichstages entsteht, ehe er sich auch nur konstituieren kann.

Hitlers

„erschütterte Gesundheit“

In nationalsozialistischen Kreisen verlautet, daß Hitlers Gesundheitszustand so erschüttert sei, daß er der Parteiführung nicht mehr gewachsen ist. Es soll die Notwendigkeit bestehen, ihn in einem Sanatorium unterzubringen.

Das „Sanatorium“ ist bekanntlich, auch der Reichsbannergeneral Hörsing hat die Erfahrung machen müssen, die Abdankungsform der Diktatoren.

Will Hitler putschen? Geste oder Kampfansage

Von Max Seydewitz

Durch die gegen die nationalsozialistischen Mörder in Beuthen ausgesprochenen Todesurteile sind ganz zweifellos die in letzter Zeit deutlicher gewordenen Gegensätze zwischen den hinter Papen-Schleicher stehenden konterrevolutionären Kreisen und den Nationalsozialisten nicht unerheblich verschärft worden. Durch diese Urteile ist die vorhandene Gärung in der SA stark gefördert worden und immer deutlicher kommen aus den Reihen der SA Zweifel an die von den Führern in starkem Maße gemachten Verheißungen — wenn die Bürgerkriegssoldaten Hitlers nur wegen der Ausführung der Befehle ihrer Führer unter der Regierung Papen, die ihre Führer erst in den Sattel gehoben haben, zum Tode verurteilt werden.

Das macht verständlich die außerordentlich scharfe Sprache, die die nationalsozialistischen Führer nach dem Bekanntwerden des Beuthener Todesurteiles sprechen. Hitler hat an die zum Tode verurteilten Nationalsozialisten folgendes Telegramm gerichtet:

„Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich mit euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre. Der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsere Pflicht.“

Wenn dieses Telegramm an die Mörder, die ihren Mord vor Gericht zugegeben haben, nicht eine schöne Geste sein soll zur Beruhigung der Gärung in den Reihen der SA, dann ist dieses Telegramm eine unverhohlene Drohung mit dem Kampf um die gewaltsame Beseitigung der gegenwärtigen Regierung. Diese Drohung mit dem Putsch der Nationalsozialisten wird noch deutlicher ausgesprochen in Goebbels „Angriff“, in dessen Leitartikel vom 23. August folgende sehr bezeichnenden Sätze stehen:

„... daß, wenn einem der Verurteilten auch nur ein Haar gekrümmt wird, in Deutschland Vieles nicht nur gefährdet wird, sondern ganz einfach in Trümmern gehen.“

Die Regierung Papen hat auf diese Drohungen mit einer Kundgebung geant-

zu bedeuten? Wie kommt gerade das Reichsbanner dazu, die 10—17jährigen, die wohl kaum dem Zwecke, die Republik zu schützen, dienen können, zu organisieren?

Die Frage ist sehr einfach zu beantworten. Wir wissen, daß ähnliche Bestrebungen schon seit sehr langer Zeit im Gange waren, das Reichsbanner schon lange die Jugendlichen, die die sozialdemokratischen Organisationen, Arbeiterjugend und Kinderfreunde, nicht erfassen können, zu einer Jugendorganisation zusammenfassen wollte, daß aber diese Bestrebungen bisher immer an dem Widerstand der Sozialdemokratischen Partei und der SA gescheitert sind, die keine Konkurrenz dulden wollten. Die Spitze gegen das Parteiwesen, mit der, da es eine andere republikanische Partei nicht gibt, nur die SPD gemeint sein kann, und vor allem die Spitze gegen die Bürokratisierung des Apparats in der Meldung des B. T. läßt deutlich erkennen, um was es sich

handelt. Im Reichsbanner sind noch andere Bestrebungen im Gange, den ihm zu wenig aktiven überalterten Parteiapparat hinwegzufegen.

In den Kreisen der Arbeiterjugend herrscht über diese Ueberrumpelung — die Gründung ging ohne jede Fühlungnahme mit der benachbarten Organisation vor sich — helle Empörung. Da erntet sie nun, was sie gesät hat: die revolutionären und aktiven Elemente wurden aus der SA herausgedrängt, die ursprünglich gegen die Apparatherrschaft eingestellte Kinderfreundebewegung ist zu Kreuze gekrochen, und was übrig bleibt, kann sich gegen den Reichsbannerüberfall nicht wehren. Der Parteivorstand, der einst gegen jede „Sonderorganisation“ mit eisernem Besen vorging, wird gegenüber dem schwarz-rotgoldenen Vortrupp kaum die gleichen Mittel anwenden wie einstmals gegen die Jungsozialisten.

Krach in der Reichsregierung

Staatssekretär Trendelenburg tritt zurück

wortet, in der sie sagt, „daß sie nötigenfalls alle Machtmittel des Staates einsetzen wird, um den Vorschritten des Rechts unparteiisch Geltung zu verschaffen, und wird nicht dulden, daß sich irgend eine Partei gegen ihre Anordnungen auflehnt.“ Das klingt recht forsch, und wenn beide Teile, wenn Hitler und die Regierung ihre Kundmachungen die Tat folgen lassen, dann stehen wir in Kürze vor den heftigsten Auseinandersetzungen der beiden um die Führung der Konterrevolution ringenden Gruppen.

In Goebbels „Angriff“ wird der Reichsregierung im Anschluß an ihre Kundgebung vorgeworfen, daß ohne die SA und ihre Arbeit Papen und Bracht überhaupt nicht in der Lage wären, die jetzt gegen die Mörder in der SA angedrohte Macht auszuüben und Goebbels selbst versucht in einem persönlich gezeichneten Artikel unter der Überschrift „Die Juden sind schuld“, den Blitzableiter zu schaffen für die durch die Führer unbefriedigten SA-Leute, und er tut das mit einer so unverhohlenen Morddrohung gegen die Juden, daß dagegen sofort die Staatsgewalt einschreiten müßte.

Im Augenblick ist noch nicht klar erkennbar, ob es sich bei den neuerlichen Drohungen Hitlers nur um eine Geste zur Beruhigung der immer unruhiger gewordenen Anhänger handelt oder um eine alle Konsequenzen berechnende ernsthafte Kampfansage gegen die Regierung Papen-Schleicher. Auf alle Fälle aber wird der Kampf, der da vorbereitet wird, auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgefochten werden und vielleicht wird die Folge der neuerlichen Zusammenziehung der „beurlaubten“ SA-Stürme nur eine neue Terrorwelle gegen Funktionäre der Arbeiterbewegung zur Folge haben und nicht den gewaltsamen Kampf gegen die jetzt von den Nazi-Führern so beschimpfte Regierung.

Die Arbeiterklasse scheint in diesem Kampfe überhaupt nur noch Objekt zu sein: ihre Schwäche ermöglicht den Gegnern den gegenwärtigen offenen Kampf um die Führung. Dieser Kampf aber gibt ihr die Chance, die eigene Schwäche zu überwinden und zu dem handelnden Mitspieler in diesem großen geschichtlichen Ringen zu werden, der in letzter Minute noch den Weg aus dieser furchtbaren Krise des Kapitalismus führt. Diese Chance aber kann nur genutzt werden, wenn die Klassenbewußten Proletarier endlich über alle Hindernisse den aktionsfähigen Kampfblock der Arbeiterorganisationen schaffen.

Preußenverhandlungen abgesagt

Die Verhandlungen zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten über die Bildung der Regierung in Preußen sind plötzlich abgesagt worden und auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Damit dürften die Hoffnungen des Zentrums, auf dem Wege einer Einigung in Preußen auch zu einer Koalition im Reich zu gelangen, erledigt sein.

Der plötzliche Abbruch der Verhandlungen ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Programmpunkte Hitlers, die Herr Kerrl von München mitgebracht hat, dem Zentrum als unannehmbar erschienen. Man dürfte nicht fehl darin gehen, wenn man diese Verschärfung der Bedingungen für eine preußische Koalition mit der Verschärfung der Kampfstellung der NSDAP im Reich in Verbindung bringt.

Genosse Gumbel abgesetzt

Der Fall Arons der Republik

In der Monarchie gab es einen Universitätsdozenten der Physik, der Sozialdemokrat war. Die Monarchie war der Meinung, daß ein Sozialdemokrat nicht in der Physik unterrichten dürfe.

In der Republik gibt es einen Dozenten der mathematischen Statistik. Er darf sie den Studenten nicht mehr vortragen, weil seine politischen Anschauungen den Studenten nicht passen.

Prof. Gumbel hat allerdings in der Tat über sein engeres Fachgebiet hinausgegriffen und sich um die politische Statistik verdient gemacht. Seine Statistik der Klassenjustiz und des Fememordes ist mit ihrer „mathematischen“ Zuverlässigkeit allerdings den nationalen Kreisen recht unbequem.

Aber der Entlassungsgrund wurde nicht in dieser Tätigkeit gesehen, sondern in einer Rede, in der Gumbel erklärte, daß nicht die üblichen Kriegerdenkmäler, sondern die Kohlrübe das Symbol der Kriegszeit darstelle. Es wird sich auch nicht gut ableugnen lassen, daß die Kohlrübe im Leben der Kriegsgeneration, wenn auch nicht aller Klassen, und in der Erinnerung die vorderste Stellung einnimmt und das Symbol der Entbehrungen und Opfer der deutschen Volksmassen ist.

Der Staatssekretär Trendelenburg im Reichswirtschaftsministerium tritt zurück. Den Anlaß zu seinem Rücktritt bilden die Pläne der Reichsregierung, die im Sinne der nationalsozialistischen Forderungen eine „autarkische“ Handelspolitik fordern. Dieser Schritt des Staatssekretärs zeigt, daß der Einfluß der Agrarier auf die Reichsregierung dazu führt, daß jedwede vernünftige Handelspolitik zugunsten der großagrarischen Interessen unmöglich gemacht wird, und die agrarischen Zollschutzwünsche, die eine immer größere Ausbeutung der städtischen Konsumenten bedeuten, gestützt auf die Nazi-Wirtschaftstheorien in der Reichsregierung durchgedrungen sind. Das Ausland wird naturgemäß mit einer weiteren Verschärfung des Handelskrieges antworten. Zahlen muß wie immer dann der deutsche Arbeiter, der durch sinkenden Export arbeitslos und durch die Zollpreise der wichtigsten Lebensmittel noch einmal ausgebeutet wird.

Nachfolger Trendelenburgs wird der Direktor der Kasseler Landeskreditkasse, Ge-

heimrat Schwarzkopf, der als ehemaliger persönlicher Referent des Kriegsfinanzministers Helfferich deutschnational und für die Autarkiepläne zu haben sein dürfte.

Mit Trendelenburg sind aber die beiden wichtigsten Exponenten der bisherigen deutschen Handelspolitik, die Ministerialdirektoren Josten und Posse zurückgetreten. Der Rücktritt dieser Männer zeigt an, daß die Reichsregierung nach offenbar schweren Kämpfen innerhalb der Ministerialbürokratie jetzt ihr Wirtschaftsprogramm festgelegt hat. Papen wird es am kommenden Sonntag auf einer Tagung von Agrariern als für sie besonders erfreuliche Tatsache zum ersten Male verkünden.

Der Reichswirtschaftsminister selbst scheint gegen seine bessere Überzeugung und gegen alle Warnungen der Industrie den Wünschen der Agrarier, die ja vielfach mit den Wünschen der chemischen Industrie, aus der Warmbold selbst kommt, parallel gehen, den Weg zur Autarkisierung, d. h. zur restlosen Zerstörung

der Handelsverbindungen, mitzugehen wollen. Die Auswirkung einer solchen Autarkiepolitik ist eine doppelte: einmal werden die Reste des Außenhandelsüberschusses damit in Frage gestellt, die Notwendigkeit einer zentralen Organisation des Außenhandels erzeugt und die Währung in eine kritische Situation gebracht.

Zum andern werden aber die Tendenzen des Großgrundbesitzes, mehr noch als bisher, zum Getreideanbau entgegen allen Gesetzen der Wirtschaft und Vernunft, unter Zerstörung der Viehwirtschaft und der Gras- und Gemüswirtschaft verstärkt, so daß damit zu rechnen ist, daß die nächste Ernte bereits einen Getreideüberschuß der deutschen Landwirtschaft mit sich bringen wird. Die Katastrophe der deutschen Landwirtschaft steht damit vor der Tür. Die Gesamtwirkung der neuen Handelspolitik und Wirtschaftspolitik ist daher unabsehbar.

Sozialistische Forderungen der SPD?

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, außer einem Mißtrauensantrag gegen die Regierung Papen und einen Antrag auf Aufhebung der Papen-Notverordnung eine Anzahl von Anträgen zum Umbau der Wirtschaft in der Richtung einer Planwirtschaft einzubringen.

Diese Gesetzentwürfe sehen vor, die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der subventionierten Unternehmungen, die Verstaatlichung der Großbanken und die Schaffung eines Bankenamtes, die Schaffung eines Kartell- und Monopolamtes, die Schaffung und Neuordnung von Staatsmonopolen, die Enteignung des Großgrundbesitzes.

Wir sind die letzten, die darüber mäkeln wollen, daß diese Anträge primitiv und unzureichend sind. Das ist nicht entscheidend angesichts der Tatsache, daß diese Anträge einen grundsätzlichen und entscheidenden Kurswechsel ankündigen könnten.

Könnten! In Wirklichkeit sind sie nur gedacht als Beruhigungsspiel für die eigenen Anhänger und als Agitationsmittel gegenüber den Nationalsozialisten. Aber die Aufnahme solcher Forderungen hat ihre eigene Logik, die über sich hinaus drängt.

Die Gewerkschaften und die SPD haben anstelle des Sozialisierungsgedankens den Gedanken der „Wirtschaftsdemokratie“ gesetzt; sie haben damit auch aus einer revolutionären Klassenbewegung eine reformistische kleinbürgerliche Reformbewegung gemacht. Sie können nicht die reformistische Ideologie des friedlichen Hineinwachsendens in verbesserte Verhältnisse aufrechterhalten, wenn sie die Verbesserung nicht mehr vom „organischen Wachstum“, sondern von einer „Aktion“ abhängig machen. Mag ihnen heute die Aktion auch nur als parlamentarische Antragstellung erscheinen, mag diese „Aktion“ überhaupt unehrlich sein, sie muß zweifellos auch den Boden der reformistischen Ideologie aufs stärkste aufrütteln.

Wie stark diese innere Logik der sozialdemokratischen Anträge in diese Richtung drängt, zeigt ein Artikel Tarnows, der diese Anträge begründet, in dem der Versuch gemacht wird, von den bisherigen zu den notwendigen Anschauungen die Brücke zu finden:

„In der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung hat die Frage, ob der Weg zum Sozialismus ein „revolutionärer“ oder ein „evolutionärer“ sein soll, mehr als einmal heisse Debatten ausgelöst. Die Gegensätzlichkeit zwischen diesen beiden Begriffen ist in der Praxis aber gar nicht so groß.“

Tarnow verniedlicht die entscheidenden Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung auf die Frage des „Tempo“, indem er unter dem „revolutionären“ Weg einfach eine Anschauung versteht, die die Sozialisierung auf einen Schlag will. In Wirklichkeit liegt der Unterschied in der Frage, ob die Eroberung der politischen Macht, also die „Aktion“ des Proletariats Voraussetzung des „Umbaus“ der kapitalistischen Wirtschaft ist oder nicht.

Tarnow weiß das auch ganz gut. Er weiß auch, daß die Massen seiner bisherigen Anhänger sich nicht einfach mit der „Tempo“-Theorie abspeisen lassen werden, daß sie fragen werden, warum die SPD jetzt auf einmal für Sozialisierung und Sozialismus ist und die ganzen vorangehenden Jahre dies als überalterte Utopie abgelehnt hat. Er baut solchen unbehaglichen Fragestellungen vor, indem er die Schuld, die er zu verantworten hat, auf die „Tragik“ der Schicksalsfügung ablenken möchte:

„Es war ein tragisches Geschick für die Arbeiterbewegung... daß ihr am Ende des Krieges die politische Macht in einem Augenblick zufiel, als die ökonomischen Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus hoffnungslos ungünstig waren.“ Und für die gegenwärtige Situation berechnet: „Daß nun zwar in einer für den Sozialismus ökonomisch so günstigen Situation der politische Einfluß unserer Bewegung zurückverdrängt worden ist, daß die kapitalistische Klasse zur Zeit wieder Oberwasser bekommen hat, das bedeutet gewiß wiederum eine Tragik.“

Nein, so einfach mit der „Tragik“ löscht man seine eigene Verantwortung nicht aus.

Wenn Tarnow sich einmal die „wirtschaftsdemokratische“ Literatur betrachtet, so wird er als den wirtschaftsdemokratischen Weg finden: einmal die „Selbstsozialisierung“, als die merkwürdigerweise die Herausbildung des Monopolkapitalismus angesehen wurde, weiter der Ausbau der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper, der öffentlichen Betriebe, der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe, des Genossenschaftswesens und schließlich der gewerkschaftlichen Mitwirkung bei der Bestimmung der Arbeitsverhältnisse.

Aus der Konsequenz dieser Anschauung hat denn auch Tarnow auf dem Leipziger Parteitag von 1931 unter Ablehnung aller „Generalrezepte“ sich damit begnügt, eine Kontrolle der Monopole, eine vernünftige Zollpolitik, eine systematische Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungspolitik, einen weiteren Ausbau der öffentlichen Wirtschaft zu fordern.

Manches von diesen Forderungen, insbesondere der weitere Ausbau der öffentlichen Wirtschaft, ist erfüllt worden, aber die Erwartung Tarnows, daß die Unternehmer selbst Testamentsvollstrecker des Marxismus sein würden, hat sich nicht erfüllt. Heute muß er und der ganze Reformismus einsehen, daß die Testamentsvollstrecker in ihre eigene Tasche und nicht in die Taschen derjenigen, die sich für erberechtigt ansehen, wirtschaften.

Wenn jetzt die Sozialdemokratie Sozialisierungsforderungen stellt, wenn sie jetzt damit zugleich zugibt, daß Sozialisierung nicht ein „Wachstumsprozeß“, sondern eine „Aktion“ ist, so wird sie sich darüber klar sein müssen, daß nach der Enttäuschung aller parlamentarischen Illusionen, daß mit der Unmöglichkeit des Gedankens, diesen Anträgen durch Parlamentsbeschluß zur Geltung zu verhelfen, die innere Logik dieser Sozialisierungsanträge auch zu einer revolutionären Haltung weitertreiben muß. Die Arbeiter der SPD und der Gewerkschaften werden sich nicht damit begnügen, daß solche Anträge gestellt wurden, sondern sie werden fragen, was denn nun geschehen soll, um sie wirklich durchzuführen.

Es gibt heute schon manchen in der SPD, der mit Sorge diese Konsequenzen vorausieht. Wenn die Führung der SPD glaubt, wie 1917 und in der Revolution durch radikale Worte um die radikalen Taten sich drücken zu können, so wird sie sich geirrt haben. Sie hat nicht nur die

Nazis vor die Entscheidung gestellt, sondern sich selbst. Sie wird beweisen müssen, ob ihr diese Anträge ernst sind, und sie wird den Beweis führen müssen vor den Massen und mit den Massen im Kampfe.

Das Sterben des Kapitalismus hat dem Reformismus den materiellen Unterbau entzogen. Er muß heute schon versuchen, sich ideologisch der neuen Situation anzupassen. Er wird morgen mitgerissen werden durch die Entwicklungsnotwendigkeiten, die nicht nur solche des werdenden Sozialismus, sondern auch die der revolutionären Gestaltung sind.

Noch einmal hat die SPD — zum letzten Male — die Möglichkeit der Entscheidung: sie kann sich zur Kapitulation entscheiden, und dahin wird ihre Bürokratie drängen, dann wird sie kurz über lang zerbrechen. Oder sie entscheidet sich gegen die Kapitulation, dann wird sie weit über das hinausgerissen werden, was sie heute noch glauben zu können und zu sollen. Dann wird sie im Feuer der Revolution verbrennen, um neuen, gesünderen Formen der proletarischen Klassenorganisation zu weichen.

Otto Braun ist der Erfinder des Reichskommissars für Preußen

Ministerialdirektor Brecht teilt in der „Vossischen Zeitung“ den Vorentwurf einer Notverordnung zur Reichsreform mit, die die Billigung des preußischen Ministerpräsidenten Braun gefunden hatte. Otto Braun war zwar der Meinung, man solle versuchen, ohne eine Notverordnung auszukommen, billige aber die Aufnahme der Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Durchführung dieses Reichsreformplanes. Diese Verhandlungen wurden durch vorzeitige Presseveröffentlichungen abgebrochen und schließlich durch den Sturz Brüning's erledigt.

Der Entwurf sah vor, daß auf Grund des Artikels 48 der Reichsregierung oder ein Reichskommissar in allen Ländern außer Bayern, Württemberg, Sachsen und Baden, die Leitung der Polizei übernehmen, die Aufsicht über die Gemeinden, die Leitung der mit der Veranlagung und Erhebung von Abgaben befaßten Verwaltungen, ferner die Justizverwaltung in den Ländern.

Aus diesem von Otto Braun gebilligten Vorentwurf ergibt sich, daß, falls Brüning nicht gestürzt worden wäre, die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen und die Einsetzung der Kommissare für die Gemeinden ebenfalls gekommen wäre: mit Billigung der Sozialdemokratie und der preußischen Regierung. Der Vater der Papenschen Notverordnung ist also Otto Braun selbst.

Man wird von hier aus vielleicht erst verstehen, wie unerwartet die gewaltsame Verjagung aus den Ämtern dem preußischen Ministerium gekommen ist. Es muß sich wirklich völlig unschuldig und darum ungerecht behandelt vorgekommen sein. Man wird aber auch die Sicherheit verstehen, mit der die Reichsregierung die Maßnahmen gegen Preußen durchgeführt hat. Sie hatte dadurch, daß sie die Pläne Otto Brauns benutzen konnte, schon von vornherein eine moralische, nahezu eine gesetzmäßige Rechtfertigung. Soweit heutzutage von Gesetzen noch die Rede ist.

SPD protestiert unentwegt

Wels und Stampfer sind im Auftrage der SPD zu Papen gezogen, um ihm den Protest gegen Brachts Verwaltungsreform durch Absetzung der sozialdemokratischen Staatsbeamten mitzuteilen. Zum Schluß der Aussprache gab, wie der „Vorwärts“ zu berichten weiß, der Reichskanzler der Hoffnung Ausdruck, daß seine Erklärungen auf die Vertreter der SPD beruhigend gewirkt hätten. Wels aber stellte sich auf die Hinterbeine und erklärte, er sei nicht beruhigt. Mit dieser beruhigenden Erklärung verabschiedeten sich die sozialdemokratischen Vertreter von Papen zwar nicht beruhigt, aber doch mit dem beruhigten Bewußtsein, eben eine wichtige „Aktion“ vollzogen zu haben.

Ein Bündnis Schleicher-Strasser?

Was wird werden? Die dritte Front

Reif zur Militärdiktatur

Nach den schweren Kämpfen der Wahlzeit mutet die gegenwärtige Periode trotz der Terrorfälle als eine gewisse Entspannung an. Aber dies ist eine nur sehr äußerliche Betrachtung. Denn gerade was sich jetzt hinter den Kulissen abspielt, kann sehr plötzlich in Erscheinung treten und mancherlei Ueberraschungen mit sich bringen.

Während bisher die führende Bourgeoisie freundschaftlich fördernd dem Nationalsozialismus gegenüberstand, und insofern die Bourgeoisie eine Einheitsfront bildete, sind die Aufgaben, die die Bourgeoisie Hitler stellte, jetzt erfüllt: die Machtpositionen sind erobert, die Arbeiterklasse ist geschlagen, wenn auch noch nicht endgültig besiegt. Von diesem Augenblick an zerfällt aber die bürgerliche Einheitsfront und die Gruppeninteressen der Bourgeoisie treten wieder in den Vordergrund.

Industrielle und Junker wollen die Kontrevolution auf der jetzigen Grundlage stabilisieren;

Ihre Ziele sind erreicht. Hitler selbst wäre gern bereit, und eine Anzahl seiner Unterführer mit ihm, jetzt zu kapitulieren, sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse zu stellen und allem „Sozialismus“ abzuschwören.

Aber Hitler kann nicht so, wie er gern möchte; es sei denn, er macht, was MacDonald in England getan hat: er geht direkt über. Auf jeden Fall beginnen sich nunmehr die Gegensätze zwischen den junkerlich-großbürgerlichen Hitlerleuten und den revolutionären Tendenzen innerhalb des Nationalsozialismus bemerkbar zu machen. Hitlers Unglück ist noch dazu, daß die deutsche Bourgeoisie im Unterschied zur englischen, die ihre MacDonald-Chance gleich erkannte, im Kastendübel erstarrt ist. Mag das Wort Hindenburgs, Hitler sei allenfalls zum Postminister geeignet, nicht mit Unrecht die allerdings geringen geistigen Qualitäten des Trömmers bezeichnen, so ist doch Schleichers Wert, der ehemalige Gefreite Hitler könne doch nicht Reichskanzler werden, ganz aus der Atmosphäre des Kastendüfels genommen. Die Kastenerstarrung der deutschen Klassenverhältnisse ist ein nicht unwesentlicher Faktor der politischen Entwicklung.

Diese Gegensätze erzeugen aber eine neue Gefahr für die Arbeiterschaft. Solange die Bourgeoisie einig und einheitlich die Kontrevolution führte, war die Armee nur die letzte Drohung im Hintergrund. Sobald die Bourgeoisie aber uneinig wird, Großbourgeoisie und nationalsozialistisches Kleinbürgertum auseinanderfallen, tritt die Armee in den Vordergrund. Sie erscheint als der einzige Exponent der Ordnung. Sie gewinnt damit eine Position, die ihr den Anschein gibt, über allen Klassen und Interessentengruppen in einer Region absoluter Ordnung des Staates an sich zu schweben.

Die Frage ist nur, ob die Armee mehr zur Großbourgeoisie oder zur faschistischen Kleinbourgeoisie tendieren wird. Man kann als sicher annehmen, daß die Soldaten selbst und der überwiegende Teil der unteren Offizierschergen zum Nationalsozialismus neigt. Anders die älteren und oberen Offiziere, die in den Anschauungen der Vorkriegszeit aufgewachsen sind.

Man wird auf diesen Gegensatz innerhalb des Offiziercorps nicht allzusehr bauen können, um so weniger, als der General von Schleicher zweifellos sehr enge Beziehungen zum Nationalsozialismus hält und nach neueren Mitteilungen besondere Beziehungen auch zu Strasser, der immer mehr der Gegenspieler Hitlers im nationalsozialistischen Lager zu werden scheint. Man erinnert sich noch des ziemlich unmotivierten Wortes des Generals von Schleicher, er würde die Reichswehr nicht für überlebte Wirtschaftsordnungen einsetzen. Schon die Anerkennung, daß es solche überlebte Wirtschaftsformen überhaupt gibt, kann u. a. Ausgangspunkt für eine Kursänderung Schleichers und damit der ganzen Reichswehr werden.

Die Rolle Schleichers ist noch nicht ausgespielt. Im Gegenteil wird ihn die nächste politische Entwicklung im Vordergrund der politischen Bühne spielen sehen.

Regierung der Gewerkschaften?

Immer klarer wird, daß von Papens Tage als Reichskanzler gezählt sind. Nicht wegen des zu erwartenden Mißtrauensvotums im Reichstag! Sondern weil die Neuwahl des Reichstages, der auf ein solches Mißtrauensvotum aufgelöst werden müßte, unter der Führung Papens völlig aussichtslos ist und an den gegenwärtigen Verhältnissen nichts ändern kann.

Unter diesen Umständen tritt die Person des Reichswehrministers von Schleicher wieder in den Vordergrund. Eingeweihte Personen wissen zu berichten, daß Schleicher an eine Umbildung der Regierung denkt, die ihn

an die Spitze stellt, ihm aber gleichzeitig eine parlamentarische Unterstützung sichert, quer durch alle Parteien hindurch.

Gedacht ist an eine Gewerkschaftsfront von den sozialdemokratischen Gewerkschaften bis zu den Nationalsozialisten, die man hofft, für ein gemeinsames Programm gewinnen zu können.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß auch jetzt die personellen Veränderungen in den preußischen Behörden auffällig schonend mit allen den „Parteiuchbeamten“ umgegangen sind, die von den freien Gewerkschaften hergekommen sind, zum Unterschied zu denjenigen Staatsfunktionären, die nur von der SPD und von der Politik her kamen.

Die sozialistische Opposition in der NSDAP

Die innere Wandlung, die der Nationalsozialismus seit seinen Anfängen genommen hat, wird jetzt deutlicher in Erscheinung treten. Solange der Nationalsozialismus in der unverantwortlichen Opposition stand und seine Worte nicht auf die Waagschale der Durchführung zu legen brauchte, traten die Gegensätze zwischen den revolutionären Teilen der NSDAP und den „reformistischen“ nicht so sehr in den Vordergrund. Die Abspaltung der Otto-Strasser-Gruppe erfolgte in einem solchen frühen Zeitpunkt, daß dieser Gegensatz noch durch die Taktik der Bürokratie, die gesinnungsmäßigen Gegensätze durch organisatorische Fragen zu verdecken, noch verborgen werden konnte.

Neuerdings wird dieses Bemühen aber auf immer größere Schwierigkeiten stoßen. Im Gegensatz zur SPD, die ihre Wandlung in einem jahrzehntelangen Prozeß erfuhr, ist die Geschichte der NSDAP sehr kurz. Die revolutionären Tendenzen ihrer Anfänge sind noch in der Erinnerung ihrer Anhänger, oder sogar noch in jüngeren Druckschriften zu lesen. Die Wandlungen des Programms von einem Jahr zum andern lassen sich, wie das nachstehende Beispiel beweist, nur schwer verborgen.

Die nationalsozialistische Programmschrift „Der deutsche Staat“ von Gottfried Feder weist z. B. von der 6. zur 7. Auflage an zwei Stellen bemerkenswerte „stilistische“ Veränderungen auf:

6. Auflage (1931, Seite 46/47):
„... der wahre Unternehmer muß mit den Preisen an die unterste Grenze gehen, muß seine Arbeiter gut entlohnen... Das hervorragendste und weltbekannteste Beispiel dieser Art Unternehmer ist Henry Ford. Nicht minder hoch sind in dieser Hinsicht einzuschätzen die Krupp, Kirdorf, Thyssen, Abbé, Mannesmann, Siemens.“

7. Auflage (1932):
„Der richtige Unternehmer ist sich seiner volkswirtschaftlichen Aufgabe durchaus bewußt, die Erzeugung so einzurichten, daß der Bedarf mit den geringsten Kosten für den Verbraucher gedeckt werden kann, daß die Herstellungskosten immer geringer werden. Wohl das leuchtendste Beispiel solcher wahren Unternehmendenweise ist Ernst Abbé... Männer wie Mannesmann, Werner Siemens, Thyssen, Borsig, Krauß, Maffei...“

Und an anderer Stelle heißt es:
6. Auflage (1931, S. 55, Punkt 13):
„Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Truste) werden verstaatlicht.“

7. Auflage (1932):
„Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Truste) werden bekämpft.“

Die Luft der Staatsnähe bekommt offenbar dem Programm nicht. Was früher konkret gesagt wurde, ist jetzt nur noch ein verwachsenes Gerede. Was eine „gute Entlohnung“ ist, läßt sich vorstellen. Von „volkswirtschaftlichen Aufgaben“ der Unternehmer wird aber der Arbeiter nicht satt. Die Verstaatlichung der Riesenbetriebe hat einen Sinn. Aber ihre „Bekämpfung“? Daß Gott erbarm! Das kennen wir schon von der SPD. Nicht alle Kreise der NSDAP machen diese reformistische Programmverwässerung mit. Graf Reventlow tritt in seinem „Reichswart“ nach wie vor für die Verstaatlichung der Großindustrie und der Banken ein. Nach Meldung einer Korrespondenz soll er daraufhin aufgefordert worden sein, zu erklären, daß sein Sozialisierungsprogramm nur eine Privatarbeit sei und nichts zu tun habe mit gleichen oder ähnlichen „marxistischen“ Forderungen. Reventlow soll dies entschieden abgelehnt haben und darauf hingewiesen haben, daß mindestens 100 Mitglieder der Nazi-Fraktion hinter dieser Forderung stehen und „ein weiterer Teil der Fraktion müßte sich freiwillig oder unter Druck hierzu bekennen, wenn erst die Diskussion dieser Forderungen, zu deren Verwirklichung dem ersten Male seit dem November 1918 die notwendige verfassungsändernde Mehrheit vorhanden sei, innerhalb der Parteimitgliedschaft

men sind, zum Unterschied zu denjenigen Staatsfunktionären, die nur von der SPD und von der Politik her kamen.

Auch die Vorgänge auf der Tagung der Landgemeindevorsteher unter dem Vorsitz des Landrats Gerke, der zum Leiter der Arbeitsbeschaffung ausersehen ist und eine programmatische Rede hielt, müssen die Aufmerksamkeit erregen. Der „Politische Pressedienst“ berichtet darüber:

„Es kam eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Vertretern der gewerkschaftlichen Richtungen zutage und insbesondere war es der Generalsekretär

abgeschlossen sei.“ Reventlow würde, so heißt es, den sozialdemokratischen Sozialisierungsanträgen im Reichstag seine Stimme geben.

In der „Preußischen Zeitung“ schreibt ihr Hauptchriftleiter Grünberg mit schärfsten Worten gegen die „Harzburger Front“, die die NSDAP aus einer revolutionären Stellung in eine nur oppositionelle gebracht hätte. Und Graf Reventlow setzt sich sogar für eine sozialistische Einheitsfront ein, die das Stichwort für eine neue Episode auf der politischen Bühne der nächsten Zeit werden kann (Reichswart, 14. August):

„Der Kampf der Parteien gegeneinander geht also im Grunde und letzten Endes gegen die Arbeitnehmerschaft. In die Parteien hineingebannt, zerfleischt sich die Arbeitnehmerschaft selbst durch diesen Kampf unangesehen, obgleich ihr eigentlicher Gegner für jede ihrer Gruppen, einerlei welcher Partei, derselbe ist.“

Der Kapitalismus, der Anspruch und die Uebermacht des Arbeitgebers, zumal des Großbetriebes, der Kartelle und Truste der Gegensatz und alles was sich aus ihm ergibt, zwischen den Besitzenden und den

Regierungsofferte an den ADGB

Die „Welt am Montag“, das Blatt Aufhäusers und damit der „linken“ Opposition der freien Gewerkschaften, hat in seiner letzten Ausgabe einige auffällige Eigenheiten gehabt. Eine große Schlagzeile sprach von einer „Regierungsofferte an den ADGB“. Der Text befleißigte sich aber äußerster Zurückhaltung, rechtfertigte diese Schlagzeile jedenfalls kaum. An die Feststellung, daß die gewerkschaftlichen Staatsfunktionäre auffallend bevorzugt und nicht abgesetzt würden, knüpfte das Blatt die bemerkenswerten Worte: „Herr von Papen und Herr Bracht geben sich nämlich der Hoffnung hin, bei den Gewerkschaften mehr Entgegenkommen für ihre Politik zu finden als bei der Sozialdemokratischen Partei. Daher der Versuch, mit kleinen Zugeständnissen Eindruck zu

machen. Sie werden in dieser Auffassung durch angebliche Verbindungsleute aus dem Gewerkschaftslager bestärkt, vielleicht aber auch — irreführt.“

Wir möchten meinen, daß hier eine leise Drohung Aufhäusers an gewisse Kreise des ADGB, die auffallend rasch eine Annäherung an die neuen oder kommenden Machthaber suchen... und finden, vorliegt. Vielleicht sagt uns die „Welt am Montag“ bald, wer denn diese „angeblichen Verbindungsleute“ sind, wer sie deckt und was sie erstreben. Auch Aufhäuser, der so oder so keine Chancen im „Dritten Reich“ hat, dürfte ein Interesse daran haben, solche Querverbindungen rechtzeitig zu kupieren, ehe die Einfahrt gewisser Kreise in den neuen Bahnhof vollzogen ist.

Im Augenblick, wo die gesamte Arbeitnehmerschaft zusammensteht, zusammengeht und zusammen kämpft, ist mit einem Schläge alles anders.

Die Arbeitnehmerschaft bildet dann eine Macht in Deutschland, gegen die niemand auch nur entfernt aufkommen kann.“

Die Tendenzen einer sozialistischen Opposition sind vorhanden, aber sie sind noch nicht reif. Sie haben naturgemäß die ganze nationalsozialistische Bonzokratie und ihre industriellen und junkerlichen Geldgeber gegen sich. Aber man wird in Kürze mit ihnen zu rechnen haben, und sie können im politischen Spiel Schleichers bald eine entscheidende Rolle spielen.

Die dritte Front

Wieder einmal tritt jener Zustand im Klassenverhältnis ein, den man als eine Art des „Ausbalanzierens“ bezeichnen kann. Großbourgeoisie und Junkertum auf der einen Seite, Kleinbürgertum auf der andern, Bourgeoisie überhaupt auf der einen Seite, Proletariat auf der anderen stehen gegeneinander und balanzieren sich aus. In dieser Situation des Balanzierens und Suchens nach einem neuen Ruhepunkt erhalten die organisierten Kräfte der Klassen, die Klassenorganisationen und die Armee die Schlüsselstellung in den Geschehnissen. Es kann sein, daß das Produkt dieses Ringens zunächst die Militärdiktatur wird, es kann aber auch sein, daß eine neue, dritte Front sich bildet, die ganz neue Perspektiven der kommenden Entwicklung eröffnet.

Die Nationalsozialisten stehen an einem Wendepunkt: ihr Ideal ist reaktionär gewiß. Werden sie aber jetzt wieder ernstlich in die Opposition gedrückt, so hat diese Opposition ihre eigene Logik. Der Sturz des „Systems“ ist gelungen. Für die rebellierende Kleinbourgeoisie hat sich aber dadurch nichts geändert. Ihre Rebellion war bisher rein negativ, jetzt muß ihre Opposition positiv werden oder die Bewegung zerbricht in ganz kurzer Zeit. Die sozialrevolutionären Tendenzen innerhalb des Nationalsozialismus könnten den Ansatzpunkt für eine solche positive Umgestaltung des Nationalsozialismus geben, die zwar zu einer Spaltung der Bewegung, aber zweifellos zu einer

Verstärkung der real antikapitalistischen Front führen würde, wie sie bisher noch niemals in Deutschland vorhanden war.

Das weitere und entscheidende Glied dieser dritten Front und das eigentliche Gegengewicht zur Armee sind die Gewerkschaften

ten, deren Frontabschnitt sich schon heute durch alle Parteien hindurchzieht. Suchen sie den Weg der Verständigung mit ihrem Gegenspieler — und Kräfte in dieser Richtung sind vorhanden —, so werden sie ihr Ziel in der Eingliederung eines korporativen Staates sehen und ihren Separatfrieden mit der bürgerlichen Gesellschaft schließen. Gehen sie den Weg weiter, der bisher wenigstens nach außen, wenn auch zaghaft, soweit es sich um die Freien Gewerkschaften handelt, beschritten wurde, so wird ihre Opposition sie immer mehr zu einer sozialistischen Aktion drängen. Die Phraseologie der Wirtschaftsdemokratie erneut belebt, führt zum Faschismus; die Phraseologie des Wirtschaftsumbaues, wie sie jetzt von der SPD zaghaft und dilettantisch aufgenommen wurde, weist in die Richtung der proletarischen Revolution.

Die letzten Glieder dieser dritten Front sind die KPD und die SPD. Die Frage der SPD behandeln wir an anderer Stelle. Von der KPD kann nur gesagt werden, daß sie heute mehr denn je beweist, daß sie keine Situation gewachsen ist und nichts anderes darstellt als ein Spiegelbild der SPD. Ohne die SPD, wie sie ist, gäbe es keine KPD, deren Blutverlust an qualitativen Kräften durch die jahrelangen Fraktionskämpfe sie einfach gelähmt und aktionsunfähig gemacht hat.

Diese Entwicklungsperspektiven der Geschichte werden nur kurze Zeit als Wahlmöglichkeiten bestehen. Die Geschichte geht nicht von allein: sie wird von Menschen gemacht. Die schlechteste Gestaltungskraft des geschichtlichen Werdens bilden aber die Unterlassungen. Es liegt an der Arbeiterschaft selbst, welchen Weg die Geschichte und damit ihr Schicksal nehmen wird.

Um Arbeit und Brot

Sterbender Kapitalismus

In Deutschland beginnt sich zur Zeit eine Optimismus-Kampagne bemerkbar zu machen, die die Überwindung der Krise in Aussicht stellt. Zentrale sind einige Symptome vorhanden, die die Krisenüberwindung zu heiligen pflegen (Geldflüssigkeit). Dazu kommen die Hoffnungen auf eine Exportkonjunktur im Zusammenhang mit den belgischen und englischen Streikbewegungen. Vor allem aber rechnen diese Kreise mit der günstigen Auswirkung der englischen Zinssenkungen und noch mehr mit der günstigen Börsenlage in New York.

In Wirklichkeit ist der „Optimismus“ New Yorks nichts anderes als eine Börsenspekulation, aufgebaut auf dem Flugkapital ausländischer Börsen. Die Erwerbslosigkeit steigt weiter an (11 Millionen Arbeitslose¹⁾, weitere Lohnsenkungen, besonders bei der Eisenbahn, sind geplant und am Petroleummarkt droht ein neuer Preiskollaps. Finanzielle Auslandskreise sehen daher bereits mit großer Besorgnis auf die Wirtschaftslage von USA. Es braucht nicht besonders gesagt zu werden, daß ein neuer Konjunkturbruch in USA, Deutschland, das nach wie vor in Erstarung beharrt, mit sich herabziehen müßte.

Nachkriegskonjunktur

Seit 1924, mit Abschluß der Inflationsperiode, wird der deutsche Kapitalismus allmählich wieder in die Weltwirtschaft eingegliedert. Ein Rückschlag trat im Jahre 1925 ein, der bald überwunden wird, und im Jahre 1929 wendet sich der Konjunkturverlauf endgültig der großen Krise zu, in der wir immer noch stehen. Dann beginnt ein Konjunkturaufschwung, der 1928 abzubrechen anfängt und langsam in eine Krise von bisher unerhörter Tiefe und Länge hineingleitet. Im Aufschwung wie im Abstieg zeigt der Nachkriegskapitalismus ganz neue Züge, insbesondere Symptome einer dauernden organischen Erkrankung, ja Zersetzung.

Die Aufschwungjahre zeigen eine außerordentliche Steigerung auf fast allen Gebieten. Die Gesamtproduktion nimmt um etwa ein Viertel von 1924/25 bis 1927/28 zu. Die Roheisenerzeugung wird von 10 Mill. im Jahre 1925 auf 13,4 Mill. Tonnen im Jahre 1929, die von Rohstahl von 12 Mill. auf 16,2 Mill., die von Walzwerkfertigerzeugnissen von 9,3 Millionen auf 11,3 Mill. gesteigert. Der Bestand der Personenkraftwagen ist 1925 etwa 175 000, im Jahre 1929 etwa 433 000, die Zahl der Lastkraftwagen stieg von 81 000 auf 144 000. Die volkswirtschaftlichen Umsätze stiegen von 41,1 Milliarden im ersten Vierteljahr 1925 auf 57,8 Milliarden Mark im vierten Vierteljahr 1929.

Diese Aufschwungjahre zeigen eine außerordentliche Kapitalbildung: die Neuanlagen der deutschen Wirtschaft betragen im Jahre 1924 2,7 Milliarden, im Jahre 1925 4,5 Milliarden, im Jahre 1926 5,2 Milliarden, im Jahre 1927 7,2 Milliarden, im Jahre 1928 7,3 Milliarden. Mit diesem Ausmaß der Neuanlagen hat Deutschland nicht nur seine eigene Vorkriegszeit, sondern auch die Vereinigten Staaten im Tempo weit überholt.

Trotz dieser starken Aufschwungsbewegung zeigte der deutsche Kapitalismus schon in diesen Jahren viele Symptome einer unnormalen Entwicklung. Am stärksten traten die unnormalen Erscheinungen auf dem Arbeitsmarkt auf.

Permanente Arbeitslosigkeit

In enger Verbindung mit dem Konjunkturzyklus steht die Kurve der Arbeitslosigkeit. In den beiden letzten Depressionsjahren vor dem Weltkrieg, 1908 und 1913, stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 350 000 bzw. 460 000, senkte sich aber in den Aufschwungsjahren bis auf 100 000 und darunter. D. h., es blieb nur ein, den jeweiligen inneren Umgruppierungen entsprechender Rest von kurzfristig Nicht-Beschäftigten.

In der Nachkriegszeit, sieht man von der Inflationsperiode ab, liegt seit 1926 nur im Herbst 1927 die Arbeitslosigkeit unter der halben Million, übersteigt aber schon im Frühjahr 1926 2 Millionen und bleibt nur 1928 im Höchststand unter dieser 2 Millionen-Grenze. Im Jahre 1929 erreicht der Monatsdurchschnitt fast 2 Millionen, steigt 1930 auf über 3 Millionen, wächst 1931 weiter auf mehr als 4½ Millionen und wird 1932 sicher nicht unter 5½ Millionen bleiben, nachdem im Frühjahr die 6 Millionen-Grenze überschritten wurde.

Im Nachkriegskapitalismus begleitet das Auf- und Abschwellen der Arbeitslosigkeit also nicht nur den Krisenzyklus, sondern die industrielle Reservearmee bleibt als Dauererscheinung auch in den Perioden des wirtschaftlichen Aufschwunges. Die Ausdehnung der Produktion im Konjunkturaufschwung reicht also nicht nur nicht aus, um die industrielle Reservearmee aufzusaugen, bewirkt vielmehr, wie die Jahresdurchschnitte mit ihrem stets sich hebenden Niveau zeigen, eine ständige Freisetzung von ganzen Arbeiterkategorien infolge der Rationalisierung. Die Verdrängung lebendiger Arbeitskraft durch die Maschine wird nicht mehr durch Neueröffnung von Arbeitsgelegenheiten ausgeglichen. Die Arbeitslosigkeit wird infolgedessen strukturell, d. h. gehört zum System, nicht nur zu den konjunkturellen Schwankungen des Systems.

Man hat sich zeitweise über diese Erscheinung mit dem Hinweis auf die vergrößerte Erwerbstätigkeit hinwegzutrogen versucht. Zweifellos sind im Bevölkerungsaufbau und in der sozialen Struktur der Bevölkerung starke Veränderungen vor sich gegangen, die auch auf dem Arbeitsmarkt lasten. Aber der deutsche Produktionsapparat hat von 1895 bis 1913 fast 8 Millionen Menschen untergebracht, von 1913 bis 1928 vergrößerte sich die Zahl der Erwerbstätigen nur um nicht ganz 5½ Millionen. Die Ursache der permanenten Arbeitslosigkeit kann also nicht in der Zahl der Erwerbstätigen, sondern nur im Mechanismus des kapitalistischen Systems gesucht werden.

Die Schrumpfung

Die Schrumpfung der Produktion ist in einem noch nie erlebtem Umfang vor sich gegangen. Der Produktionsindex zeigt gegenüber 1928 100 einen Rückgang auf 56,1 im Januar 1932, bei den Produktionsgütern allein sogar auf 44,3. Der Bruttoproduktionswert der deutschen Industrie ist von 7,6 Milliarden Mark monatlich im Höchststand auf knapp 3 Milliarden zurückgegangen; die Produktion entspricht im Frühjahr 1932 nur noch dem Vorkriegsstand von 1897, in einzelnen Fällen ist sogar dieses Maß noch unterschritten. Die Lokomotivindustrie, die 4000 Lokomotiven im Jahre herstellen kann, hatte im vorigen Jahre nur noch 1000 Lokomotiven in Auftrag. In der Automobilindustrie beträgt die Produktion nur ein Fünftel von 1928.

So entspricht die Roheisenerzeugung der des Jahres 1888, die des Bieres dem Jahre 1876. Das Konjunkturinstitut hat sogar berechnet, daß nach Abzug der Ausfuhr auf dem Inlandmarkt für Investitionszwecke weniger Produktionsgüter verblieben, als im Jahre 1928 allein zur Deckung des Ersatzbedarfes erforderlich waren.

In der Auftiegsperiode des deutschen Kapitalismus überflügelte die Industrie die Landwirtschaft; heute ist die industrielle Produktion geringer als die landwirtschaftliche. Die Neuanlagen in der Industrie reichen zur Zeit nicht einmal zum Ersatz des laufenden Verschleißes aus.

Insgesamt zeigt die deutsche Warenproduktion folgendes Bild:

Wirtschaftsjahr	Landwirtschaft ¹⁾	Industrie	Gesamtproduktion
1927/28 bis 1928/29 = 100			
1924/25	80	77	78
1925/26	85	78	76
1926/27	84	87	86
1927/28	95	101	100
1928/29	105	99	100
1929/30	107	94	97
1930/31	110	74	82
1931/32 ²⁾	105	63	72

Die industrielle Produktion betrug Mitte 1932 gegenüber 1913 in der Welt 91%, in Großbritannien 75,3%, in USA 84,4%, in Deutschland 62,0%, gegenüber dem damaligen Gebietsstand sogar nur 54,7%.

Nur Rußland zeigt mit 30,17% eine steil aufsteigende Kurve. Sein Weltproduktionsanteil an der Steinkohle stieg von 3,8% im Jahre 1928 auf 8,5% Anfang 1932, am Roh-eisen von 3,8% auf 16%; im Maschinenbau betrug der Weltproduktionsanteil Rußlands 1928 nur 4%, im Monatsdurchschnitt 1931 war er auf 21,4% gestiegen.

Das Volkseinkommen, das für das Jahr 1929 auf rund 76 Milliarden geschätzt wurde, wird 1931 nur noch 50 bis 60 Milliarden betragen haben und 1932 einem weiteren Rückgang ausgesetzt sein. Das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten dürfte im letzten Quartal 1931 nur 7,8 Milliarden gegen 9½ Milliarden im letzten Quartal 1930 betragen haben; der Rückgang bei den Arbeitern allein in diesem Zeitraum hat 25 v H betragen. Für alle diese Kategorien hat sich im Jahre 1932 der Einnahmehintergang durch Lohn- und Gehaltsabbau, durch Kurzarbeit usw. noch weiter fortgesetzt; die Arbeitseinkommen werden wahrscheinlich auf etwa 6,5 Milliarden gesunken sein.

Die Einfuhr ist von 13,7 Milliarden im Jahre 1928 auf 6,7 Milliarden im Jahre 1931 zurückgegangen. Seither setzt sich der Rückgang fort. Die Ausfuhr sank von 12,4 Milliarden im Jahre 1928 (1929: 13,5) auf 9,6 Milliarden im Jahre 1931, um dann weiterhin geradezu katastrophal abzugleiten. Hatten wir im Monatsdurchschnitt 1931 noch einen Ausfuhrüberschuß von 239 Millionen, so brachte der Februar nur noch 97 Millionen und der Juli 66 Millionen. Nur eine ungeheure Drosselung der Einfuhr und die Lieferungen an Sowjetrußland, das jetzt an der Spitze der deutschen Absatzgebiete steht, lassen noch einen Ausfuhrüberschuß entstehen, der unbedingt erforderlich ist.

Die deutsche Ausfuhr nach Rußland betrug 1929 erst 2,6% der Gesamtausfuhr, stieg 1930 auf 3,6%, 1931 auf 7,9% und betrug im ersten Vierteljahr 1932 schon 10,5%.

Akute Gefahren

Trotz der Stillhalteabkommen sind eine Reihe von Zahlungen an das Ausland zu vollziehen, die insgesamt auf 1480 Millionen zu beziffern sind. Dazu kommt trotz aller Maßnahmen noch eine Kapitalflucht, so daß man ungefähr mit 2 Milliarden Zahlungen an das Ausland in diesem Jahre wird rechnen müssen, die nur mit Devisen, also aus Ausfuhrüberschüssen geleistet werden können. Den monatlichen Zahlungen von 170 Millionen stehen wahrscheinlich nicht mehr als 20 Millionen Gegenleistungen des Auslandes gegenüber, so daß 150 Millionen zu decken wären und nach dem bisherigen Stand nicht aus dem Ausfuhrüberschuß, sondern durch Devisenabgaben aus dem Bestand der Reichsbank gedeckt würden.

Neben diesen Auslandsverpflichtungen bilden den zweiten akuten Gefahrenherd für die Wirtschaft und insbesondere für die Währung

¹⁾ Verkaufsmengen der Landwirtschaft, gewogen nach den Preisen der Jahre 1927/28 und 1928/29. — ²⁾ Vorläufig.

die Staatsfinanzen. Mehr als 40 v H der Reichsausgaben machen die sozialen Ausgaben und die Lasten aus den Reichsschulden aus. Beide Posten sind im ständigen Wachstum; sie haben sich zwangsläufig von 1929/30 zu 1931/32 um fast 50 v H vermehrt. Ebenso stiegen die inneren Kriegslasten, während Rückgänge nur bei den persönlichen Ausgaben und bei den sonstigen Ausgaben bisher erreicht wurden. Die ständig wachsenden Ausgaben für die Er-

werblosen ließen sich nur formal vom Reichshaushalt abhängen. In Wirklichkeit bedrohen sie durch die Überlastung der Gemeindefinanzen die Reichsfinanzen nicht minder als vorher.

Noch katastrophaler sieht es auf der Einnahmeseite aus, wo trotz ständig steigender Steuerlasten die Aufbringung durch verminderte Vermögen, Einnahmen und Umsatz immer weiter rückläufig ist.

Das Versagen des kapitalistischen Automatismus

Der große Widerspruch

Ein tiefer Widerspruch erfüllt das vom Motor des Profitstrebens angetriebene kapitalistische System: das Kapital muß verwertet werden, es muß Mehrwert bringen. Die privatwirtschaftliche Rentabilität fordert auf der einen Seite möglichst niedrige Löhne, eine hohe Mehrwertrate. Auf der anderen Seite muß der Mehrwert aber erst realisiert werden, vorherrschend durch die Käufer, die Lohnempfänger sind. Das privatwirtschaftliche Absatzbedürfnis fordert daher möglichst hohe Löhne.

Dieser Widerspruch stellt sich immer reiner heraus, je mehr das kapitalistische System auf den kapitalistischen Markt begrenzt ist. Solange im großen Umfang Käufer vorhanden waren, deren Einkommen konjunkturunempfindlich war oder die überhaupt ihr Einkommen außerhalb des kapitalistischen Kreises bezogen, war für eine kapitalistische Absatzkrise immer ein gewisser Fallschirm gegeben.

So konnte in diesem Vorkriegskapitalismus eine Milderung der Krisen eintreten durch Einbeziehung konjunkturunempfindlicher oder außerkapitalistischer Einkommensgruppen. Dazu trat die Ueberhöhung der Profite, wie sie auf kolonialen Boden vielfach üblich war.

Unter dieser Voraussetzung war die Lösung aus der Krise verhältnismäßig leicht. Der Krisendruck senkte die Preise schneller als die Einkommen, und soweit, daß die angeführten Einkommensmassen den vorhandenen Wertmassen auf dem Warenmarkt entsprachen. Bei diesem Stand konnte, nach Ausschaltung konkurrenzunterlegener Betriebe, der Kapitalverwertungsprozeß wieder in Gang gesetzt werden.

Lokomotive Krieg

Der Krieg hat eine Reihe von Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Systems beschleunigt. Er hat Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur hervorgerufen (Altersgliederung, berufsmäßige und soziale Gliederung), die eine wesentliche Einschränkung der konjunkturunempfindlichen und außerkapitalistischen Einkommenszieher darstellen.

Der Krieg hat eine politische Verachtlung zur Folge gehabt, die jeweilig eine auftretende Kreditkrise überspitzen und als dauernde politische Bedrohung langfristiger Kapitalanlagen wirken muß.

Der Krieg hat die Industrialisierung und Autarkisierung (Selbstversorgung) der Länder gefördert. Er hat dadurch Agrarländer in Industrieländer gewandelt und nichtkapitalistische Länder in den kapitalistischen Kreis einbezogen.

Der Krieg hat die russische Revolution nach sich gezogen. Er hat damit das für die Durchkapitalisierung am meisten in Frage kommende Land dem kapitalistischen Zugriff entzogen und das nächstliegende Ventil des Imperialismus als Krisenmilderer beseitigt.

Der Krieg hat mit der Industrialisierung nichtkapitalistischer Gebiete und mit der russischen Revolution das Erwachen der Kolonialvölker und ihre nationalen Befreiungsrevolutionen bewirkt. Diese Auswirkung erzeugt wiederum neue Beunruhigungsmomente für langfristige Kapitalanlagen und droht auch, noch erschließbare nichtkapitalistische Gebiete vorzeitig zu autarkisieren und zumindest einer kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen.

Der Krieg hat damit die oben angeführten Momente der Krisenmilderung weitgehend ausgeschaltet.

Die technische Revolution

Die technischen Fortschritte der Nachkriegszeit waren außerordentlich arbeitsparend, aber sie eröffneten nur wenig neue Produktionsaufgaben, im Gegensatz zum Eisenbahnbau und der Dampfschiffahrt, den großen technischen Aufgaben des 19. Jahrhunderts. Die durch die Rationalisierung erzeugte Verdrängung der Arbeitskräfte findet daher keinen Ausgleich durch die Ausdehnung der kapitalistischen Produktion, die nicht mehr so sehr extensiv als vielmehr intensiv (Erhöhung der Produktionskapazität statt Vermehrung der Arbeitsstellen) erfolgt.

Die Revolutionierung der Landwirtschaft

Die Chemisierung und Maschinisierung, die Sortenwahl und Industrialisierung der Landwirtschaft hat sie von Grund auf revolutioniert. Ihre Produktivität eilt dem Bedarf bei sinkenden Preisen voraus. Ähnliches gilt für die Gewinnung von Urprodukten, wie Kohle, Eisen usw.

Das Kernproblem der Landwirtschaft, gerade soweit sie im Großbetrieb, der zumeist Großgrundbesitz ist, produziert ist, daß

sie sich nicht den neuen Marktbedingungen anzupassen versteht und dazu noch unter der Abwanderung vom Roggen zum Weizen leidet. Die aus der Revolutionierung der Landwirtschaft stammende Krise wird daher in Deutschland übersteigert und künstlich durch Hochzollschutz auf die industrielle Arbeiterschaft abgewälzt.

Auf die Dauer kann dies kein Heilmittel sein. Die durch überhöhte Preise eingeschränkte Kaufkraft der industriellen Bevölkerung ist vielmehr ein neues, krisenverschärfendes Moment, wie umgekehrt die sinkende Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Deutschland und in der Welt sich krisenverschärfend für die Industriewirtschaft auswirkt.

Der Monopolkapitalismus

Die Entwicklung zum Großbetrieb hat auch eine innere Umbildung des kapitalistischen Systems bewirkt. Beim Großbetrieb tritt die Bedeutung der Löhne und Rohstoffe im Gesamtetat vor den festen Anlagen immer weiter zurück. In der Krise ist die Abwälzung der Lasten durch Einsparung an den Löhnen nur wenig möglich; die festen Kosten, damit der entscheidende Teil der Gesamtkosten, bleibt erhalten.

Diese verringerte Elastizität versucht der Großbetrieb von der Preisseite her durch organisatorische Bindungen (Kartelle usw.) auszugleichen. Die Konkurrenz wird eingeschränkt; aus der freien Marktwirtschaft wird eine sich zusehend bürokratisierende gebundene Wirtschaft.

Mit der Bindung der Preise, der teilweisen Ausschaltung der Konkurrenz ist aber der Mechanismus des kapitalistischen Systems ausgeschaltet, der es durch alle Konjunkturlagen selbsttätig hindurchsteuert. Die Ausbalanzierung von der Produktion der Produktionsmittel von der der Konsummittel, von der Produktion zum Konsum überhaupt findet durch den Preismechanismus und den Reinigungsprozeß der Krise nicht mehr statt. Die widerspruchsvolle Entwicklung des Systems wird übersteigert. Das System erkrankt organisch und aus der normalen kapitalistischen Krise wird eine Krise des Systems mit den Symptomen einer Depression in Permanenz.

Der Automatismus versagt

Im Februar 1930 kam das deutsche Konjunkturinstitut zu der Feststellung, daß der Tiefpunkt der Krise erreicht sei und die Liquidationsphase von der Depression abgelöst würde, die einen neuen Aufschwung vorbereite. Daß diese Depression nicht kurz sein würde, wurde auch damals angenommen, daß sie im natürlichen Verlauf, durch den Automatismus des kapitalistischen Systems überwunden würde, war damals noch Glaubenssatz.

Zwei Jahre später liegt der Kapitalismus noch immer in tiefster Depression. Jetzt sind aber alle Hoffnungen aufgegeben, daß diese Depression aus eigener Kraft noch einmal überwunden würde; damit ist zugleich zugegeben, daß es sich nicht um eine normale kapitalistische Krise handelt, sondern um eine Krise des kapitalistischen Systems. Das Konjunkturinstitut schreibt:

„So ist also eine unveränderte Kraft der depressiven Faktoren festzustellen. Zugleich wird erkennbar, daß sich der Abschwung mehr und mehr seiner ökonomischen und soziologischen überhaupt denkbaren Grenze nähert. Schon seit Herbst 1930 erfüllt der Abschwung seine eigentliche Funktion, Mittel für neue Betätigung frei zu setzen, nicht mehr. Statt daß sich die Kreditmärkte verflüssigen, dadurch rentable Neuinvestitionen möglich werden und so auf eine Umschaltung der Produktionskräfte auf neue Produktionswege hingearbeitet wird, verbindet sich mit der Abwärtsbewegung ein starker Deflationsdruck. Das Warten auf die heilenden Kräfte der Depression hat damit seinen Sinn verloren. Der Abschwung ist über die Grenze längst hinausgegangen, bis zu der er als notwendige Reaktion auf einen übersteigerten Aufschwung betrachtet werden konnte. Er nagt jetzt an Mark auch des an sich Gesunden und Lebensfähigen.“

Diesem einleitenden Aufsatz soll folgen eine Betrachtung der sozialdemokratischen Theorie der „aktiven Konjunkturpolitik“ und eine Untersuchung des wirtschaftspolitischen Inhalts der Notverordnungsmaßnahmen in der Krise. Daran schließen sich dann an eine Behandlung der verschiedenen Vorschläge zur Krisenüberwindung und positive Vorschläge zu einem sozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Der Abschluß von Ottawa

Pyrrhussieg des englischen Imperialismus

Die britische Wirtschaftskonferenz, die im Laufe ihrer einen Monat langen Dauer mehrfach vor dem endgültigen Scheitern stand, ist mit einem Abkommen abgeschlossen worden, in dem England seinen Dominions weitgehende Konzession auf Kosten seiner Handelsbeziehungen mit der übrigen Welt machen mußte. Diese Konzessionen sind der Tribut, den das Mutterland an die Fortexistenz des Imperiums zahlen mußte. Im einzelnen verpflichtet sich England in dem Abkommen:

die im Einfuhrgesetz von 1932 festgesetzte Zeitspanne für freie Einfuhr von Waren aus den Dominions über den 15. November hinaus, zu verlängern,

eine Reihe ausländischer Waren, darunter Kupfer, Weizen, Eier, Butter, Fische, konservierte Früchte mit einem in Einzelabkommen näher festzusetzenden Zoll zu legen,

den allgemeinen Zollltarif von 10 Proz. nicht ohne Einvernehmen mit den Dominions herabzusetzen,

den Dominions freie Einfuhr für Eier, Butter, Geflügel, Käse und andere tierische Erzeugnisse zu gewähren.

Die Dominions gestehen dafür eine zehnprozentige Vorsorgbehandlung englischer Waren zu.

Das Ergebnis der Konferenz ist eine bittere Enttäuschung für alle diejenigen, die von ihr einen engeren Zusammenschluß des britischen Imperiums, einen neuen Aufbau und eine neue Fundierung der englischen Wirtschaft erwartet haben. Das war vor allem die englische Regierung selbst, die ausgezogen war, um den britischen Markt auf Kosten des nicht-britischen Auslandes zu erweitern und mit dem Druckmittel seiner Hochschutzzölle, die eine völlig neue Situation gegenüber den Dominions geschaffen hatten, aus dem auf der letzten Reichskonferenz geschaffenen lockeren Staatenbund ein sich immer enger zusammenschließendes Wirtschaftsgebiet, eine „Großraumwirtschaft“ zu bilden.

Nicht nur, daß diese Hoffnungen sich nicht erfüllt haben, hat darüber hinaus trotz der schließlichen „friedlichen“ Regelung die Konferenz die bestehenden tiefgehenden wirtschaftlichen Gegensätze zwischen dem Mutterland und den Dominions in weit größerem Lichte erscheinen lassen, als das zuvor der Fall gewesen ist — die scharfe Sprache, die der kanadische Delegationsführer Herr Bennett führte, stellt im Rahmen britischer Verhandlungen ein unerhörtes Novum dar — und hat eine starke Verbitterung auf allen Seiten zurückgelassen. Die Äußerung eines prominenten Delegationsmitgliedes der Dominions, „noch eine solche Konferenz, und dem britischen Reich dürfte ein schnelles Ende beschieden sein“, scheint im allgemeinen die Stimmung richtig zu kennzeichnen.

Die Gegensätze waren von vornherein klar: seit dem Kriege haben die Dominions und Indien aufgehört, die Rolle der auszubeherrschenden Kolonialländer gegenüber dem Mutterlande zu spielen. Sie haben ihre eigene Industrie und damit ihre eigene Bourgeoisie entwickelt, die nicht bereit ist, der englischen Bourgeoisie zu weichen. Das Weltreich drohte zu zerfallen. Vorgeblich versuchten die konservative und genau ebenso die Arbeiterregierung, durch Einsatz militärischer und imperialistischer Machtmittel des ökonomisch begründeten Aufstandes in Indien, Ägypten, Südafrika und im Irak Herr zu werden. Sie konnten den Verselbständigungsprozeß der Kolonien und Dominions nicht aufhalten. Vor diese Schranken ihrer imperialistischen Machtpolitik sah sich die „nationale“ Regierung Mac Donald in Ottawa gestellt. Sie mußte mit der Tatsache rechnen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen der Dominions zum Ausland viel enger sind als zum Imperium, daß nur ein Drittel der englischen Ausfuhr nach den Empire-Staaten geht, und nur ein Viertel seiner Einfuhr aus ihnen kommt. Von der kanadischen Ausfuhr z. B. von der nur 28 Prozent nach dem Empire gehen, nehmen die Vereinigten Staaten 46 Prozent auf, und von der Einfuhr nach Kanada kommen 70 Prozent aus den USA und nur 16 Prozent aus dem britischen Reich. Weit mehr amerikanisches als englisches Kapital ist in Kanada investiert. An der Einfuhr nach England haben heute Bolivien, Argentinien und Dänemark einen weit höheren Anteil als der Export der Empire-Länder. Dazu kommt weiter, daß Südafrika als Goldproduzent an einer Währungsgemeinschaft, wie England sie anstrebt, keinerlei Interesse und von einem Präferenzsystem nichts zu erwarten hat, daß Indien nicht daran denkt, seine Eisen- und Textilindustrie, die Hauptkraft in seinem Befreiungskampf einschnüren zu lassen, daß Irland sich im offenen Zollikrieg mit England befindet und die Teilnahme an der Konferenz ablehnte.

All diese schwerwiegenden Gegensätze traten neben einer großen Anzahl anderer auf der Konferenz offen zutage, geboten dem Ziel der Schaffung einer britischen Autarkie von vornherein Einhalt, und zeigten sowohl die auseinanderstrebenden Sonderinteressen der einzelnen Länder wie ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt.

Die Lösung, die gefunden wurde, hat das Weltreich noch einmal stabilisiert, aber es ist eine Stabilisierung auf Kosten des größten Teils der englischen Bevölkerung, auf Kosten der englischen Arbeiterklasse: die Zölle auf die Einfuhr der nicht aus dem Empire kommenden Lebensmittel werden zu einem Steigen aller Lebensmittelpreise führen und dadurch nicht nur die Arbeiterklasse auf das schwerste belasten, sondern zugleich die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit, die die 3 Millionen-Grenze erreicht hat, ungeheuer verschärfen.

Die Folgen der Ottawa-Konferenz für den Weltmarkt sind in den Einzelheiten noch nicht abzusehen, da die Einzelabkommen bis zu ihrer Paraphierung in den beteiligten Staaten geheim gehalten werden. Einiges aber läßt sich heute bereits mit Sicherheit voraussagen: die Prognose eines Teils der deutschen Presse, daß England durch Ottawa zu einer erträglichen Handelspolitik in Europa getrieben werde, dürfte kaum zutreffen. Durch die Zollbelastungen, die das Mutterland den Dominions zugestehen mußte, werden vor allem die skandinavischen Staaten, aber auch Holland und Belgien schwer betroffen. Hier müssen neue handelspolitische Gegensätze entstehen. Anders kann sich allerdings das Verhältnis zu Frankreich gestalten. Schon in Lausanne hat Herriot darauf gedrängt, den politischen Vertrauensakt durch einen wirtschaftlichen zu ergänzen, und es sprechen mancherlei Anzeichen dafür, daß die Verhandlungen mit Frankreich die ersten sein werden, die England aufnehmen wird.

Und Deutschland? Seine Handelspolitik hat alles dazu getan, um die Beziehungen gegenüber England zu verschärfen, und seine Isolierung so weit zu treiben, daß England trotz seiner Hochschutzzollpolitik eine Chance in Europa bleibt. Deutschland hat nicht nur den Kohlenkrieg mit England aufgenommen, es hat auch den englisch-irischen Zollikrieg in kurzschichtigster Weise dazu ausgenutzt, ein paar Kohlenlieferungen nach Irland zu bekommen und damit die Spannungen gegenüber England zu verschärfen. Es hat aber vor allem durch seine agrarischen Hochschutzzölle den Konflikt mit Holland, Belgien und Skandinavien derart auf die Spitze getrieben, daß der Ausfall an deutschen Lieferungen nach diesen Ländern zu einem guten Teil durch England ersetzt wurde. Die Machtstellung innerhalb des Empire, die England in Ottawa sich trotz allem zu erhalten gewußt hat, wird ihm dazu verhelfen, sein Ziel, Steigerung seines Exports auf Kosten Mitteleuropas, vor allem Deutschlands, zu erreichen. Die beste Unterstützung, die es sich dazu nur wünschen kann, liefert ihm der deutsche Protektionismus, der aus den Erfahrungen von Ottawa nichts lernen wird.

Ein wichtiges Problem ist durch die Kon-

ferenz noch aufgeworfen worden, das möglicherweise die weitesttragenden Folgen haben kann: die Beziehung zur Sowjetunion. Zwar wurde die Forderung Kanadas auf völlige Drosselung der Einfuhr aus Rußland nicht erfüllt, die übernommene Verpflichtung auf schärfste Handhabung der Anti-Dumping-Vorschriften, die als Dumping jede Warenzufuhr mit Staatshilfe bezeichnen, also deutlich das russische Außenhandelsmonopol meinen, kommen dem praktisch aber nahezu gleich. Ob es zutrifft, daß wie manche Blätter wissen wollen, England sich bereit erklärt hat, seinen Handelsvertrag mit Rußland zu kündigen, steht noch nicht fest. Für die englische Einfuhr spielen die russischen Lieferungen eine untergeordnete Rolle, für die Sowjetunion sind aber selbst diese relativ geringen Mengen von großer Bedeutung. In diesem Zusammenhang wird von einer russisch-amerikanischen Einheitsfront gegen England gesprochen, eine Kombination, die insofern keineswegs als ganz haltlos erscheint, als einmal der englisch-amerikanische Kampf um Kanada durch die Ottawa-Konferenz keineswegs geringer geworden ist, zum anderen aber die Möglichkeiten eines Ausbaus des Rußland-Geschäfts in Amerika in letzter Zeit nicht nur ernsthaft erörtert wurden, sondern bereits auf einem Teilgebiet, in der Gewährung günstiger Kreditbedingungen durch USA an die Sowjetunion, zu praktischen Ergebnissen geführt hat.

Der englische Imperialismus hat in den Grenzen des Möglichen und auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung noch einmal gesiegt und seine Herrschaft, wenn nicht erweitert, so doch stabilisiert. Aber dieser Sieg war ein Pyrrhussieg. Diese Stabilisierung einer in sich zerfallenden Herrschaft trägt in sich die Keime zu neuen schwersten außenpolitischen Verwicklungen und zu einer Verschärfung der innerenglischen Wirtschaftskrise, die gleichfalls zu den schwersten Erschütterungen führen muß. Dieser erneute Versuch, die aus den Fugen geratene Welt des Kapitalismus auf Kosten der Arbeiterklasse noch eine Weile zusammenzuhalten, muß dazu beitragen, dem Proletariat, in diesem Falle der englischen Arbeiterklasse, ihre Funktion, Totengräber des Kapitalismus zu sein, ins Bewußtsein zu rufen und die objektiven Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Mobilisierung der SA-Reserven

Enthüllungen des „Stahlhelm“ über einen Putschversuch

In der nationalsozialistischen Presse fällt die verstärkte Werbekampagne für den Eintritt in die SA und SS auf. Es ist auch bekannt geworden, daß die Lokalorganisationen der NSDAP an ihre jugendlichen Mitglieder die Forderung des Eintritts in die SA richteten und im Falle der Ablehnung ärztliche Atteste verlangten.

Die englische, immer gut unterrichtete „Daily Express“ weiß sogar von einer allgemeinen Mobilisierung zu berichten, wonach innerhalb einer Woche alle wehrfähigen Männer sich der SA anzuschließen oder zumindest einer ärztlichen Untersuchung zu stellen haben. Die Parteileitung der NSDAP leugnet dies auch gar nicht ab, sondern erklärt nur, daß tatsächlich den Parteimitgliedern der Grundsatz, daß sie in die SA- und SS-Reserven einzutreten haben, „in Erinnerung“ gebracht worden sei.

Man wird also die weiteren Vorgänge im Lager der SA mit aller Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Diese Aufmerksamkeit wird um so größer sein müssen, als wir aus den Enthüllungen des Stahlhelm-Führers Stephanis wissen, daß in der vergangenen Woche entweder eine Probemobilisierung oder eine irgendwie unterdrückte Teilkaktion vorstatten ging, die den Staatsbehörden gemeldet wurde, ohne daß man von einer Gegenaktion oder von einem Untersuchungsverfahren irgend etwas zu hören bekommen hätte.

Die Darstellung Stephanis von der Putschaktion lautet wörtlich:

„Im Laufe der vorigen Woche wurden SA-Gliederungen aus Berlin herausgezogen und nordwärts in Marsch gesetzt. Berliner Stahlhelm-Kameraden, von denen bekannt war, daß sie Kraftwagen besaßen, wurden unter Androhung von Gewalt aufgefordert, ihre Fahrzeuge der SA zur Verfügung zu stellen. Andere Meldungen aus dem Brandenburgischen besagen, daß uniformierte und bewaffnete SA-Leute unter Androhung von Waffen Gewalt

bei Stahlhelmführern die Herausgabe von angeblich versteckten Waffen verlangt hätten.

Sowohl ich wie der Landesführer von Brandenburg, Rittmeister a. D. von Morawicz, haben daraufhin angeordnet, daß alles Eigentum des Stahlhelm zu bewachen sei, und die gewaltsame Fortnahme durch die SA-Leute zu verhindern wäre. Von dieser Anordnung haben wir dem preussischen Innenministerium Kenntnis gegeben, weil wir einerseits nicht die Absicht hatten, den Stahlhelm von aufgereizten SA-Leuten terrorisieren zu lassen, andererseits verhindern wollten, daß Stahlhelm-Kameraden in ein aussichtsloses Putsch-Unternehmen hineingezogen werden. Diese Gefahr war um so größer, als von den SA-Leuten behauptet wurde, daß ihre Unternehmung im Einverständnis mit der Reichswehr erfolgte und daß auch seitens der preussischen Polizei keine Gegenwehr zu erwarten sei. Die gegenteiligen Erklärungen des Herrn Reichskommissars von Preußen und

des Herrn Reichswehrministers beweisen das Gegenteil. Die Behauptungen der SA-Leute legen aber am deutlichsten Zeugnis davon ab, in welcher skandalösen Weise versucht worden ist, eine gläubige Gefolgschaft gegen die Maschinenengewehre der Polizei oder der Reichswehr anzuheben zu lassen, um sie für die ehrgeizigen Pläne unverantwortlicher Unterführer zu opfern und in den sicheren Tod zu treiben.“

Die Enthüllungen Stephanis sind eindeutig. Das sind nicht irgendwelche Vermutungen, sondern Tatsachen. Es steht uns allerdings nicht frei, zu untersuchen, warum die Behörden zu diesen konkreten Angaben in keiner Weise Stellung nehmen.

Man wird auch Herrn Stephanis nicht gerade vorwerfen können, daß er irgend welche republikanische, geschweige linke Neigungen hat. Er ist völlig unverdächtig und ein zuverlässiger Zeuge dafür, daß innerhalb der NSDAP und SA Kräfte am Werke sind, die die Kontrevolution weitertreiben wollen.

Nazi-Regierung auch in Thüringen

Bei der Wahl des thüringischen Landtagspräsidiums wurde die SPD als stärkste Fraktion nicht berücksichtigt. Die vereinigte Reaktion wählte ein Präsidium aus zwei Nazis und einen Landbündler. Es ist damit anzunehmen, daß diese Rechtskoalition, die zusammen mit den Deutschnationalen über 34 von 61 Stimmen verfügt, sich auch über die Regierungsbildung einigen wird. Die kommunistische Fraktion wurde auf 3 Tage ausgeschlossen, weil sie während einer nationalistischen Gedenkfeier für die Niobe-Opfer sitzen geblieben war. Gesetzlich rechtfertigen läßt sich dieser Ausschluß nicht.

Der Staatsgerichtshof hat Zeit

Ein Urteil des Staatsgerichtshofs in dem Fall der Preußenaktion der Reichsregierung ist vor Ablauf der Gerichtsferien, also vor dem 15. September, nicht zu erwarten. Ob bis dahin Preußen noch Preußen sein wird?

Es gibt kein Flaggenrecht

Zu dem Verbot der nationalsozialistischen Länderregierungen, die Reichsflagge auf öffentlichen Gebäuden zu hissen, weiß die Regierung nur zu sagen, daß es kein „Flaggenrecht“ gibt.

In Deutschland ist also alles erlaubt, was nicht verboten ist?

Schober gestorben

Der frühere österreichische Bundeskanzler, der 1927 der Wiener Polizeipräsident war, der die Wiener Arbeiter zusammenschloß, ist jetzt gestorben. Sein Tod erfolgte wenige Wochen nach dem Seipels, der 1927 der Bundeskanzler war.

Oesterreichs Anleihe

Das österreichische Parlament nahm den Lausanner Anleihevertrag endgültig mit zwei Stimmen Mehrheit an. Damit ist Oesterreich noch mehr denn je dem internationalen Finanzkapital ausgeliefert.

Sievers mahnt die SAP

Kurz vor der Wahl lasen wir im „Freidenker“ einen Artikel von Max Sievers, in dem die Breslauer SAP-Genossen scharf angegriffen werden, weil sie einen früheren Angehörigen des Freidenkerverbandes, der nach Angaben von Sievers wegen ehrenrührigen Vergehens entlassen wurde, unterstützte.

Genosse Sievers hatte gut getan, den ganzen Konflikt um den aus dem Freidenkerverband entlassenen Genossen Nevermann zu schildern. Nevermann hat gegen seine Entlassung geklagt. Er hat den Prozeß verloren und ist verurteilt worden, auch dem Freidenkerverband die Prozeßkosten im Betrage von etwa 200 Mark zu ersetzen. Als Nevermann im Auftrage des Freidenkerverbandes angestellten Pietach-Breslau vom Anwalt des Freidenkerverbandes Zahlungsbefehl für die Zahlung der Prozeßkosten übermittelt und mit Pfändung gedroht wurde, hat Nevermann an Pietach geschrieben und ihn mit dem Hinweis darauf, daß er Wohlfahrtsempfänger sei, gebeten, ihm nicht die letzten Möbel pfänden zu lassen, sondern ihm zu gewähren, daß er die Prozeßkosten in Raten abzahle. Darauf hat der Verbandsangestellte Pietach in durchaus unverständlicher Weise geantwortet, daß er gar nicht daran denke, ihm die gewünschte Erleichterung zu gewähren, und wenn er nicht sofort die ganze Summe zahle, dann werde eben gepfändet werden. Diese unsoziale Handlung, die eines Freidenkerangestellten nicht würdig ist, hat Nevermann zu scharfen Angriffen gegen Pietach und den Verband veranlaßt, bei denen Nevermann in seiner Erregung über das Verhalten des Genossen Pietach vielleicht zu scharf geworden ist.

Max Sievers benutzt aber diesen Anlaß, um darüber hinaus, allgemeine Anklagen gegen die SAP zu erheben. Er sagt:

„Ungeachtet unserer grundsätzlichen politischen Bedenken, die wir gegen die Gründung der SAP seinerzeit sehr eingehend dargelegt und begründet hatten, ist die Leitung des DFV stets bestrebt gewesen, darauf zu achten, daß Mitglieder der SAP innerhalb des Verbandes ihrer Parteizugehörigkeit halber nicht angegriffen und in ihrer Tätigkeit für den Verband nicht beschränkt werden. Immer haben wir versucht, zwischen den SPD- und SAP-Mitgliedern Brücken der Verständigung zu errichten.“

Gerade die Breslauer Freidenker-Genossen werden ihm auf diese Behauptung zu antworten wissen, und wir hoffen, daß Genosse Sievers auch die Objektivität aufbringen wird, die Gegenseite anzuhören und erst danach zu urteilen.

Was wir aber unter allen Umständen bestreiten, ist die allgemeine Behauptung, daß im Rahmen der parteipolitischen Fraktionsarbeit „Kampfmethode“ Anwendung finden, die sich kaum noch von denen der KPD unterscheiden.“

Genosse Sievers weiß als Freidenker und Marxist, daß die geistige Freiheit politisches Denken und Handeln einschließen muß. Er als Sozialdemokrat, wir als SAP-Mitglieder können nicht darauf verzichten, über all für unsere politischen Ueberzeugungen einzutreten. Genosse Sievers wird nicht beleidigt sein, wenn wir die subjektive Ueberzeugung haben, bei dieser politischen Betätigung ein reines Gewissen und — leider — die Bestätigung unserer Ansichten durch die traurige Wirklichkeit zu haben.

Wir lehnen es ab, irgendwie mit dem Gedanken der Spaltung des Freidenkerverbandes zu spielen. So wertvoll uns die Einheit der SPD war, haben wir keinen Augenblick gezögert, auf alle Konsequenzen hin unseren Kampf gegen die verderbliche Linie der SPD zu führen. Wir sind dabei nicht nur ausgeschlossen worden, sondern haben die schmerzliche Erfahrung machen müssen, daß die von uns bekämpfte Politik der SPD-Führung beinahe noch schlimmer sich auswirkte, als wir fürchteten.

Eine solche Zuspitzung der Gegensätze braucht im Freidenkerverband nicht einzutreten und muß vermieden werden. Wenn die Führung des Freidenkerverbandes sich ein bißchen Objektivität und Toleranz bewahrt hat, wird eine solche Zuspitzung auch vermieden werden können. Wir wissen, welche schlimme Auswirkung jene Gedanken der 3. Internationale, überall eigene Kultur- und Sport- und Gewerkschaftsorganisationen zu bilden, für die Arbeiterklasse gehabt haben. Genosse Sievers wird aber auch wissen, wie Unduldsamkeit und bürokratische Ueberheblichkeit innerhalb dieser Organisationen solchen Spaltungstendenzen erst den Weg geebnet haben.

Wenn in irgendeinem Einzelfall SAP-Genossen die gebotenen Schranken überschritten haben sollten, so wird nicht gleich die Welt untergehen. Genosse Sievers kann versichert sein, daß unsere Genossen viel, viel mehr — auch in seinem Verbands — haben aushalten müssen.

Vielleicht dürfen wir in dieser „Mahnung an die SAP“ den Wunsch des Genossen Sievers erkennen, rechtzeitig und in allen Fällen den Weg der Verständigung zu suchen. Wir werden diese Verständigung niemals ablehnen. Mit unserer ganzen Kraft, ja Verbissenheit haben wir „Spalter“ in den ganzen Monaten unseres Bestehens für die Einheit der Arbeiterklasse, für eine kämpfende, revolutionäre Einheit, eingesetzt. Wir werden auch in diesem Fall dieses unser Programm nicht verlassen.

Merkwürdige Klassenkämpfer

Was der Zwickauer Reichsbannersekretär eingesteht

In der Waffenaffäre des Reichsbanners im Zwickauer Bezirk hat der Gausekretär des Reichsbanners, Weck, nunmehr allen eingestanden, was die Polizei von ihm als Geständnis haben wollte. Nach diesem Geständnis sollen die 500er Waffenhändler dem Reichsbanner 650 bis 700 Pistolen geliefert haben, die — nach den Angaben des Gausekretärs Weck — zum Teil ins Haus des „Sächsischen Volksblattes“ in Zwickau und in das Volkshaus Chemnitz geschafft worden sein sollen. Von da an soll eine weitere Verteilung an von Weck namentlich benannte Abnehmer u. a. in Chemnitz, Zwickau, Reichenbach, Grimnitzschau und Plauen stattgefunden haben.

Soweit die bürgerliche Pressemeldung, die immerhin mit Vorsicht genossen werden muß. Aber so viel läßt sich heute schon sagen: mit dem Begriffen von Solidarität scheint es sowohl bei der Reichsbanner- als auch bei der SPD-Führung des Zwickauer Bezirkes glänzend bestellt zu sein. Gausekretär Weck gibt alle Personen namentlich an, die von ihm Waffen erhalten haben sollen, und ein bürgerliches Blatt konnte dieser Tage, ohne Widerspruch in der sozialdemokratischen Presse zu finden, schreiben, daß sich der Zwickauer SPD-Sekretär Päckert gegen Verrat seiner eigenen Genossen von der Haft losgekauft habe.

Die „SAP-Kommission“

Aus Wilkau wird uns geschrieben:

Der politische Bankrott der SPD, hervorgerufen durch das vollständige Versagen der SPD-Führung in der Krise, den Zusammenbruch der Tolerierungspolitik, durch die Niederlage im Hindenburgabenteuer, durch die schmachvolle Kapitulation vor Papen und dem Faschismus am 20. Juli bei der Übergabe der „Machtpositionen“, durch die Täuschung der Arbeiter durch parlamentarische Illusionen bei der letzten Reichstagswahl und durch den Bankrott des Reformismus überhaupt, zwingen diese Partei zu den schäbigsten Werbemethoden die diese Arbeiterpartei jemals gebrauchte. In Wilkau haben sie eine „SAP-Kommission“ eingesetzt, die von Tür zu Tür geht und ihr Heil bei den klassenbewußten Arbeitern unserer Partei versucht. Ueberwältigende Erfolge sind ihnen dabei nicht beschieden. Da sie nicht mit politischen Argumenten mehr arbeiten können, versuchen sie es auf die schon in der Spaltungszeit geübte Methode der Drohungen. Jeder irgendwie mit gewerkschaftlichen oder überparteilichen Organisationen zusammenarbeitende Genosse erhält die „Nachteile“, die sein weiteres Verbleiben bei

der SAP für ihn hat, vor Augen gehalten. Geht es mit den Drohungen allein nicht, dann versuchen es diese Gesellen mit materiellen Versprechungen und Verleumdungen; daß es bei der Erfüllung dieser Versprechungen zuletzt in Wilkau nur noch Bademeister und sonstige Beamte herumlaufen würden, scheint sie nicht zu stören. Daß sie bei einem einzigen bis jetzt Erfolg hatten, macht uns keine Sorge. Erst in der vergangenen Woche ist dafür ein alter, sozialdemokratischer Klassenkämpfer wieder zu uns übergetreten. Das ist in unseren Augen ein größeres Plus, als wenn ein Deserteur geht. Wir brauchen für die kommenden Kämpfe harte, entschlossene Genossen. Und jeder gute, ernste Klassenkämpfer findet bei uns seine Aufgaben. Die Knochenweichung der SPD, die durch nichts besser illustriert wird als durch solche Methoden, ist aber eine Krankheit, mit der nur durch das Verschwinden dieser Partei Schluß gemacht werden kann. Den Reklamefachleuten der SPD und des Reichsbanners möchten wir aber sagen, daß sie sehr, sehr vorsichtig sein möchten mit ihren skandalösen Methoden. Es könnte sein, daß sie versehentlich an den Unrichtigen kommen.

Plantz

„So nimm denn meine Hände und führe mich“. Bereits längere Zeit tritt besonders auffällig in Erscheinung, daß die Genossen der eisernen Front und des Reichsbanners sich fast ausschließlich jeder politischen Diskussion mit uns zu entziehen versuchen. Da wir nicht glauben möchten, daß die von den Spitzen der SPD betriebene Politik bei den Mitgliedern dieser Organisationen eine solche nach außen auffällige Interessenlosigkeit ausgelöst hat, bleibt uns nur übrig anzunehmen, daß diese „Zurückhaltung“ von oben „empfohlen“ wurde. Die Ursache hierzu ist ja auch sehr begrifflich. Die führenden Persönlichkeiten wissen nur zu gut, daß sie durch ihre verkehrte Haltung in dem großen politischen Geschehen der letzten Zeit, ihren Funktionen jedes Argument aus der Hand geschlagen haben und ferner, das ist wohl auch der ausschlaggebende Faktor, befürchten sie, ihre Mitglieder könnten in einem Sinne beeinflusst werden, der ihre

Gefolgschaft über jede — Kleinereübelhinderungseveringstollerierungspolitik — nicht mehr gewährleistet. In diesem Sinne ist es zu verstehen, daß die Führer alles daran setzen, ihre Soldaten dem Einfluß der schon so oft beerdigten aber immer quetschlebdigen, arbeitsfreudigen Sapper zu entziehen. Ziemlich schuldbehaftet und schwach muß sich eine Organisation fühlen, die zu derartigen Mitteln zu greifen sich genötigt sieht. Verstehen können wir nur nicht, daß die Arbeiter sich immer wieder selbst betrügen, und auf diese Leimruten kriechen. Es geht heute nicht mehr um das Interesse einer Partei, es geht ums Ganze, um Sein oder Nichtsein der Klasse. Im Interesse der Klasse aber liegt der Meinungsaustausch aller, über den Weg, der beschritten werden muß, um aus dem heutigen Elend in die Freiheit zu marschieren. So bedauerlich der oben angeführte Zustand auch ist, es wird den Weg unserer sieghaften Idee nicht verbauen können.

Plauener Brief

Der Plauener Sekretär der KPD hat wenig Glück. Wegen seiner Einheitsfrontpraxis hat er von seiner Leipziger Bezirksleitung einen dornen Büffel nach dem anderen bekommen und in der Sucht, seine Linientreue zu beweisen, hat er noch mehr Porzellan der KPD zerschlagen als für die Nerven seiner Leipziger Auftraggeber gut war und nun „hängt“ er und soll „strafverfolgt“ werden.

Die Plauener Einheitsfront hat er ja glücklich zu Tode manövriert, aber sonst sind ihm die Erfolge versagt geblieben. Von den 23 Mann des zerschlagenen Aktionskomitees sind gerade noch acht linientreue Kommunisten übriggeblieben, die in der letzten Sitzung einen Aufruf an die Textilarbeiter beschlossen und sie aufforderten, in den Betrieben Kampfausschlüsse zu wählen und Streiks zu organisieren. Da im Textilarbeiterverband Kommunisten auch mit dem Vergrößerungsglas nicht zu finden sind und die RGO überwiegend ein Erwerbslosenverein ist, wird dieser Kampf auf die Textilarbeiter ungehört verhallen, wenn nicht größere Autorität hinter ihm steht.

Aber da bei der Plauener KPD alles unter „Führung der KPD“ stehen muß, verhalten im Aktionsausschuß alle Vorschläge und Anträge der SAP, sie wurden mit linientreuer Mehrheit niedergestimmt, welches Verfahren die Kommunisten die „Kämpfende Einheitsfront“ nennen.

Nun ist Stille an allen Fronten und von einer Tätigkeit der KPD spürt man nichts.

Die Eiserner Front hingegen verlegt das Schwergewicht ihrer Tätigkeit augenblicklich in die Reihen der Mitgliedschaft der SAP. Flugblätter mit persönlicher Anschrift werden unseren Genossen zugestellt und Werber suchen sie auf, um sie wenigstens zu einem Zeitungsabonnement der „Volkszeitung“ zu überreden. Wir begreifen sehr wohl: das Plauener SPD-Blatt zieht immer mehr die Beine an und sein Lebensatem ist nur noch ein Röcheln; es sind die letzten Anstrengungen eines Sterbenden, sich noch eine Galgenfrist zu schaffen. Noch einige Monate Krise und das Plauener Blatt der SPD ist gewesen.

Man holt jetzt mit schönen und glatten Worten nicht mehr zurück, was man vor vielen Monaten unflätig beschimpfte und besudelte. Die Bemühungen der Plauener SPD-Leitung und der Volkszeitungs-Geschäftsleitung sind zwecklos.

Den Trennungsestrich, den wir nur politisch zogen, haben die Volkszeitungsleute noch einen zweiten der persönlichen Infamierung und Verhetzung hinzugefügt: den ersten wollen und können sie nicht wegwischen und den zweiten streichen sie mit noch so süßlichen Worten aus dem Gedächtnis unserer Genossen nicht mehr hinweg.

Gelenau

Die Mitgliederversammlung billigte die Beschlüsse des Vorstandes, am Donnerstag einer jeden Woche Auskunfts- und Beratungsstunden abzuhalten. Die Beratung erfolgt kostenlos für alle Arbeiter. Auf die Darlegungen in der Ortszeitung „Rote Einheit“ wird verwiesen. Anfang September findet ein Kursus mit dem Genossen Weckerle statt, wozu die Arbeiter aller proletarischen Parteien schon jetzt eingeladen werden. Die Versammlung beschloß ein Ersuchen an den Textil-Arbeiterverband, die Belegschaften aller Betriebe des Ortes wegen des einseitigen Lohnkampfes sofort zusammenzunehmen. Die SPD-Reformisten des Ortes wollen ihre rebellierenden Mitglieder

über die verhängnisvolle Politik der SPD durch hinwegbringen, daß sie in der am gleichen Tage stattgefundenen Mitgliederversammlung die Parole ausgaben, die SAP befände sich im Niedergang. Dabei ist unsere Bewegung im besten Aufstieg und das Vertrauen der Arbeiter zu ihr wächst immer mehr. — Zum Gemeindevahlkampf werden die Kräfte der Arbeiterschaft des Ortes erneut gemessen werden.

Versammlungskalender

Bezirkverband Berlin-Brandenburg
Achtung! Alle Gruppen müssen schnellstens die Sammellisten abreichen.
Freitag, 26. August, 20 Uhr, Referentensitzung im Sekretariat, Magazinst. 12. Pflichtveranstaltung für die von den Ortsgruppen benannten Referenten.
Sonntag, 27. und Sonntag, 28. August: Wochenendkursus im Birkenwerder Gesellschaftshaus für die Ortsgruppen Berlin und Birkenwerder. Thema: „Grundrhythmus zur Einheitsfront und Faschismus.“ Leiter: Ingrid Pasch. Treffpunkt für die Berliner um 17.30 Uhr am sonnabendlichen Vorortbahnhof; Fahrkarte 1. RM, Unkosten 20.30 Pf. Für gutes Nachmittagsessen ist gesorgt. Der in der Nähe der Park-Brücke gelegene Beginn des Kurses am Sonntag, vorm. 9 Uhr, im Gesellschaftshaus. — Anmeldungen im Sekretariat und bei den Bildungsobleitern.
Montag, 29. August, 19.30 Uhr: BL-Sitzung im Sekretariat, Magazinst. 12.
Mittwoch, 8. August: Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Mitgliederversammlung, pünktlich 20 Uhr, in den „Mda Feststätten“, Schönhauser Allee 100. Ref.: Gen. Walcher über „Unsere Aufgaben in den Gewerkschaften.“
Ortsgruppe Steglitz: Mitgliederversammlung am 20 Uhr.

Dienstag, 6. September, 20 Uhr, öffentliche Versammlung in den Musiker-Feststätten, Kaiser-Wilhelm-Straße. Referent: Zweiling — Seydewitz.

Sozialistischer Jugend-Verband Berlin.
27./28. Aug.: Wochenendkurse der Aktionsbezirke. Thema: „Faschismus.“
AB. Nordost in Meißnerhof, Referent: Günther Hopfe.
AB. Ost, Königswinterhausen am Heidesee, Referent: Krellmann.
AB. Nord, Meißnerhof, Referent: Weckerle.
AB. West, Meißnerhof, Referent: Fritz Lowy.
AB. Süd, Referent: Petrow.
29. Aug.: Referentensitzung. Thema: „Russische Revolution von 1917.“
1. Sept.: Roter Gewerkschaftstag des SJV, in der Saal.
SAP Löbau, Donnerstag, 1. Sept., um 20 Uhr im Volkspark Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl. Sonstiges.
Gelenau I. E. Der weibliche Elternverein und die Freizeiter veranstalten am Sonntag, 11. Sept., die Freizeitervereine nach Chemnitz zum Besuch der Diesterwegschule (ganz moderne Volksschule) und des Krematoriums. Fahrpreis und Besichtigungsgebühr zusammen etwa 1.20 RM. Abfahrt 7.30 Uhr vom Gemeindepark (Haltepunkt: Markt u. „Deutsches Haus“). Ankunft in Gelenau (Rückreise) etwa 1 Uhr. Meldungen bis spätestens 4. September bei den bekannten Funktionären hiesiger Organisationen oder bei Gen. Braun, Nr. 258, und Max Börner (Oberdorf).
SAP-Chemnitz. Die Gewerkschaften! — Ihre Bedeutung für den Klassenkampfreformismus und Radikalismus in den Gewerkschaften. — Stellung der SPD, KPD und SAP zu den Gewerkschaften. Ueber dies Fragen spricht Gen. Jacob Walcher, Berlin, in einem Wochenendkursus des SJV und der SAP am Sonntag, dem 3. September, 19 Uhr, und am Sonntag, dem 4. September, früh 9 Uhr, in der „Arbeiterbörse“, Hainstraße 7. Kursusbeitrag für Vollarbeiter 50 Pfennig, für Erwerbslose 20 Pfennig.

An die Leser des „Kampfsignal“

Das Verbot des „Kampfsignal“ mit allen Kopfbüchern hat für die Parteiorganisation die große Schwierigkeit mit sich gebracht, daß dadurch der größte Teil der Lokalberichterstattung unterbrochen ist. Die SAZ kann naturgemäß dafür keinen Ersatz leisten. Wir bitten alle Parteigenossen und Leser um Geduld und Nachsicht. Es ist Schlud der „höheren Gewalt“.

SACHSEN

KAUFHAUS SCHOCKEN



Herbst-Kleiderstoffe

Kleider-Tweed	gezwirnt, gute Strapazierqualität, mittelfarbige oder dunkle Muster	67 cm breit m	-85
Kleider-Tweed	gezwirnt, mittelschwere, halbwoollene Qualität, für Übergangskleider	67 cm breit m	-85
Kleider-Tweed	Halbwolle, besonders schwere gezwirnte Qualität, dunkelfarbige Muster für gute Frauenkleider	67 cm breit m	-95

Die Maße geben die ungefähren Breiten an.

Beachtet unsere Inserate

SCHKEUDITZ

Stadtparkasse Schkeuditz

Bahnhofstraße 57 a

Mündelsicheres Institut unter Haftung der Stadtgemeinde

Postscheckkonto: Leipzig Nr. 15915
Fernruf: 99 und 251

Annahme von Spareinlagen in jeder Höhe bei günstiger Verzinsung Einlagen und Reserven zur Zeit rund 13 Millionen Reichsmark

Briefliche Auskünfte, Prospekte und Zahlkarten kostenlos.

Sparbücher werden gebührenfrei in Verwahrung genommen.

Kassenstunden: 8—13 und 15—17 Uhr (8—1 und 3—5 Uhr) Mittwochs und Sonnabends nachmittags geschlossen

Wünsche wegen Rückzahlung aufgeweiteter Sparguthaben werden weitgehendst berücksichtigt

Stadt Berlin

Schkeuditz, Hallesche Strasse

Inhaber: W. Bergmann (Sifler)

Verkehrslokal aller Arbeiter

Sternburg-Bierauschank

Für Lebensmittel nur

Hermann Richter

Schkeuditz, Hallische Str. 62

Wir ziehen um

Deshalb so billige Preise

auf Anzüge und Ullster 20%	auf Berufskleidung, Strümpfe 10%
auf Mägen und Windjacken 10%	Damen- und Kinderartikel 20%
auf Joppen und Herrenartikel 10%	auf Kleider zum Teil 30% und mehr

B. Hildebrandt Leipziger Straße 40
Mein Geschäft befindet sich ab Ende Sept. Bahnhofstraße 58 gegenüber Rathaus.

Oskar Hensel

Fleischermeister

Oberfriedersdorf in Sa.

empfiehlt

pr. Fleisch- u. Wurstwaren

Spezialität: Fleischsalat, stets frisch

Reunion **8 B**
6 Stück 20 Pf. rein, mit neuen Filmbildern
Leicht und schnell

BERLIN

Kliems Festsäle

Berlin S 89, Hasenheide 13-16
Telefon F 6 Baerwald 6565

Säle und Vereinszimmer
bis 3000 Personen fassend
Konzert- und Theatergärten

Rind- und Schweinehälften

(f. Fleisch- u. Wurstw.)

Kurt Drossel
Berlin O
Schreinerstraße 48

PREMNITZ

Fahrräder

Mehrschalen

Markenfabrikate
und Spezialräder
von 44 Mk. an
in Dreizeher-Kinderwagen große Auswahl
Reparaturen preiswert und schnell

Autoruf 261

Einzel- u. Gesellschaftsfahrer

(Limousine u. Autobus)
Billigste Berechnung — Sorgfältigste Bedienung

otto Bercher

Bergstraße 41

Alwin Müller

Hauptstraße 29

Drogerie

Hermann Gumbz

Niederbarnimstr. 1

Droge / Arzneiwaren

Schneiders

Besoblanstall

Albert Nickel

Zeughofstraße 22

Drogerie

Fritz Suck

Köpenicker Str. 194

Farben, Photo
Arzneimittel

Bad mit Sittlichkeit

Der stellvertretende Reichskommissar in Preußen, Dr. Bracht, hat nunmehr die angeforderte „Badepolizeiverordnung“ erlassen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Was ist anstößige Badebekleidung?

§ 1. Das öffentliche Nacktbaden oder Baden in anstößiger Badebekleidung ist verboten. Als öffentlich im Sinne dieser Bestimmung gilt das Baden, wenn die Badenden von öffentlichen Wegen oder Gewässern aus sichtbar sind.

Was ist Aergernis im und am Wasser?

§ 2. Im und am Wasser ist jedes Verhalten zu unterlassen, das in sittlicher Beziehung Aergernis zu geben geeignet ist.

Badeanzug genügt nicht

§ 3. Es ist verboten, nur mit einem Badeanzug bekleidet, öffentliche Gaststätten zu betreten oder sich in diesen aufzuhalten, es sei denn, daß die Gaststätten nur vom Badestrand oder den Badeeinrichtungen aus zugänglich sind.

Weitergehende Bestimmungen zulässig

§ 4. Die nachgeordneten Polizeibehörden können weitergehende Bestimmungen erlassen. „Zwangsgeld“

§ 5. Gegen die Nichtbefolgung der Polizeiverordnung wird hiermit die Festsetzung von Zwangsgeld bis zu 150 Mark angedroht.

Arme Polizei

In den Polizeistuben Preußens sitzen zur Zeit die armen Beamten und knobeln über einen Satz der besonderen Anweisungen Brachts an die Polizeibehörden zur Durchführung des Baderlasses. Dieser Satz heißt: „Das Verbot des § 2 bezieht sich nicht nur auf ein Verhalten, an dem im Einzelfall Aergernis genommen wird, sondern auf jeden Fall, an dem von verdächtigten Menschen Aergernis genommen werden kann.“

Wir können zur Aufklärung dieses Satzes den Polizeibeamten einen kleinen Wink geben. Sie mögen diesen Satz, wenn es auch anfangs Schwierigkeiten macht, auswendig lernen, und dann auf die Suche nach einem verdächtigten Menschen gehen. Wenn sie ihn gefunden haben, so wird er ihnen den Satz erläutern. Finden sie ihn nicht, so finden sie auch keinen, dessen Aergernis sie zum Einschreiten veranlassen müßte.

„Nackigte Tatsachen“

In einer Berliner Diskussion mit Ruth Fischer, deren Kleid allzuleicht dazu neigte, zu entrollen, statt zu verbergen, verzichtete Adolf Hoffmann auf die weitere Diskussion angesichts der Durchschlagskraft der „nackigten Tatsachen“.

Der preußische Staatskommissar Bracht will vor den nackigten Tatsachen aber nicht so leicht verzichten, wie wir an anderer Stelle berichteten. Er wird bei den Hugenbergläutern, die eine „eindeutige“ Inserentenplattlage betreiben, ein ergiebiges Arbeitsfeld finden, daß er hoffentlich den armen Städtern ihr bischen Freude an Luft und Wasser zunächst nicht vergällen kann. Er wird in Hugenbergs Magazin so viele nackigte Tatsachen finden, daß uns das Magazin bzw. seine erwartungsvollen deutschnationalen Leser schon heute leid tun.

In Berlin, am Bahnhof Friedrichstraße, gibt es ein Lokal, das seine Kunden durch Tanzabende im Badekostüm und die dazugehörigen Tanznixe anzieht. Der Inhaber ist Pg. Auf Anfrage hat dieses famose Mitglied der „aufstrebenden Bewegung“ und der christlichen Kultur, das an den Badetrikots immerhin ein recht prächtiges Schloß als Wohnsitz nicht errafft, sondern „werkätig erworben“ hat, erklärt, daß seine Damen künftig in Gesellschaftskleidung erscheinen würden, die ja auch anziehend bzw. ausziehend genug sei. Er sei überhaupt gar nicht so sehr für die Trikots.

Im „Lokal“ des Nationalsozialisten werden alle polizeilichen Vorschriften gewahrt werden, wird also künftig den Vorschriften des Antikulturbolschewismus entsprochen werden; die Beiträge seines Inhabers an die NSDAP werden auch künftig nicht stinken.

Ein unanständiger Wind

Die Badenverordnung des Herrn Bracht beginnt schon Früchte zu tragen. In Kloster auf Hiddensee wurden alle Badegäste auf dem Wege zum Strand, sofern sie im Badeanzug sich befanden, von einem Landjägermeister festgestellt und notiert. Ein junges Mädchen, das über dem Badeanzug einen Bademantel trug, hatte dabei besonderes Pech. Ein plötzlicher Windstoß löfete den Bademantel, so daß die unbekleideten Beine zu sehen waren. Es ist nicht bekannt, ob diese Beine besonders schön waren. Jedenfalls nahm der Beamte pflichtgemäß Anstoß. Eine Notverordnung gegen den unsittlichen Wind wird noch erwartet. Inzwischen werden die Badegäste aber vorziehen, abzureisen und, soweit sie über die notwendigen Geldmittel verfügen, außerhalb Preußens für die nächsten Erlasse Brachts die notwendigen Kräfte in Luft und Sonne zu gewinnen suchen.

60 Landräte im Ruhestand

Die „preußische Staatsregierung“ hat 60 Landräte in den Ruhestand versetzt, wie es heißt: „in Durchführung der Verordnung über die Zusammenlegung preußischer Landkreise. Gleichzeitig sind aber 70 Landräte neuernannt und 20 Beamte kommissarisch mit der Verwaltung von Landkreisen betraut. Wir haben Anlaß, auf eine nähere Ausführung des Widerspruches in dieser Angelegenheit im Augenblick zu verzichten.“

Die Standgerichtsurteile In Briesg und Beuthen

Selten ist es so schwer, ja nahezu unmöglich gewesen, ein objektives Bild der Vorgänge zu erhalten wie im Prozeß wegen der Ohlauer Vorfälle. Die Berichte der Rechtspreste und die der Linkspresse über ein und dieselbe Prozeßperiode widersprechen sich haarscharf.

Mag sein, daß vor dem geltenden Gesetz auch die Ohlauer Reichsbanner-Arbeiter nicht völlig unschuldig gewesen sein mögen. Das Prozeßverfahren selbst, das nicht unter den Rechtsgarantien des ordentlichen Verfahrens durchgeführt werden konnte, hat eine eindeutige Feststellung nicht erlaubt. Fest steht nur, daß das Urteil in wesentlichen Punkten im Widerspruch zu den Ergebnissen der Beweisaufnahme steht, daß der Anlaß und der Beginn der blutigen Schlägereien bei den Nationalsozialisten lag, und daß das Urteil außerordentlich hart ist. Drei Reichsbannerleute wurden zu 4, 3 und 2 Jahren Zuchthaus, 27 Angeklagte zu 4 bis 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil muß um so mehr zum Widerspruch aufrufen, als die mindestens mitschuldigen Nationalsozialisten außerhalb dieses Verfahrens bleiben.

Betrachten wir das Briesger Urteil, obwohl es nur 9, nicht 20 Jahre Zuchthaus, wie der Staatsanwalt neben insgesamt 229 Jahren Gefängnis beantragte, verhängte, so empfinden wir die Sühne, die das Beuthener Sondergericht gegen die angeklagten 5 Nationalsozialisten verhängte, als gerecht. Wir wollen sorgsam prüfen und nicht aus irgendeiner, noch so verständlichen parteipolitischen Voreingenommenheit hier mit anderen Mäßen urteilen.

Im Beuthener Prozeß wurden 5 Todesurteile gegen nationalsozialistische Angeklagte verhängt. Welches ist der Unterschied in der Beurteilung der Ohlauer und der Potempaer Vorgänge? In Ohlau kam es zu Schlägereien. Aber die angeklagten Reichsbannerleute haben sich, wie sie glaubten mit guten Gründen, im offenen Kampf ihrem Gegner gestellt. In Potempa handelt es sich um eine der üblichen nächtlichen „Strafexpeditionen“, nachdem mit Branntwein der Mut gestärkt worden war. Mit viehischer Rohheit wurde das Opfer erschlagen. Es handelt sich nicht um einen politischen Kampf, sondern um feigen Mordverbrechen in Gesellschaft. Wenn und solange der Gerechtigkeit mit Todesurteilen Genüge getan werden soll, dann ist hier das Todesurteil am Platz.

Der ärztliche Sachverständige Dr. Weimar hat in seinem Gutachten erklärt:

„Die Leiche von Pietzuch wies 29 Verwundungen auf. Die Halschlagader war vollkommen zerrissen, im Kehlkopf war ein großes Loch. Am Halse zeigten sich deutlich die Spuren eines Stiefelabsatzes. Die tödlichen Verletzungen, auch der Schuß wurden Pietzuch beigebracht, als er bereits am Boden lag.“

Und wer sind die „Kameraden“ Hitlers? Der unter Entzug bürgerlicher Ehrenrechte verurteilte Gastwirt Lachmann war noch vor 2 Jahren organisierter Untermensch, also Kommunist, vor einem Jahre war er Zentrumsmittglied, zur Zeit ist er Nationalsozialist. Ein gesinnungstüchtiger Kamerad, Herr Hitler! Im übrigen ist er ausgesprochener Alkoholiker.

Ein anderer Kamerad Hitlers ist der verurteilte Grünpäper. Landknecht von Beruf. Einer jener gescheiterten Existenzen, die nach dem Kriege das Morde nicht sein lassen konnten. An den oberschlesischen Kämpfen war er beteiligt, unbekannt auf welcher Seite, nachher ging er zum „Erbfeind“ Frankreich als Fremdenlegionär, um unschuldige Kolonialvölker in „Tributfesseln“ zu legen. Dort wurde er wegen einer Straftat abgeschoben. Die Fremdenlegion ist auf moralisch nicht einwandfreie Leute heute nicht mehr angewiesen. Bei der SA war er dann ein ansprechendes Mitglied. Feine Kameraden haben Sie, Herr Hitler!

Die politische Wirkung des Beuthener Urteils

Der Urteilsverkündung wohnte als Vertreter der SA der Abg. Heines, Fehmemörder a. D. bei. Er rief laut in den Saal: „Das deutsche Volk wird in Zukunft andere Urteile fällen! Das Urteil von Beuthen wird das Fanal zu deutscher Freiheit werden. Heil Hitler!“

In der Tat hat das Beuthener Urteil eine besondere politische Bedeutung. Während in anderen Fällen die NSDAP rechtzeitig von den Angeklagten abgerückt ist, hat sie es angesichts der gegenwärtigen Stimmung in der SA nicht gewagt. Während sie aber bei früheren Verurteilungen ihre Leute mit der Amnestie des „Dritten Reiches“, also der „baldigen“ Befreiung trösten konnte, würde in diesem Falle die Vollstreckung des Urteils unkorrigierbar sein. Für die SA wird daher dieses Urteil zum ersten Male den Maßstab für die Beurteilung der wirklichen Macht ihrer Führung geben.

Die Nationalsozialisten in Beuthen, verstärkt durch auswärtigen Zuzug, haben in Beuthen eine Art von Aufstand vollzogen, der durch die Polizei unterdrückt werden mußte. Die ganze Nazi-Presse und die nationalsozialistische Partei selbst haben in schärfsten Worten gegen das Urteil und gegen die Reichsregierung Stellung genommen und unter stärksten Drohungen die Begnadigung verlangt.

Die Regierung Papen ist durch das Beuthener Urteil in eine schwierige Situation gelangt. Wird das Urteil vollstreckt, so sind alle Fäden zu den Nationalsozialisten zerschnitten. Hitler wird nicht wagen können, seine bisherige Tolerierungspolitik gegenüber Papen fortzuführen. Die Auflösung des Reichstages steht dann also fest. Wird das Urteil nicht vollstreckt, so wird die Reichsregierung auf keine Weise den Vorwurf abwachen können, daß diese Begnadigung unter dem Druck der Nationalsozialisten erfolgt ist, und die Vollstreckung des harten Ohlauer Urteils gegen die Reichsbannerleute müßte geradezu als Justizmord erscheinen. Eine Begnadigung im Beuthener Urteil würde auch die Aufhebung der Standgerichtsverordnung bedeuten. Die Aufhebung der normalen Gerichtsordnung und die Einführung der Sondergerichte ließe sich nicht mehr rechtfertigen, wenn das notwendige und konsequente Beuthener Urteil wieder aufgehoben würde. Oder die Sondergerichte würden nur als Justizmaschinen gegen links noch gelten können.

Die Reichsregierung setzt sich zur Wehr

Gegenüber der Nazi-Propaganda gegen das Beuthener Urteil ist auch die Reichsregierung gezwungen, sich zu äußern. Die Erklärung der Regierung, die die gesamte Presse abdruckten verpflichtet ist, lautet:

„Gezwungen durch Gewalttaten in innerpolitischen Kämpfen, welche das Ansehen des Reiches auf das schwerste gefährden, hat der Herr Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung die schärfsten Strafen

Hitler beschimpft Papen

Aber Goebbels zensiert Hitlers Aufruf

Adolf Hitler hat wieder einen seiner hysterischen Aufrufe losgelassen, in denen er voll Wut darüber, daß er aus Angst vor seiner SA seine „große historische Stunde“ des Eintritts in die Reichsregierung versäumt, seiner Galle freien Lauf läßt. Es heißt u. a. in diesem Aufruf:

„Deutsche Volksgenossen! Wer von Euch ein Gefühl für den Kampf um die Ehre und Freiheit der Nation besitzt, wird verstehen, weshalb ich mich weigerte, in diese bürgerliche Regierung einzutreten. Die Justiz des Herrn v. Papen wird am Ende viele Tausende von Nationalsozialisten zum Tode verurteilen. Glaubt man,

dieses von Blindheit geschlagene, das ganze Volk herausfordernde Vorgehen auch mit meinem Namen decken zu können? Die Herren irren sich!

Herr v. Papen, Ihre blutige Objektivität kenne ich jetzt.

Ich wünsche dem nationalen Deutschland den Sieg und seinen marxistischen Zerstörern und Verderbern die Vernichtung. Zum

Henker der nationalen Freiheitskämpfer

des deutschen Volkes aber eigne ich mich nicht. Mit dieser Tat ist unsere Haltung diesem nationalen Kabinett gegenüber endgültig vorgezeichnet. Es mag der Himmel über uns Quälen über Quälen schicken, unsere Bewegung wird auch mit dieser

Regierung der Hinrichtung

unserer Mitkämpfer fertig werden. Herr v. Papen kann ruhig solche Bluttribunale über unsere Bewegung setzen. Die Kraft der nationalen Erhebung wird mit diesem System so sicher fertig, wie sie den Marxismus trotz dieser Versuche zu seiner Rettung dennoch beseitigen wird. Angesichts dieses ungeheuerlichsten Bluturteils gibt es für uns erst recht nur einen einzigen Lebensinhalt: Kampf und wieder Kampf. Wir werden den Begriff „national“ befreien von dieser Umklammerung durch eine Objektivität, deren wirkliches innerliches Wesen das Urteil von Beuthen gegen das nationale Deutschland aufzeigt.

Herr v. Papen hat damit seinen Namen mit dem Blute nationaler Kämpfer in die deutsche Geschichte eingzeichnet.

Die Saat, die daraus aber aufgehen wird, soll man künftig nicht mehr durch Strafen beschwichtigen können. Der Kampf um das Leben unserer fünf Kameraden setzt nun ein.“

Wir möchten die „marxistische“ Organisation sehen, die es sich erlauben dürfte, eine solche Flut von Beschimpfungen auszugießen. Selbst Herrn Goebbels ist das ein bißchen zu viel geworden, und er hat es mit der Angst gekriegt. Daher drückt er im „Angriff“ den Erguß seines „Führers“ nach einer vorsorglichen Zensur ab, die die schlimmsten Stellen fälscht oder ganz verschwinden läßt.

Während im „Angriff“ nur von „Objektivität“ des Kanzlers gesprochen wird, heißt es bei Hitler: „Herr v. Papen, Ihre blutige Objektivität kenne ich jetzt.“ Während der „Angriff“ nur verheißt, daß die nationalsozialistische Bewegung mit der Regierung fertig werden würde, spricht Hitler von der „Regierung der Hinrichtung unserer Mitkämpfer“. Schließlich streicht der „Angriff“ folgenden Satz vollkommen: „Herr v. Papen hat seinen Namen mit dem Blute nationaler Kämpfer in die deutsche Geschichte eingzeichnet.“

gegen den politischen Terror verhängt. Mit dem Augenblick, in dem diese Verordnung in Kraft getreten ist, muß sie gleichmäßig gegen jedermann, der Recht und Gesetz verletzt, ohne Ansehen der Person oder der Person Anwendung finden. Die Reichsregierung wird nötigenfalls alle Machtmittel des Staates einsetzen, um den Vorschriften des Rechts unparteiisch Geltung zu verschaffen, und wird nicht dulden, daß sich irgendeine Partei gegen ihre Anordnungen auflehnt. Ebensovienig wird sich die preußische Staatsregierung durch politischen Druck in der pflichtmäßigen Prüfung beeinflussen lassen, ob sie ihr Begnadigungsrecht im Falle der Beuthener Todesurteile ausüben kann.

Die leidenschaftlichen Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit erhoben worden sind, sollten sich gegen die Urheber der blutigen Ereignisse und nicht gegen die Staatsgewalt richten, die im Interesse der Gesamtheit zu so scharfen Maßnahmen greifen mußte. Die Reichsregierung wird jeden Versuch, die Grundsätze des Rechtsstaates zu verfälschen und die politischen Leidenschaften zu erneuten Ausschreitungen aufzustacheln, zu begegnen wissen.“

10 Jahre Zuchthaus für einen Zwanzigjährigen

Das Berliner Sondergericht fällt als erstes Urteil eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren für einen zwanzigjährigen Kommunisten, der bei einem Zusammenstoß geschossen haben soll, ohne daß irgend jemand getroffen wurde. Gleichzeitig wurde ein SA-Mann wegen unbefugten Waffentragens zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Judenhetze als Ersatz

Die grollende SA soll abgelenkt werden, indem man ihr Zirkusspiele verspricht. Der Judenpogrom scheint den Nazis jetzt als geeignete Methode, um die SA-Leute zu beruhigen. Offen fordert Goebbels im „Angriff“ unter der Schlagzeile „Die Juden sind schuld“ zum Pogrom auf:

Das Strafgericht kommt!

Noch sitzen die wahren Schuldigen sicher hinter den Kordonen der Polizei! Es wird die Stunde kommen, da die Staatsgewalt andere Aufgaben zu erfüllen hat, als die Verräter am Volk vor der Wut des Volkes zu beschützen.

Vergeßt es nie, Kameraden! Sagt es euch hundertmal am Tage vor, so daß es euch bis in eure tiefsten Träume verfolgt: Die Juden sind schuld! Und sie werden dem Strafgericht, das sie verdienen, nicht entgehen.

Reichswehr soll SA-Führer grüßen

Die „Frankfurter Zeitung“ hatte berichtet, daß, so unglaublich es auch klingen mag, Röhm bei seinen Verhandlungen mit der Reichsregierung u. a. auch verlangt hatte, daß die Reichswehrangehörigen die SA-Führer wie ihre Offiziere zu grüßen hätten. Als dies bestritten wurde, wiederholte die „Frankfurter Zeitung“ diese Angaben:

„Unsere Nachricht stammt aus einer viel zu guten Quelle, als daß irgendein Zweifel an ihr möglich wäre, dagegen können wir uns sehr wohl denken, daß es Stellen gibt, die geneigt sind, die Wahrheit zu bezweifeln, weil sie amtlich davon nichts gehört haben, — und weil die Forderung Röhrs so unerhört war, daß es tatsächlich nicht leicht ist, daran zu glauben. Leider haben aber führende Nationalsozialisten in jenen Tagen noch viel tollere Zumutungen an die Regierung gestellt, sie haben ihr Ansichten (und Absichten) vorgetragen, die beispiellos sind! Diejenigen, die über diese Dinge Bescheid wissen, sollten reden!“

Heraus mit der Sprache! Welches sind die „tolleren Zumutungen“?

Warum braucht Hitler die Macht?

Die Neigung Hitlers und seines Kreises zur Kapitulation hat auch eine sehr materielle Grundlage. Die Zuschüsse fließen der NSDAP nach den Wahlen immer spärlicher zu. Dabei bestehen von den Wahlen selbst — die letzten Reichstagswahlen haben der NSDAP etwa 2 Millionen gekostet — noch recht erhebliche Schulden, die kurz über lang gedeckt werden müssen. Dazu kommt, daß die Neueinkleidung der SA und SS ebenfalls ein kostspieliges Unternehmen war, und die SA-Leute mit ihren Zahlungen immer mehr im Rückstand bleiben. Da eine jüdische Firma daran beteiligt, ergeben sich besonders peinliche Konsequenzen. Der Sold der SA ist von 1,50 auf 1,— M. herabgesetzt, die Neigung zur Bezahlung der fälligen Raten daher um so geringer.

Auf der anderen Seite sind die Ausgaben für Hitler und seinen Stab groß. Hitlers „Triumphflug“ hat täglich 1000 M. gekostet. Heß bezieht ein Gehalt von 1200 M., Röhm 1600 M. und Rosenberg sogar 2400 M.

Kulturspiegel

Die schwarze Pest

Der niederbayerische „Rottaler Bote“ schreibt:

„Schrecklich ist jetzt für die Landleute, bei der großen Hitze arbeiten zu müssen, aber noch schrecklicher ist es, in der Stadt das weibliche Geschlecht mit nackten Armen spazieren gehen zu sehen. Sie werden dafür in der Ewigkeit einmal brennen müssen. Es würde gewiß niemanden umbringen, mit einer leichten Bluse auch Ärmel zu tragen. Die Landmädchen sind bei der hitzigsten Arbeit meist anständig gekleidet. Wohl hängen die liesbezüglichen Vorschriften bloß an den Kirchentüren, aber sie gelten auch für das öffentliche Leben.“ „Wer die Kirche nicht hört, der sei dir wie ein Heide und öffentlicher Sünder.“

Hoffentlich sind die Landmädchen auch anständig gekleidet, wenn gefeiert wird.

Einfach

Herr von Papen kommt, die neuesten Meldungen über nationalsozialistische Terrorakte in der Hand, aufgeregt ins Amtszimmer des Herrn von Gayl. „Was sollen wir denn an, lieber Kollege? Wir können die Dinge doch nicht so weiterlaufen lassen! Es ist ja bald niemand seines Lebens mehr sicher!“

„Tja“, sagt darauf Herr von Gayl achselzuckend, „wenn die Nationalsozialisten so weitermachen, wird mir nichts anderes übrigbleiben, als die Kommunisten zu verbieten.“

Rechenexempel

Man rechne folgende Posten zusammen und gebe das Resultat:

4 Schutzleute,	
14 Rasierklingen,	
1 Kommunist,	
1 Zahnarzt,	
1 Vegetarier.	
Das Resultat ist null. Die Rechnung geht so:	
1 Schutzmann gibt acht; 4 Schutzleute geben	32
14 Rasierklingen werden abgezogen, bleibt	18
1 Kommunist teilt, ergibt	9
1 Zahnarzt zieht die Wurzel; die Wurzel aus 9 ist	3
1 Vegetarier ißt die Wurzel auf, bleibt nichts, als	0

Ein Teest

Dem „Andern Deutschland“ schreibt ein Arbeiter:

„... Wie lange ich Ihnen im August noch schicken kann, weiß man ja nicht. Als arbeitsloser Untermensch werde ich gehängt, pazifistischer Landesverräter erschossen, Philosemit gekillt, und wegen Rasseverrats rassistisch, mit nordischer Frau verheiratet, r ohne Kinder gezeugt zu haben) mit Arbeitshaus bestraft — wovon ich das Erhängtwerden vorziehe, da man dann dem Dritten die Zunge herausstrecken kann, ohne Strafe zu werden!“ — Sie Optimist!

Zwei Fliegen

aus einer Klappe

Als Goebels einmal schlief, wollten zwei Fliegen, die auf seinem Gesicht spazierten, einen Wettlauf von einem Mundwinkel zum anderen machen. Die erste Fliege rennt los, wie sie ans Ende kommt, steht dort schon die zweite Fliege. Sie rennt wieder los, doch die zweite ist ihr wieder zuvorgekommen. Da ruft die erste: „Wie geht das zu? Ich renne, ich kann, und trotzdem kommst du vor an!“

„Du bist dumm“, meint die zweite Fliege, „rennst den weiten Weg am Mundwerk entlang, ich spaziere hinten herum übers Genick, und bin's nur ein paar Schritte!“

(Roter Pfeffer)

Die Enten auf Urlaub

Über den verstorbenen sozialdemokratischen Innenminister Emil Maier schreibt die „Frankfurter Volksstimme“, Nr. 220:

„Sein ganzes Leben in den letzten Jahren, seine Arbeit zumal in den letzten Monaten, sind schon unmittelbar im Zeichen des Todes. Und wenn je ein Mensch: so war schon seit einer ganzen Weile nur noch die Toten auf Urlaub.“

Dieses Gedenkartikel könnte man gleich im Namen für die anderen SPD-Politiker für den Fall stehen lassen.

Willkommen

Am Tor des seiner Eröffnung entgegenstehenden Reichstages hat ein religiöser Antimilitarist ein Plakat angeheftet, worauf geschrieben ist: „I. Mos., Kap. 24, V. 31.“

„Vorher steht geschrieben: Kommet herein, Gesegnete des Herrn! Ich stehe ihr draußen, ich habe das Haus nicht und für die Kamele auch Raum nicht.“

Die Ente.



Ferienbrief: „Es ist beachtlich am Badestrand“

Der „Führer“ in Bildern

„Hitler, wie ihn keiner kennt“, 100 Bilder aus dem Leben des Führers, ist zum Preise von 2,85 M. in jeder national zuverlässigen Buchhandlung erhältlich.

Rund um den Tisch sitzt die Familie, die traulich-stille Lampe brennt. „Hol' mal“, dröhnt Vater da, „Ottillie, den „Hitler, wie ihn keiner kennt!““ Ottillie, neckisch blondbeopft, springt ihrer Mutter schnell vom Schoß, der Vater sich die Pfeife stopft, und dann geht's los!

Stumm sitzen sie, der Vater in der Mitte, zur Seite Mutter, Fritz, der „Heils“-S-Armist, die Kinder, auch das Dienstmädchen Brigitte, die ausnahmsweise zugelassen ist, und gucken sich den großen Adolf an. Da sieht man ihn allein, SA-umschart, als Wickelkind, als Knaben und als Mann; und dort sein Vater, mit Franz-Joseph-Bart. Hier sieht man Adolf im Mercedes, im Flugzeug dort und da per pedes, mal liegt er unter einer Tanne, mal plantscht er in der Badewanne, man sieht ihn ernst, man sieht ihn froh, am Schreibtisch hier, dort auf dem Klo, da grüßt er einen Jungenschwarm,

dort drückt er Röhm die Hand so „warm“. Adolf in England, China, Polen, mal in Zivil, mal als Soldate, Adolf gesund und Adolf krank. — Die Mutter seufzt, Fritz faßt verstoßen nach seiner Eierhandgranate. (Sie ist noch da, na Gott sei Dank!) Der Vater schließt das Buch gedankenschwer: „Er ist ein Mensch wie wir, und doch viel mehr.“

Brigitte sagt der Herrschaft „Gute Nacht“, geht auf ihr Zimmer dann und — lacht: „Verschiedne Bilder hat man, scheint's, vergessen!“

Adolf im Kaiserhof beim Herren-Essen, Adolf Industriellen-Schecks betrachtend, Adolf die Arbeiter als Mob verachtend, Adolf belobigend die braune Pest. Wenn sie „in Notwehr“ Köpfe rollen läßt. Daß all das fehlt, ist freilich zu verstehn. — Doch keine Angst! Der Tag wird auch noch kommen, da wird das schönste Photo aufgenommen: Der Führer „fliegt!“! Auf Nimmerwiedersehen!“

Herbert Fink

Kritik der Woche

Der jüdische Nazi-Führer

Wir meinen nicht das Häuflein „nationaldeutscher Juden“, das zur Wahl der Nationalsozialisten aus Gefühlen, die offenbar schon in der Hose saßen, aufgefordert hat, sondern den wirklich echten, amtlichen Kreisleiter der NSDAP in Eutin, den Dr. med. Wolfgang Saalfeld. Ein Tannenbergianer beschuldigte den nationalsozialistischen Kreisleiter, oh Schrecken, oh Graus, daß er ein Judenstämmling sei.

Wir wissen nicht, ob Herr Saalfeld wie der Doktor Göbbels einen so ausgesprochenen semitischen Typus vertritt, daß seine jüdischen Doppelgänger im Berliner Konfektionsviertel umherlaufen. Aber das hat das Gericht festgestellt, daß Herr Dr. Saalfeld sich eigentlich das t am Ende seines Namens selbst zugelegt habe, daß er das uneheliche Kind der Cäcilie Saalfeld sei, die sich zur mosaischen Konfession bekannt habe, und daß die Großeltern Itzig und Anna Saalfeld geheißten und an der polnischen Grenze gewohnt haben. Sämtliche Vorfahren waren Juden.

Der nationalsozialistische Kreisleiter behauptete jammerrich; er wollte seine Mutter kaum gekannt haben und von seinem Stammbaum nichts wissen. Seine Karriere innerhalb der NSDAP dürft allerdings beendet sein.

Man sagt oft, jedes Land hat die Juden, die es verdient. Man kann auch jetzt hinzufügen: Hitler hat die Juden, die zu ihm passen.

Dessauer Bauhaus geschlossen

Das Dessauer Bauhaus, seit langem ein Anstoß bei den Kulturfaschisten, wurde von der Mehrheit des Dessauer Gemeinderats geschlossen. Die Sozialdemokraten hatten noch nicht einmal den Mut, dagegen zu stimmen, mit der famosen Begründung, daß die Annahme des nationalsozialistischen Antrages sowieso gesichert sei.

Spitzel gesucht

Eine neue Berufskonjunktur. In der Mannheimer nationalsozialistischen Zeitung „Hakenkreuzbanner“ war vor einiger Zeit folgende Veröffentlichung in großer Aufmachung zu lesen:

Halt! Halt! Bevor Sie, überzeugt von der Wahrheit der nationalsozialistischen Idee, aus Ihrer bisherigen Partei austreten, überlegen Sie,

ob Sie der nationalsozialistischen Bewegung nicht besser dienen können, wenn Sie dort Mitglied bleiben und uns über alle Vorgänge und Absichten Ihrer bisherigen Partei laufend informieren!

Jeder Leser ein Agent unseres Informationsdienstes!

Ihr Name ist durch das Redaktionsgeheimnis geschützt! Ihre Arbeit wird genau so gewertet, wie die Opfer jedes Parteigenossen und SA-Mannes, der seine Pflicht tut!

Melden Sie laufend an die Schriftleitung II des „Hakenkreuzbanner“, Mannheim, P 5, 13a.

Tiefer geht's nimmer. Das sind die „ethischen“ Anschauungen einer Partei, die dem Schlagwort von der „Erneuerung des Geistes“ wieder Kurswert gegeben hat. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Neue Bürgersteuer in Sicht

Die Notlage der Kommunen veranlaßt sie, sich nach neuen Einnahmequellen umzusehen. Offensichtlich geht das Bestreben der interessierten Kreise, insbesondere des Deutschen Städtetages, darauf, zusätzliche Raten der Bürgersteuer zu erheben oder die nächsten Einziehungstermine wenigstens vorzuziehen.

Eine solche zusätzliche Erhebung oder Vorverlegung der Negersteuer würde das Maß dieser sozialen Ungerechtigkeit nur noch voller machen. Leider ist sehr ernsthaft zu befürchten, daß diesen Wünschen Rechnung getragen wird.

Tugend ahoi!

In der Uhlandstraße wurde ein Mann aus der Badewanne heraus verhaftet, weil er an sich selbst Anstoß genommen hatte. Infolge freimütigen Geständnisses kam er mit einer Verwarnung davon. Mehr tabula rasa!

Am Kleinen Wannsee wurde ein Knabe mit dreieckiger Badehose aufgestöbert. Zum Glück konnten aus einer naheliegenden Wirtschaft einige Ergänzungsstücke beschafft werden. Ist es auch Wannsee, hat es doch Methode!

In Aschaffenburg wurde ein Journalist verurteilt, weil er eine Meldung ihres Reiterwerks entkleidete und dann die nackte Tatsache für sich selbst sprechen ließ. Der bis dahin unbestrafte Mann hat sich noch in der gleichen Nacht halbfett durchgeschossen.

Um von den Reichstagsabgeordneten unangebrachte Ablenkungen in Zukunft fernzuhalten, ist angeordnet worden, die Siegesgöttin von ihrem jetzigen Standort zu entfernen und anderwärts in unverfänglicher Höhe wieder aufzustellen. (UlK)

Herr Beacht!

Der Frauenbeilage der hitlerischen „Niedersächsischen Tageszeitung“ entnehmen wir diese Gedichtsprobe:

„N S.-Frauenschaft
Wunden verbinden,
Glauben entzündend,
Liebe säen,
Keinen verschmähen,
Alles verstehen.“

Ist das nun erlaubte Geilheit oder marxistische Zersetzung?

Der Kuß

Es gibt vier Arten von Küssen: den runden Kuß; den wilden Kuß; den Kuß, bei dem man sich halb auszieht; und den Kuß, bei dem man ganz ausgezogen wird.

Bitte, nicht zu erschrecken!
Der runde Kuß ist Zirkus; der wilde ist der Spartakus; der, bei dem man sich halb auszieht, ist der Medikus; und der, bei dem man ganz ausgezogen wird, ist der Fiskus,

Das gibts nur einmal

Der „Vorwärts“ berichtet von der Verfassungsfeier des Jahres 1932 (Setzer! zweieunddreißig!):

„Bei der Abfahrt des Reichspräsidenten ertönten laute, immer wiederholte und von einem großen Teil der Erschienenen begeistert aufgenommene „Freiheit!-Rufe.“ Selbst die Autos hupten.“

Monatliche Wiedergeburt

In Calambashire, Ohio, USA, erscheint, von einer religiösen Sekte herausgegeben, die Zeitschrift „Der Messias“. Unter dem Namen der Zeitschrift steht in fetten Buchstaben: „Der Messias erscheint einmal monatlich!“ (Dortmunder Generalanzeiger)

Reich und arm

Frage: Was ist der Unterschied zwischen einem reichen Mann und einem armen Mann?

Antwort: Der arme Mann hat drei Mark Schulden — der reiche Mann hat drei Millionen Mark Schulden.

Papens Straßenbahn

In Berlin nennt man neuerdings die Straßenbahnlinie Stadtring 1 den „Paperring“. Sie fährt nämlich ohne Anhänger und macht stets einen großen Bogen um das Zentrum.

Der Klassenkampf

Das Erscheinen der Monatszeitschrift „Der Klassenkampf“, unseres theoretischen Organs, muß infolge der notwendigen Umstellungen, die das langfristige Verbot unserer Wochenzeitung „Das Kampfsignal“ notwendig macht, unterbrochen werden. Wir hoffen, daß in ganz kurzer Zeit die technischen Fragen erledigt sind und die nächste Nummer der Zeitschrift wieder erscheinen kann.

Wir bitten unsere Abonnenten, Geduld zu haben und die jetzigen außerordentlichen Verhältnisse zu berücksichtigen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Levy, Berlin; für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag: Siegel Zeitungs-Verlagsbes., m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstraße 15/16.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.

Alle Zahlungen sind zu leisten an:

Postscheckkonto Max Seydewitz Leipzig

Nr. 41 679.

Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Junkerliche Wirtschafts-Diktatur

Einfuhrsperrre für sämtliche Lebensmittel — Zwangsanleihe für Arbeitsbeschaffung?

Die Beratungen der Reichsregierung

Berlin, 26. August.
C.N.B. In der Reichskanzlei haben heute mittag die Kabinettsberatungen über das Wirtschaftsprogramm begonnen. Sie werden voraussichtlich den Nachmittag und auch den morgigen Tag ausfüllen, weil der Reichskanzler am Sonntag in seiner Rede in Münster einen Ueberblick über die neuen Maßnahmen geben will. Bis dahin muß das Kabinett also zu einem gewissen Abschluß gekommen sein. Das dürfte um so eher möglich sein, als in den Einzelberatungen zwischen den Ressorts, deren Leitung auch immer in den Händen des Reichskanzlers lag, alle sachlichen Fragen bereits weitgehend gefördert worden sind. Ueber die Einzelheiten wird jedoch in amtlichen Kreisen allerstrengstes Stillschweigen bewahrt. Daraus läßt sich schließen, daß das Kabinett sich erst noch in bestimmten Dingen schlüssig werden muß, für die eine Lösung bisher noch nicht gefunden worden ist. Deshalb hat es auch keinen Zweck, das Rätselraten über Einzelheiten mitzumachen, die bereits heute früh in Zusammenhang mit dem gestrigen Empfang der Industrievertreter in einigen Blättern angefangen hat. Es dürfte viel richtiger sein, die Rede des Kanzlers in Münster abzuwarten, der man schon jetzt mit begrifflicher Spannung entgegenieht.

Diese Geheimnispolitik des Papen-Kabinetts hat nur den Zweck, das ganze deutsche Volk vor fertige Tatsachen zu stellen. Es geht um die Lebensinteressen der großen Mehrheit der Bevölkerung. Ein

ungeheurerlicher Brot- und Lebensmittelwucher wird im Reichskabinett beschlossen und soll sofort durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden, ohne daß auch nur die Presse, geschweige denn das Parlament oder sonst eine Stelle vorher dazu Stellung nehmen kann. Nach der Entlassung Trendelenburgs und der dazu bekannt gewordenen Einzelheiten ist aber kein Zweifel mehr über die Tendenz der Wirtschaftsbeschlüsse des Kabinetts. So wird in der Berliner Presse gemeldet, daß die neue Notverordnung Bestimmungen über

Einfuhrkontingente für alle land- und forstwirtschaftlichen Produkte enthalten werde. Zwar behauptet demgegenüber die deutschnationale Presse:

„Eine solche weitgehende Kontingenteinführung steht also unter keinen Umständen innerhalb des Kabinetts zur Diskussion. Die Aussprache bewegt sich lediglich darum, die Einfuhr zu kontingentieren für Produkte agrarischer Natur, die in Deutschland selber hergestellt werden. Dagegen ist eine Kontingentierung beispielsweise für Kautschuk oder Kaffee usw. in keiner Weise geplant.“

Das ist nur eine Bestätigung der Meldungen, denn „Kontingentierung aller Agrarprodukte, die in Deutschland hergestellt werden“, bedeutet eben fast vollkommene Einfuhrsperre für alle Lebensmittel nach Deutschland. Die Junker können dann die Preise für Brot, Fleisch, Milch usw. selbstherrlich diktieren. Das ist gerade das, was sie wollen.

Es ist begreiflich, daß diese Pläne beim Industrie- und Handelskapital große Erregung ausgelöst haben. Neben Krupp, Siemens und IG bestürmen die Hansastädte, der Nahrungs-

mittelgroßhandel usw. die Regierung und durch Telegramme den Reichspräsidenten, diese Politik nicht durchzuführen. Wie es scheint, haben auch ihre Proteste wenig Zweck.

Katastrophal für die Arbeiterschaft, um deren Haut es vor allem geht, ist, daß dank der Passivität und Unfähigkeit der SPD und KPD sie in dieser Frage überhaupt keine Rolle spielt, d. h. daß es sich die Regierung und sonstige Stellen leisten können, sich dabei um die Stellung der Arbeiterklasse bzw. ihrer Parteien überhaupt nicht zu kümmern.

Über die Zwangsanleihe

wird im Zusammenhang mit der Kabinettsberatung berichtet:

Es scheint sich zu bestätigen, daß das Projekt einer dreiprozentigen Zwangsanleihe, von der die Landwirtschaft ausgenommen sein soll, unter den Plänen des Kabinetts eine große Rolle spielt.

Der Ertrag der Zwangsanleihe soll vorzugsweise zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsplänen, also sogenannten Ankerbelanzwecken, dienen.

Hinter diese Meldungen ist noch ein großes Fragezeichen zu setzen.

Fest steht das eine, daß es ein Skandal ist und den heutigen Zustand in Deutschland charakterisiert, wenn über Fragen, die die Wirtschafts- und Existenzbedingungen eines 65-Millionenvolkes in dieser Weise entscheiden, und daß am Sonntag diese 65 Millionen wie kleine Kinder warten, was ihnen „Papen“ Papen bescheren wird.

Wallfahrt zu Hindenburg

Nach der Rede in Münster wird der Reichskanzler nach Neudeck zu Hindenburg fahren, um sein Wirtschaftsprogramm durch den Reichspräsidenten durch Notverordnung verkünden zu lassen.

Auch Gayl und Schleicher fahren nach Neudeck. An der Reise des Reichskanzlers zum Reichspräsidenten nach Neudeck werden wahrscheinlich, wie der Berliner „Lokalanzeiger“ erfahren haben will, auch Reichswehrminister von Schleicher und Reichsinnenminister von Gayl teilnehmen. Der Reichskanzler wird am Montagabend abfahren und frühestens am Mittwoch nach Berlin zurückkehren.

Ebenso wollen einige Zentrumsführer nach Neudeck fahren.

Der preußische Landtag gegen Bracht

Nazipräsident Kerri will Geschäftsordnung mit § 48 ändern — Der Potempa-Untersuchungs-Ausschuß vom Justizministerium verhindert

Berlin, 26. August.

WTB. Der Gemeindeausschuß des Preußischen Landtages trat am Freitag zusammen, um sich neben der Beratung von Eingaben auch mit der Notverordnung über die Zusammenlegung von Kreisen zu beschäftigen.

Von den Mitgliedern der Zentrumsfraktion wurde ein Antrag eingebracht, der das Staatsministerium ersucht, umgehend in eine Ueberprüfung daraufhin einzutreten, ob nicht durch die Zusammenlegung der Kreise der Bevölkerung finanzielle Opfer durch unzweckmäßige Abgrenzungen der neugrichteten Landkreise zugemutet würden, die unter den heutigen Verhältnissen untragbar seien.

Diese sogenannte kleine Verwaltungsreform wurde im Ausschluß von allen Parteien gleichmäßig abgelehnt, und zwar wurde beschlossen, zunächst eine allgemeine Aussprache abzuhalten und dabei auch die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Einsetzung des Reichskommissars zu behandeln, die ja die Vorbedingung für die Verordnung des Reichskommissars darstellt.

Es wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und des Zentrums ein Antrag angenommen, wonach die Verordnung des Reichskommissars als rechtsgültig außer Kraft gesetzt werden soll.

Gegen die Stimmen der SPD und KPD wurde ein deutschnationaler Antrag angenommen, der die Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs über planmäßige Verwaltungsreform vorsieht.

Der Landtagspräsident Kerri hat an Reichskanzler Papen ein längeres Schreiben gerichtet, worin er die vom letzten Landtag

noch kurz vor seinem Ende beschlossene Geschäftsordnungsänderung in bezug auf die Neuwahl der Regierung (Notwendigkeit einer absoluten Mehrheit) als rechtsgültig bezeichnet und fordert, daß Papen beim Reichspräsidenten eine Notverordnung erwirken soll, durch die dieser Geschäftsordnungsbeschuß aufgehoben wird.

Berlin, 26. August.

WTB. Das preußische Justizministerium veröffentlicht folgendes: Der Vorsitzende des 19. Ausschusses des Preußischen Landtages (Nazi-Abgeordneter Preißler) hat mit Schreiben vom 24. August dem preußischen Justizministerium die Einberufung des Ausschusses zum 2. und 3. September nach Beuthen zur Nachprüfung des Verfahrens vor dem Sondergericht bei dem Landgericht in Beuthen in der Strafsache Kottisch und Genossen mitgeteilt und u. a. um Ueberlassung des Schwurgerichtssaales in Beuthen, um Bereitsstellung der Verurteilten zur Vernehmung vor dem Ausschuß und um Aushändigung der Akten des Strafverfahrens ersucht.

Das preußische Justizministerium hat durch Schreiben vom 26. August erwidert, daß es aus rechtlichen Gründen nicht in der Lage sei, dem Ersuchen zu entsprechen. Die Nachprüfung des Verfahrens des Sondergerichtes in Beuthen in der Strafsache Kottisch und Genossen würde eine Ausdehnung der dem Ausschuß vom Landtage übertragenen Aufgaben bedeuten, zu der der Ausschuß nicht befugt sei. Es komme hinzu, daß die angekündigte Untersuchung einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Gerichte bilden und daher im Hinblick auf Artikel 102 der Reichsverfassung unzulässig sein würde.

Sozialismus oder Staatskapitalismus?

Von Eduard Weckerle.

Die Antrags-Serie, mit der die SPD jetzt im neuen Reichstag aufwartet und mit der sie den Weg zum „Sozialistischen Aufbau“ weisen will, sind im wesentlichen der Niederschlag des bereits im Juni dieses Jahres verkündeten „Rettungsprogramm der Gewerkschaften“, das in seinen Grundzügen selber wieder auf die wirtschaftsprogrammatischen Leitsätze zurückgeht, die im März dieses Jahres einer Ausschubssitzung des Afa-Bundes vorgelegt worden sind. Diesen Leitsätzen lag ein richtiger Gedankengang zugrunde. Ausdrücklich wurde in ihnen bekannt, daß jede Arbeitsbeschaffung im kapitalistischen System nur Stückwerk sein könne und daß darum der Kampf für Arbeitsbeschaffung mit einem Kampf um den Umbau der Wirtschaft selber verknüpft werden müsse, da es ja nicht nur darum gehen könne, die bestehende Arbeitslosigkeit zu mildern, sondern gleichzeitig Sicherungen gegen eine Wiederkehr katastrophaler Krisen zu schaffen.

Zur Erreichung dieses Zweckes wurde nun in den Leitsätzen eine Reihe von Behelfskonstruktionen gefordert, die die planlose Gewinnwirtschaft zugunsten einer planmäßigen Gemeinwirtschaft liquidieren sollen. Im wesentlichen sahen diese Konstruktionen vor: die Ueberführung der Schlüsselindustrien in die öffentliche Hand, die Errichtung eines Monopolamtes zur Kontrolle der privaten Monopole, eines Außenhandelsmonopols, einer Planstelle zur Durchleuchtung der Wirtschaft und Anbahnung einer einheitlichen Wirtschaftsführung, sowie einer Kreditkontrolle, wobei zum Schluß gefordert wurde, daß in allen Organen der Planwirtschaft, die Mitwirkung der Arbeitnehmer zu sichern ist mit dem Ziele, die Herrschaft der privaten Interessen in der Wirtschaft auszuschalten und die Selbstbestimmung des Volkes in seinem Arbeitsprozeß zu verwirklichen.“

Gegenüber dem bisherigen Gedankgut der Gewerkschaften bedeuten diese Forderungen einen unverkennbaren Fortschritt. Es hat immerhin einiger Zeit bedurft, bis auch ADGB und SPD sich zu dem Erkenntnis durchgerungen haben, daß auch die Aufgaben der Gewerkschaften sich nicht darauf beschränken können, nur Schutzdächer gegen kapitalistische Unwetter zu errichten, sondern daß es notwendig wird, dem Kapitalismus selber auf den Leib zu rücken. Wir wollen hier keine Betrachtungen über die Ursachen dieser Verspätung anstellen. Zur Erklärung dieser ist wohl die Erinnerung ausreichend, daß im März die SPD noch in einem Tolerierungsverhältnis zu Brüning stand und gerade Brüning und mit ihm auch sein Finanzminister Dietrich wiederholt mit allem Nachdruck erklärt hatten, daß sie es als eine ihrer Hauptaufgaben betrachten, die verschiedenen in ihrer Amtszeit vorgenommenen Eingriffe in die Privatwirtschaft — vor allem gegenüber den Banken — wieder rückgängig zu machen und so der Privatwirtschaft ihre volle Freiheit zurückzugeben. Man wußte also, daß Anträge im Sinne der Leitsätze des Afa-Bundes gerade von Brüning aufs entschiedenste zurückgewiesen werden würden und daß sie logischerweise der Tolerierungspolitik unter Umständen den Todesstoß hätten versetzen müssen.

Sehr gegen ihren eigenen Willen ist die SPD mittlerweile dieser Rücksichten entbunden worden. Gegenüber der Papen-Schleicher-Regierung, die ihre eigenen preußischen Minister und Polizeipräsidenten gleich frechen Eindringlingen aus ihren Aemtern verjagte, hat die SPD wieder freie Hand, Ueberdies haben die Wahlen sehr nachhaltig bewiesen, daß eine Massenpartei nicht ungestraft eine

Politik betreiben kann, in der der „Mut zur Unpopulärheit“ ein entscheidender Wesenszug ist, wenn man nicht als Massenpartei abhandelt und sich jedes Einflusses auf das Geschick begeben will. Unter diesen Umständen ist es nur allzu begreiflich, daß jetzt die SPD heftig und beharrlich auf die Vorschläge des Ala-Bundes zurückgegriffen und schon den ersten Zusammentritt des neuen Reichstags benötigt, um sie diesem in der Form fertiger Gesetzentwürfe zu unterbreiten. Hoffnungen freilich, daß der neue Reichstag das angewiesene Forum sei, den formulierten Forderungen ein Echo zu verschaffen, dürfte wohl niemand damit verbinden. Am allerwenigsten der „Vorwärts“, der sich sogar selber mit kürzlich herbeigeführten von Aufbläser geführte Vorstellungen, als könnten die Anträge zumindest die Nationalsozialisten zu einer klaren Stellungnahme zwingen, mit dem Hinweis zu zerstören, daß in dem neuen Reichstag jede Voraussetzung für eine ernste Arbeit fehle. Somit kann über den Sinn der sozialdemokratischen Anträge auch kein Zweifel bestehen: mit ihrer Hilfe soll das ramponierte Ansehen der SPD in den Arbeitermassen wieder hergestellt werden. Mutig gibt die SPD den viel gerühmten Mut zur Unpopulärheit preis und ersetzt ihn wieder durch den Mut zur Popularität.

So durchsichtig indessen diese Taktik ist, so abwegig wäre es, sich über die sozialdemokratischen Anträge mit „Iner Handbewegung hinwegzusetzen. Davon muß schon die Tatsache abhalten, daß die Arbeiterklasse von einem tiefen Sehnen nach neuen Wirtschaftsformen erfüllt ist, daß sie jede Wegweisung zum Sozialismus willkommen heißt. Eine andere Frage dagegen ist es, ob die in den Anträgen gewiesenen Wege auch wirklich zum Ziele führen und in der Tat als ein Vorstoß zum Sozialismus, wie es Tarnow am 21. August im „Vorwärts“ nannte, oder gar als „sozialistischer Aufbau“, wie derselbe „Vorwärts“ bei Veröffentlichung der Anträge verkündete, zu bewerten sind.

Die Beantwortung dieser Frage setzt wieder eine Verständigung über den Begriff „Sozialismus“ voraus. Dieser ist nun eigentlich sehr eindeutig. Sozialismus ist ein Wirtschaftssystem, das keinen Profit und damit auch keine Ausbeutung kennt und das sich ausschließlich an den Bedürfnissen orientiert und diese auch nach Maßgabe der vorhandenen Mittel befriedigt. Sozialismus ist darum auch gar nicht an eine bestimmte Entwicklungsstufe gebunden. Er ist theoretisch jederzeit möglich, wird aber in seinen Wirkungen um so größer sein, desto höher die Produktionsstufe ist, an die er anknüpft.

Mit diesem Hinweis werden zugleich zwei Feststellungen, die wie alles, was Tarnow nicht oder verdammt, als außergewöhnliche Weisheiten erscheinen, als ganz gewöhnliche Dummheiten und albernstes Geschwätz entfällt. Es ist nicht wahr und diskreditiert einfach den Sozialismus, wenn Tarnow meint, daß am Ende des Krieges „die ökonomischen Bedingungen für den Uebergang zum Sozialismus hoffnungslos ungünstig waren“ und daß der Versuch, „auf den traurigen Ueberresten einer zerstörten Volkswirtschaft ein neues Gebäude sozialistischer Wirtschaft aufbauen zu wollen“, notwendigerweise „mit dem Zusammenbruch der Massenversorgung sehr bald ein unrückliches Ende gefunden haben würde“. Wenn Tarnow heute den sozialistischen Aufbau für möglich hält, dann war er es ebenso 1918. Und nicht dafür ist Rußland ein Beispiel, wie Tarnow meint, daß „revolutionäre Umgestaltung“ undurchführbar ist, sondern Rußland bezeugt nur, daß sich dort angesichts der besonderen technischen und sonstigen Rückständigkeit die Schwierigkeiten besonders häufen, wozu noch offenkundige Fehler organisatorischer Art treten, die ihre Erklärung aber wieder größtenteils in den besonderen Bedingungen finden, unter denen die kommunistische Partei dort die politische Macht erobert hat.

Aber ob hohe, ob niedrige Entwicklungsstufe: immer setzt Sozialismus voraus die Beseitigung des Privateigentums, da nur hierdurch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen endgültig verhindert wird.

Untersucht man nach diesen Gesichtspunkten die sozialdemokratischen Anträge, so wird man sofort entdecken, daß nur in einem Falle von ihnen die „Enteignung“ von Privateigentum ins Auge gefaßt wird, nämlich beim Großgrundbesitz über 200 Hektar (eventuell auch weniger). Um eine wirkliche Enteignung handelt es sich sogar auch in diesem Falle nicht einmal, denn § 2 dieses Gesetzentwurfes bestimmt:

Als Entschädigung wird den enteigneten Großgrundbesitzern eine Rente gewährt, die sich nach der Höhe des in den Jahren 1929 bis 1931 durchschnittlich versteuerten Einkommens aus dem enteigneten Grundbesitz bemißt.

Diese Wertbemessungsmethode enthält eine kleine Bosheit. Die Großgrundbesitzer sind bekanntlich sehr schlechte Steuerzahler. Sie geben die Erlöse jeweils sehr niedrig an. Auf dieser Grundlage wäre es möglich, manchen Großgrundbesitz umsonst zu enteignen. Andererseits ist auch sehr wohl der Fall vorstellbar, daß ein Großgrundbesitzer, der seine Steuern richtig berechnet und entrichtet hat, eine solche Enteignungsart absolut nicht verschmäht. Denn gelingt es nicht, die deutsche Agrarpolitik in dem bisherigen Kurse weiter zu steuern und die deutsche Großlandwirtschaft von der Konkurrenz der überseeischen Produktionsgebiete dauernd und in steigendem Maße abzuhängen, dann bleibt den meisten von ihrem Privatbesitz sowieso nichts übrig.

Im Falle des Großgrundbesitzes bezieht sich somit die Enteignung auf einen Produktionsbezirk, der längst zerbrochen wäre, wenn er sich nicht des besonderen Schutzes durch Zölle, Steuererleichterungen, Subventionen und Schuldenbindung — alles Maßnahmen, an denen die SPD bisher mit großem Fleiß mitgewirkt hat — erfreute. So sehr darum

Textil-Generalstreik

Die Verhandlungen in der englischen Baumwoll-Industrie gescheitert

London, 26. August.

WTB. Die Verhandlungen zur Beilegung der Schwierigkeiten in der Baumwollindustrie von Lancashire sind heute nachmittag in Manchester gescheitert. Der für den 27. August angeordnete Streik von über 200 000 Arbeitern wird daher, falls nicht von den Gewerkschaften noch in letzter Minute Schritte zu einer Verzögerung erfolgen, morgen einsetzen.

Die Ursache des Zusammenbruchs der Verhandlungen war die Unmöglichkeit einer Einigung über die Frage der Wiedereinstellung jener Arbeiter, die infolge ihrer Weigerung, den Lohnherabsetzungen zuzustimmen,

entlassen und durch andere ersetzt worden waren. Die Arbeitgeber hatten sich gestern bereit erklärt, den entlassenen Arbeitern einen Vorzug bei der Wiedereinstellung zu geben und in sechs Monaten die Lage aufs neue zu erörtern. Sie vertreten dabei die Meinung, daß die Schwierigkeiten in diesem Zeitraum sich von selbst lösen und die betreffenden Arbeiter wieder eine Anstellung gefunden haben würden. Obwohl die Frist von sechs Monaten heute auf sechs Wochen herabgesetzt worden war, konnte keine Einigung erreicht werden, da die Arbeiter die sofortige Wiedereinstellung in zwei bestimmten Fabriken verlangten, eine Forderung, die auf unüberwindliche Hindernisse stieß.

Justizterror geht weiter

Zuchthausanträge des Berliner Sondergerichts

Berlin, 26. August.

In dem Prozeß Püschel und Genossen vor dem Sondergericht wegen des Feuerüberfalls auf den Polizeioberwachmeister Koltjowski vom 16. August in der Weißenburger Straße beantragte der Staatsanwaltschaftsrat heute gegen den Angeklagten Püschel, Reichard und Kopper wegen schweren Aufruhrs eine Strafe von je 10 Jahren Zuchthaus, gegen die Angeklagten Pabst und Klüh wegen einfachen Aufruhrs je ein Jahr Zuchthaus, gegen den Angeklagten Kurt wegen Bruch des Burgfriedens durch Teilnahme an einer Demonstration 100 Mark Geldstrafe und gegen den Angeklagten Holzer Freisprechung mangels Beweises.

Die Verteidiger der Angeklagten traten in längeren Ausführungen für die Freisprechung bzw. mildere Beurteilung der Angeklagten ein. Das Urteil wird Sonnabend gefällt werden.

Es handelt sich hier wieder um Arbeiter, die aber ausdrücklich erklären, nicht der KPD anzugehören, sondern nur mit ihr zu sympathisieren.

Blutbad in Rio

Die Aufständischenbewegung in Brasilien

Rio de Janeiro, 26. August.

(Reuter.) Nach einem Bericht der Aufständischen Regierung von St. Paulo sollen die regierungstreuen Truppen in den Straßen Rios, wo die Situation bedenklich zu werden beginne, ein Blutbad angerichtet haben. In der Avenida Rio Branco, einer der Hauptverkehrsstraßen Rios, soll sogar mit Maschinengewehren auf Demonstranten geschossen worden sein. Von Aufständischer Seite wird versichert, daß bereits zahlreiche Persönlichkeiten auch in der Hauptstadt für die revolutionäre Bewegung gewonnen seien. Insbesondere sei der frühere Präsident der Republik Bernadez mit 5000 seiner Anhänger zu den Aufständischen übergegangen und auch zahlreiche Marineoffiziere befänden sich schon im Lager der Revolutionäre.

Vom Marineministerium in Rio wird offiziell mitgeteilt, daß es der Regierung gelungen sei, die Erhebungen in den Gegenden von Obidos am Amazonenstrom zu unterdrücken. Die Aufständischen seien in die Flucht geschlagen und werden mit Kanonenbooten verfolgt. Aus Porto Alegre wird gemeldet, daß Flugzeuge der Revolutionäre die Stadt Guapira mit Bomben belegten, wobei drei Menschen getötet und acht schwer verletzt wurden.

USA zur Mandschureifrage

New York, 26. August.

WTB. „Herald Tribune“ befaßt sich heute mit der bevorstehenden Anerkennung des mandschurischen Staates durch Japan. Die Rückwirkung eines solchen Schrittes Japans auf die Vereinigten Staaten werde, so schreibt der Washingtoner Korrespondent des Blattes, darin bestehen, daß die amerikanische Regierung eine Art internationaler diploma-

tischer Achtung Japans (!) betreiben werde. In Washington sei man der Ansicht, daß die Rede Utschidas an die Adresse des Völkerbundes gerichtet gewesen sei. Die Behörden Washingtons würden wahrscheinlich keinerlei Erklärung über diese Rede abgeben, bevor der Völkerbund nicht zu dem Bericht der Lytton-Kommission Stellung genommen habe. In den zuständigen amerikanischen Kreisen sei man der Ansicht, daß eine Anerkennung der Mandschurei eine Verletzung des Neunmächtepaktes bedeuten würde.

auch die Großgrundbesitzer die sozialdemokratischen Anträge als eine dreiste Herausforderung denunzieren werden, so wenig kann dies an der Tatsache ändern, daß der sozialdemokratische „Entwurf eines Gesetzes über die Enteignung des Großgrundbesitzes“ im besten Fall nur eine einfach unabwendbar gewordene Entwicklung feststellt.

Gerade der Fall des Großgrundbesitzes illustriert aber auch die ganze Unhaltbarkeit jener Behauptung, daß am Ende des Krieges „die ökonomischen Bedingungen für den Ueber-

gang zum Sozialismus hoffnungslos ungünstig waren“. Für die Großlandwirtschaft trifft dies jedenfalls in keiner Beziehung zu. Ihre Beschaffenheit ist heute nicht anders wie damals, und was die Junker selber angeht, so waren sie damals mäuschenstill.

Nun ist aber die „Enteignung des Großgrundbesitzes“ von alten vorgeschlagenen Maßnahmen, noch die allerradikalste. Die ändern sind, wie wir noch zeigen werden, sehr viel bescheidener.

Neuer chinesischer Vorstoß gegen die Mandschurei?

WTB. Paris, 26. August.

Die Agentur Indopacifique übernimmt heute aus Peking Meldungen französischer Blätter, denen zufolge chinesische Freiwilligenregimenter die Stadt Taonan eingenommen haben sollen und nunmehr Mukden bedrohen.

Nicht vor das Standgericht Aber lange Untersuchungsfrist

Budapest, 26. August.

(Agl.) Die Staatsanwaltschaft hat beschlossen die Teilnehmer an der jüngst aufgedeckten kommunistischen Verschwörung nicht vor das Standgericht, sondern vor die ordentlichen Gerichte zu stellen.

Als Begründung wird angegeben, die „ausgedehnte Tätigkeit“ Polls, Tiszas und Dr. Madzsars erfordere eine eingehende Untersuchung, die in der von der Standgerichtsordnung vorgeschriebenen kurzen Frist nicht durchgeführt werden könne. Der Prozeß dürfte erst in einigen Monaten stattfinden. Das heißt, die Verhafteten sollen, auch wenn ihnen gar nichts nachgewiesen werden kann, monatelang im Gefängnis schmachten!

Die Agentur Indopacifique übernimmt heute aus Peking Meldungen französischer Blätter, denen zufolge chinesische Freiwilligenregimenter die Stadt Taonan eingenommen haben sollen und nunmehr Mukden bedrohen.

Die Agentur Indopacifique übernimmt heute aus Peking Meldungen französischer Blätter, denen zufolge chinesische Freiwilligenregimenter die Stadt Taonan eingenommen haben sollen und nunmehr Mukden bedrohen.

Hitler im Sanatorium?

Die „Welt am Abend“ meldet:

„Nach den zahlreichen Revolten innerhalb der Führerschaft und der Anhängerschaft der Nationalsozialistischen Partei und der SA-Truppen ist es zu einer schweren Krise in den Spitzen der Naziführung gekommen. Adolf Hitler hat sich wegen seines ungünstigen Gesundheitszustandes in ein Sanatorium begeben. Seine Erkrankung mache es ihm unmöglich, die Leitung der Partei weiterzuführen. Dabei muß bemerkt werden, daß nur „Wohlgesinnte“ von einem Aufenthalt in einem Sanatorium sprechen; nach unseren Informationen wird davon gesprochen, daß Hitler keineswegs freiwillig das „Sanatorium“ aufgesucht habe.“

Die Führung der Partei hat Gregor Strasser übernommen.

Um die SA-Hilfspolizei in Braunschweig

Bekanntlich hat die Naziregierung in Braunschweig mit stillschweigender Duldung ihrer deutschnationalen Bundesgenossen vor einiger Zeit die Einstellung von SA-Formationen in den Polizeidienst beschlossen. Das steht in offenem Widerspruch mit der zu dieser Sache von der Papen-Regierung veröffentlichten Erklärung. Jetzt hat offenbar auch Reichsinnenminister v. Geyl Schwierigkeiten gemacht und auch die Deutschnationalen in Braunschweig haben plötzlich Bedenken bekommen, die SA-„Edelgenossen“ zur offiziellen Polizei zu machen. Sie haben sich deshalb hilfesuchend an Geyl gewandt, durch den jetzt offensichtlich die den SA-Banden fest versprochene Einstellung zum mindesten verschoben wurde. Die SA-Strolche bestehen aber jetzt auf Erfüllung des Versprechens. Die braunschweigische Regierung will aber, zumal unter diesem Druck, ihren Plan trotzdem durchsetzen.

12,6 % Lohnabbau in der Maßschneiderei

Bei den Verhandlungen über Neuschluß eines Reichslohntarifs für die Maßschneiderei, die unter Vorsitz des Professors Dr. Brahn in Dresden geführt wurden, ist zum Schluß ein Schiedsspruch gefällt worden, der einen Lohnabbau von 12,6 Prozent vorsieht. Erklärungsfrist für Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches ist für beide Parteien der 31. August.

Nach den Äußerungen der offenbar vom Vorstand des Bekleidungsarbeiterverbandes informierten SPD-Pressen besteht die Absicht, diesem Schiedsspruch zuzustimmen. Begründet wird dies damit, daß die Unternehmer 20 Prozent Lohnabbau fordern und es noch lieber sehen würden, wenn es überhaupt zu keinem Tarif mehr käme. Die Gewerkschaftsführung will angeblich durch Zustimmung zu dem ungeheuerlichen Lohnabbau-Schiedsspruch den Tarif aufrechterhalten.

Man kann gegen diese Stellung der Gewerkschaftsführung nicht scharf genug protestieren. Es ist ein neuerlicher Beweis, wohin die reformistische Taktik führt. Wir halten es als selbstverständlich, daß die Maßschneider im ganzen Reich diesen Schiedsspruch ablehnen und sofortige Vorbereitungen zu dem Kampf treffen.

Wieder Hauszinssteuererlaß für Arbeitslose und Rentenempfänger

Die kommissarische Preußenregierung hat die unhaltbare Verordnung der Braun-Seyvering-Regierung vom 8. Juni d. J. über Aufhebung des Erlasses der Hauszinssteuer für Arbeitslose und Minderbemittelte aufgehoben bzw. derart geändert, daß in Zukunft nur öffentliche Unterstützungsempfänger von der Hauszinssteuer befreit werden. Nach dem amtlichen „Preussischen Pressedienst“ soll in Zukunft folgendermaßen verfahren werden:

Die Steuerentbindung soll sich nicht mehr nach dem schematischen Existenzminimum von 1200 Mk. richten, das zum dem sich bei der Verchiedenheit der Kaufkraft in Stadt und Land, im Westen und Osten ganz verschieden auswirkt, sondern sie muß auf den fürsorglichen individuell auszureichenden Begriff der Hilfsbedürftigkeit abgestellt werden. Steuerentbindungen sollen demnach nur gewährt werden „bei Mietwohnungen oder Teilen von Mietwohnungen,

- wenn Mieter nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge beziehen, und zwar in Höhe des Betrages, um den die laufende Unterstützung sonst höher sein müßte;
 - soweit Mietern nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge gewährt werden müßte, weil sie sonst die volle Miete nicht zahlen könnten;
 - soweit die Einziehung eines der gesetzlichen Mietszinses dem Eigentümer nachweislich nicht möglich ist.“
- In der demnächst erscheinenden Verordnung ist die Rückwirkung der Neuordnung vom 1. Juli 1932 ab vorgesehen.

„Faschistenrummel — Schluß!“

Breslau, 27. August.

Nachdem vorgestern Angehörige der KPD von Nationalsozialisten angerempelt und überfallen wurden, wobei es dann zu tätlichen Auseinandersetzungen kam, nachdem man Verhaftungen — anscheinend alles Kommunisten — vorgenommen hatte, nachdem jetzt seit Tag und Woche sich die Nazis in den Straßen Breslaus breit machen und immer unverschämter auftreten, nachdem sie im Zusammenhange mit dem Beuthener Urteil ziemlich unbehindert von der Polizei ihren ungläublichen Terror auf den Straßen ausüben können — ist es nach allem diesem verwunderlich, wenn gestern an den Stempelstellen Flugblätter verteilt wurden:

„Schluß mit dem Faschistenrummel!
Die Straße gehört dem Proletariat!
Arbeiter der Eisernen Front!
Arbeiter der Antifaschistischen Aktion!
Parteilose Arbeiter! Duddel keinen
faschistischen Terror!
Heraus heute Freitag, 18 Uhr,
Massenparade der Arbeiterschaft
Gartenstraße — Schweidnitzer Straße!“

Das bürgerliche „8-Uhr-Abendblatt“ gerät über dieses Flugblattchen völlig aus der Fassung und schimpft auf die „linken Linken“ (es meint damit die Kommunisten) Streicht in einem Atemzuge die „Eiserne Front“ und die SA, die die Partole herausgegeben hat. „Löscht das Feuer und löscht das Licht (bleibt hübsch zu Hause)“ heißt heraus.

Redel von „Hofuq“ und stellt unter dem Motto „Die Wirtschaft muß leben“ fest, daß solche Demonstrationen den geregelt Geschäftsgang stören. Es heißt wörtlich:

„Kein Käufer betritt den Laden, kein Gast setzt sich an den gedeckten Tisch, denn Käufer und Gast wollen nicht Gefahr laufen, für ihren Aufenthalt in solchen „gefährdeten Gebieten“ mit Prügelein belohnt zu werden. Täglich mehren sich die Klagen über diese unnötige Bedrohung der Wirtschaft und erst aus den letzten Tagen liegen uns Aufzählungen zahlreicher Geschäftsteile und Gaststättenbesitzer vor, die sich auf das bitterste über die Straßendemonstrationen beklagen.“

Wir halten es unter unserer Würde, gegen das „8-Uhr-Abendblatt“ zu polemisieren. Aber hier muß einmal um der Sache willen mit allem Nachdruck festgestellt werden: wenn die Arbeiterschaft demonstriert (von eigentlichen Demonstrationen kann man ja im Augenblick des Bürgerfriedens nicht sprechen), dann ist auf einmal die „Wirtschaft geschädigt“. Wenn aber die Nazis brüllend wie die Vandalen durch die Straßen ziehen, wenn die Nazis tagtäglich in der Bischofsstraße ohne daß auch nur ein einziger Beamter dagegen einschreitet, den größten Rummel inszenieren, dann schweigen die bürgerlichen Blättchen, dann schweigt auch das „8-Uhr-Abendblatt“.

Und gerade die Bischofsstraße ist zu einer der Straßen Breslaus geworden, in die sich niemand mehr hineintraut und gerade in dieser Straße werden Klagen über einen immer mehr zurückgehenden Geschäftsgang laut. Warum werden diese Tatsachen verschwiegen?

Uns ist nicht bekannt, von wem die Flugzettel stammen; aber ein Satz des Flugblattes ist aus dem Herzen aller Arbeiter gesprochen: „Schluß mit dem Faschistenrummel!“

Und die Arbeiterschaft weiß, daß nicht die Organe des Klassenstaates, Polizei, Justiz usw., mit diesem Rummel ein Ende machen werden, sondern, daß die Arbeiterschaft einzig und allein hier auf ihre eigenen Kräfte angewiesen ist. Sie weiß, daß die Befreiung der Arbeitklasse nur das Werk ihrer selbst sein kann.

In diesem Zusammenhang — ob das Flugblatt Ursache und die geschilderten Vorgänge die Wirkung davon sind, bzw. wir noch sehr — liegen zwei Notizen des Wolffschen Telegrafienbüros vor.

„Donnerstagabend versuchten etwa 50 Personen, die der KPD nahestehen, in der

Tautenzienstraße einen Umzug zu veranstalten. Die Ansammlung wurde unter Anwendung des Polizeiknüppels zerstreut.“

50 Personen — und dann will man von einem Umzug reden! Ist das nicht lächerlich? Und dann heißt es: „Personen, die der KPD nahestehen“. Was heißt das überhaupt? Man hat die Mitgliedschaft nicht feststellen können, es sind sicher Proleten gewesen, nun so schämt man sie einfach unter dem Motto: „die Kommunisten sind an allem schuld“, der KPD zu.

Und zweitens:

„Am Donnerstagabend durchzogen Trupps von Kommunisten die Schweidnitzer und Gartenstraße und belästigten Zeitungs-

händler der NSDAP. Einige von diesen räumten ihren Stand. Als gegen 19.30 Uhr etwa 25 Nationalsozialisten in Uniform die Schweidnitzer Straße entlang kamen, wurden sie von etwa hundert Kommunisten angegriffen. Ein Nationalsozialist wurde durch einen Messerstich in den Kopf schwer verletzt; drei Kommunisten erlitten leichte Verletzungen. Drei Personen sind zwangsgestellt worden. — Auf der Tautenzienstraße erhielt bei einer Prügelei ein Kommunist einen Messerstich in die linke Schulter. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden.“

Sonderbar! 3 Kommunisten erlitten Verletzungen, ein Kommunist wurde durch schwere Messerstiche verletzt, und trotzdem sind die Kommunisten schuld.

9 Opfer der Raserei 4 Tote — 5 Verletzte

Bunzlau. Das vierjährige einzige Söhnchen des Steigers Bleul in Utzig bei Bunzlau wurde von einem Auto, das vom Chauffeur des Gutsbesitzers Schmidt aus Thiemendorf, Kreis Luban, gesteuert wurde, überfahren. Wie Augenzeugen berichten, kam das Auto in nicht allzustarkem Tempo daher. In demselben Moment wollte das Kind die Straße überqueren. Der Chauffeur konnte seinen Wagen erst 40 Meter hinter der Unfallstelle zum Stehen bringen. Der Besitzer des Wagens sorgte für die Ueberführung des Knaben in das Krankenhaus nach Bunzlau, wo das Kind einige Stunden später den Verletzungen erlag.

Breslau. Donnerstag mittag wurde auf der Gräbischer Straße Ecke Hochstraße der 63jährige Schneidermeister August St. von dem Motorradfahrer P. angefahren und zu Fall gebracht. Er wurde mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus der Elisabethinerinnen geschafft, wo er kurz nach Einlieferung verstorben ist. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Auf dem Wege von Kanth nach Krieblowitz fuhr das Auto des Zollkommissars W. plötzlich

in den Straßengraben und stürzte um. Dabei wurde die Mitfahrerin, die 32jährige Magistratsangestellte Stiller aus Kanth so schwer verletzt, daß sie bald nach Einlieferung in das Krankenhaus in Kanth verstarb. Auch die Verletzungen des Zollkommissars sind schwer, jedoch nicht lebensgefährlich. Das Auto soll infolge Versagens der Steuerung in den Straßengraben gefahren sein.

Schweidnitz. Auf der Chaussee zwischen Leutmannsdorf und Friedrichsfelde stürzte der Messerschmied Paul Gröger aus Reichenbach anscheinend infolge Platzens eines Reifens mit dem Motorrad. O. erlitt dabei sehr schwere Verletzungen. Bald nach Einlieferung ins Krankenhaus verstarb er.

Olitz. Auf der Straße nach Halbendorf fuhr das Motorrad des Schlossers Schnabel mit dem Motorradfahrer Wenzel, die beide einen Sozium mitnahmen, zusammen. Schnabel kam mit leichten Verletzungen davon, dagegen wurden die drei anderen Personen schwer verletzt und wurden ins städtische Krankenhaus eingeliefert. Ihr Zustand ist ernst.

Hallo! Herr Stadtschulrat?

Der Lehrer Eichmann in Klein Masschwitz läßt die Kinder nach dem Turnen mit „Heil“-Rufen wegstreuen. Zeugen stehen zur Verfügung.

Wir fragen an: Ist der Lehrer Eichmann zur einseitigen politischen Erziehung der Schulkinder da oder zur Vermittlung von Kenntnissen?

Verwaltungsdirektor Dietz stellt sich selbst

Breslau, 26. August.

Der frühere Verwaltungsdirektor des Breslauer Stadttheaters und der Schlesischen Philharmonie, Gottfried Dietz, der sich im Juni dieses Jahres ohne Urlaub von seinem Posten entfernt hatte, hat sich, wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, jetzt freiwillig der Breslauer Staatsanwaltschaft gestellt und befindet sich gegenwärtig in Untersuchungshaft. Der Grund seines Verschwindens, das erhebliches Aufsehen erregte, lag, wie die Intendanz des Stadttheaters und der Philharmonie damals mitteilte, anscheinend in einer Geschäftsverbindung, die Dietz im Laufe des vergangenen Winters für Lieferungen an das Stadttheater ohne Wissen des Intendanten aufgenommen und die zu einer vermeidbaren Mehrausgabe von rund 17.000 RM geführt hatte. Da 5000 RM. hiervon nicht ordnungsmäßig belegt werden konnten, war die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Erneute Schulschließung in Weißstein

Waldenburg, 26. August.

Wegen neuerlichen Auftretens der Spinalen Kinderlähmung und einzelner Fälle von Diphtherie, Scharlach und Masern sind sämtliche Schulen in Weißstein, die erst am Dienstag wieder mit dem Unterricht begonnen hatten, geschlossen worden. Auch die Kindergärten sind von dieser Maßnahme betroffen worden; ebenso ist das Wohlfahrts- und Jugendhaus bis auf weiteres gesperrt worden.

Eifersuchtstragödie

Liegnitz, 26. August.

In dem Grundstück Sedanstraße 1 spielte sich am Donnerstag nachmittag und in der Nacht zum Freitag eine Familientragödie ab. Die Besitzerin des Gasthofes „Zum Schwan“, Frau Franke, wurde von ihrem Mann, der 18 Jahre von ihr getrennt gelebt hat und der kürzlich auf ihre eigene Veranlassung wieder zu ihr zurückgekehrt war, mit Eifersuchtszwecken verfolgt. Frau Franke verbat sich diese Szenen und ging gegen ihren Mann mit einer Eisenstange los. Franke ging Donnerstagabend schließlich fort. Als er in der Nacht wiederkam, wurde ihm der Eintritt in das Haus verweigert. Er machte Lärm, schlug einige Scheiben ein und drang schließlich in das Haus ein. Es spielte sich erneut eine Szene ab, wobei drei Schüsse fielen. Frau Franke hatte zwei Schüsse gegen ihren Mann ab-

gegeben, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Den dritten Schuß hatte sie gegen sich selbst gerichtet. Die Kugel drang dicht unter dem Herzen in den Körper; sie wurde schwer verletzt aufgefunden. Die Kriminalpolizei nahm sofort eine Untersuchung vor. Freitag früh wurde im Zusammenhang damit der Polizeu-Besser, der sich in dem Gasthof in einer Bodenkammer versteckt hatte, verhaftet. Ob er irgendwie mit der Sache in Verbindung steht, wird erst die Untersuchung ergeben.

„Extrablatt! Gräßlicher Frauenmord!“

Beuthen O.-S., 26. August.

In den Abendstunden des 4. Dezember vorigen Jahres bemächtigte sich der Dussanten eine riesige Erregung, als zwei junge Leute mit den Rufen „Extrablatt! Gräßlicher Frauenmord!“ durch die Straßen zogen und eine Zeitung zum Verkauf anboten. Das Blatt fand großen Absatz, allerdings hatten die Verkäufer das Pech, auch eines der Exemplare an einen höheren Beuthener Kriminalbeamten zu verkaufen, der feststellte, daß es sich bei den Nachrichten um aus ausländischen Zeitungen entnommene, monoton zurückgehende Meldungen über schwere Verbrechen in den Vereinigten Staaten und also um einen reinen Schwindel handele. Der Kriminalbeamte übergab die beiden jungen Leute einigen Schutzpolizisten. Es wurde festgestellt, daß es sich um den Zeitungsverleger und Zeitschriftenhändler Ernst Singer und den Zeitschriftenhändler Otto Schulze aus Berlin handelte. Beide hatten die Gullunabhängigkeit des Publikums in raffiniertester Weise ausgenutzt und waren nun vor dem Beuthener Schöffengericht wegen Betrages und Vergehens gegen das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb angeklagt. Der Staatsanwalt glaubte, daß jeder der beiden betrüger fünf Monate Gefängnis verdient hätte, nachdem sie in anderen Städten Deutschlands bereits ähnliche Schwindelereien verübt hatten. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von je drei Monaten.

Unfälle, Selbstmorde . . .

Münsterberg. Der Arbeiter Jakel aus Kolonie Berghof, der längere Zeit in einer Nervenheilanstalt untergebracht war, wurde kürzlich auf mehrere Wochen nach Hause beurlaubt. Dort merkte man keinerlei Krankheitsanzeichen bei ihm und er half fleißig bei der Ernte. Dieser Tage jedoch machte sich eine große Unruhe bei ihm bemerkbar. Er erschien eines Abends in großer Aufregung zu Hause und beauftragte die Mutter, sofort einen Sarg für ihn zu bestellen. Dann entfernte er sich und war mehrere Tage verschwunden. Nun wurde seine Leiche aus dem Schützendorfer Steinbruchteich geborgen. Ein dort badendes Mädchen trat im Wasser am Ufer auf ein Fahrrad, das dem Vermissten gehörte. Etwas später konnte dann die Leiche des J. aus einer Tiefe von fünf Metern geborgen werden.

Neisse. In Reimen wurde der Wirtschaftshelfer Franz Myjacz beim Putzen der Pferde von einem jungen Pferde in den Unterleib getroffen. M. wurde in besorgniserregendem Zustand in das Neisser Krankenhaus eingeliefert, wo er seinen schweren Verletzungen erlag.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck: Th. Schetzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

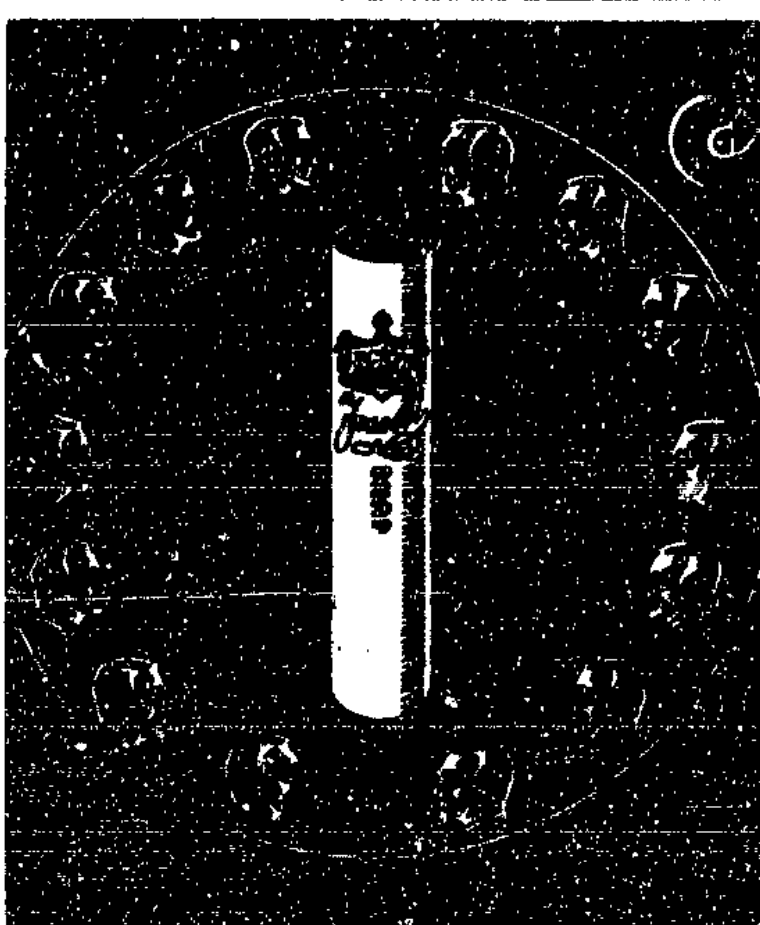
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3 | Treppe. Telefon 206 02.

Bezugpreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, | Treppe. Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gaburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.



Im Kreise
sachverständiger Raucher
ist **JUNO**
die beliebteste Cigarette,
denn sie gewährleistet dank ihrer hohen Qualität einen
vollen Genuß. Gerade weil sie höchsten Gegenwert an
edlen Tabaken bietet, müssen Zugaben in Form von Wert-
marken, Gutscheinen oder Stickeren ausgeschlossen bleiben.
Juno ist die Marke der Kenner!



Nicht sie, die Gesellschaft ist schuldig

„Kuppel und Erpressung“ — Fort mit dem Paragraph 218!

Durch die Vertiefung der Wirtschaftskrise, durch die immer größer und drückender werdende Verelendung der Massen ist eine Zunahme der Kriminalität bedingt. Hungernde Menschen erliegen leichter der Verführung als Saiten. Der Hungernde stößt sich schneller und öfter an den Moralbegriffen der bürgerlichen Gesellschaft. Wo ist in Deutschland der Richter, der das Verständnis für die Seelen- und Gewissensqualen („Untermenschen“) haben ja eben nach deren Meinung kein Gewissen) einen Arbeitslosen aufbringt, der mit

Das sind nur zwei Arten, wie man auf Bahn der Prostitution gerät. Wir können auf die anderen nicht eingehen.

Nicht die Angeklagten sind schuldig, sondern die Gesellschaft, die nicht in der Lage ist, ihren Sklaven das Nötigste zum Unterhalt zur Befriedigung der primitivsten Lebensbedürfnisse zu bieten.

Ein anderer Prozeß, ebenfalls von WTB unter dem 25. August aus Beuthen OS. gemeldet:

„Ein erschütterndes Bild von der Hilflosigkeit eines durch ihren Liebhaber verlassen Mädchens enthielt eine vor dem Beuthener Schöffengericht stattgefunden Verhandlung, in der sich die Schneiderin Clara W. und der frühere Oberhäuer und jetzige Aufseher Edmund S. aus Mieschowitz wegen Vergehens gegen § 218 StGB zu verantworten hatten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Trotzdem die Angeklagten jede strafbare Handlung leugneten und zum Teil sogar behaupteten, daß sie die sie schwer belastenden Zeugen für die bereits im Jahre 1929 begangene Tat gar nicht kennen, kam das Gericht in Ueber einstimmung mit der Staatsanwaltschaft zu einer Verurteilung. Clara W. erhielt zwei Monate Gefängnis mit einer zweijährigen Bewährungsfrist, S. einen Monat Gefängnis mit

Bewährungsfrist, die allerdings von der Ent richtung einer Buße in Höhe von 100 Mark abhängig gemacht wird. Der Vorsitzende be tonte in der Urteilsbegründung, daß das Ge richt der Ansicht sei, daß S., der das junge Mädchen im Unglück gestürzt und dann ver lassen habe, durch eine empfindliche Geld buße klar gemacht werden müsse, daß er ein schweres Unrecht begangen habe.

Die wenigen Zeilen dieses Berichtes hinter lassen einen peinlichen Eindruck. Man kommt von dem Gedanken nicht los, daß hier ein Justizirrtum vorliegt. Die Angeklagten be weisen ihre Unschuld, geben an, die sie schwer belastenden Zeugen nicht zu kennen und trotzdem verurteilt man sie. Allerdings schwankt auch das Gericht — und erkennt auf Bewährungsfrist, „die allerdings von der Ent richtung einer Buße von 100 Mark ab hängig gemacht wird“. Für einen ehemaligen Häuer, für einen ehemaligen Kumpel bedeuten 100 Mark viel, sehr viel sogar.

Auch hier liegt die Schuld bei der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Gäbe man der Schneiderin das Nötigste zu ihrem Leben und etwas darüber hinaus, gäbe man ihr soviel, daß sie als allein stehende Frau auch ein Kind ernähren könnte... und sie würde wohl kaum „das junge, in Unglück gestürzte und verlassene Mädchen“ für eine rührselige tränenreiche Moralideologie des Bürgertums sein.

durch Mitteleuropa bis in unsere Heimat. An derselben Fundstelle wurden außerdem fünf sogenannte germanische Brandgräber benutzter des ersten vorchristlichen Jahr hunderts freigelegt. Damals verbrannten die in Schlesien heimkehrenden Vandalen ihre Toten und auch deren gesamte Ausstattung an Gefäßen, Waffen usw. wurde gewöhnlich mit auf den Scheiterhaufen gelegt. Dort zer sprangen die Gefäße zu Scherben, oder sie veraschten. Der ganze Ueberrest des Scheiterhaufens wurde in eine Grube ge schüttet, die dann als Brandgrubengrab be zeichnet wird. Eines dieser in Groß-Sürding untersuchten Gräber muß einem großen Krieger angehört haben. Man fand darin nicht nur die eiserne Speerspitze und den Schildbuckel, sondern, ein nicht häufiger Fall, auch das etwa ein Meter lange, zweischneidige Vandalen schwert.

Das Schwert war völlig zusammen gebo gen in das Grab gelegt worden, denn der germanische Krieger stellte sich seine Waffe besetzt vor, und man glaubte, daß sie nur dann mit ihm nach Walhall eingehen könne, wenn man sie vorher töte, d. h. zerstöre.

Kinder schulpflichtig

Die Magistratspressestelle teilt mit: Zu Ostern werden alle Kinder schulpflichtig, die bis zum 30. Juni sechs Jahre alt werden. Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September das achte Lebensjahr vollenden, können aufgenommen werden, wenn sie körperlich und geistig genügend entwickelt sind. Die Kinder sind bis Ende Septem ber unter Vorlegung der Geburtsurkunde, die aber nur in bestimmten in der Schule zu erfragenden Fällen notwendig ist, sowie des Tauf- und Impfscheines beim Rektor der zuständigen Schule anzumelden.

Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind, kann die Schuldeputation auf ein Jahr zurück stellen. Für solche Kinder sind Schulkinder gärten eingerichtet.

Taubstumme und blinde Kinder, die bis zum 31. März 1932 das vierte Lebensjahr voll endet haben und sich nicht in einer Anstalt befinden, sind im Büro IV, An der Magda lenkirche 10, IV. Stock, Zimmer 33, anzu melden.

Eltern, die ihre Kinder nicht rechtzeitig einschulen lassen, machen sich straffällig.

Das letzte Südparkkonzert

Das letzte Südparkkonzert der Schlesi schen Philharmonie unter Hermann Behrs Lei tung brachte u. a. die Sinfonie f-moll von Tschaiowsky, die Tannhäuser-Ouvertüre und die Ouvertüre zu „Wenn ich König wär“ von Adam. Die ebenfalls dort gespielte Orchester suite aus „Der schlesische Spinnabend“ von dem Breslauer Gerhard Strecke ist ein ge falliges Stückchen ohne Originalität und mu sikalische Besonderheit. (Der Rundfunk machte uns mit ihm ja bereits bekannt.) Die Konzertbesucher ließen sich aber doch die „Sensation“ nicht entgehen, den Komponisten selbst auf Podium zu klatschen.

Im ganzen hielten die Konzerte Durch schnittsniveau, wenn auch manchmal etwas zu alltäglich musiziert wurde. Doch es ist ja für ein so bedeutendes Orchester wie die Schlesi sche Philharmonie sicher weder eine Freude noch aber bestimmt nicht von Nutzen für seine musikalische Entwicklung, in solcher Um gebung zu musizieren. Immerhin aber ist auf der anderen Seite als positiv zu buchen, daß hier die Möglichkeit geboten wurde, für wenig Geld gute Musik zu hören, ein Vorteil, den wir sehr betonen müssen.

Kleine Kriminalchronik

Grünberg. Es ist der Grünberger Kriminalpolizei gelungen, eine ganze Reihe Diebstähle, die in der letzten Zeit bei hiesigen Geschäftsleuten verübt wurden, aufzu klären. Die Täter waren jüngens im Alter von 10 bis 13 Jahren. Diese Bürschchen haben alles mitgehen lassen, was sie irgend erreichen konnten: Nahrungsmittel, Tabak wahren, Bekleidung u. a. Wahrscheinlich werden die Ermittlungen, die noch nicht ab geschlossen sind, noch mehr Diebstahl finden lassen und noch manchen Diebstahl aufklären.

Kreuzburg. Den Oberlandjägern aus Konstanz und Skaling ist es gelungen, drei Wilddiebe festzunehmen, die schon seit längerer Zeit in den Forsten Wirsdorf und Schöndorf gewildert hatten. Bei ihrer Verhaftung versuchten sie zu flüchten, wurden jedoch in einem Auto verfolgt und gestellt. Beschlagnahme wurde bei ihnen ein Reh und eine Doppellingsflinte, die sie in einem Kar toffelfelde versteckt hatten.

Beuthen. Der Inhaber des Grund stückes Garichenstraße 11 hatte in den an sein Kontor angrenzenden Räumen und im Kontor selbst ein verdächtiges Geräusch bemerkt. Als er sich dorthin begab, flüchteten zwei Männer über die Hofmauer, denen er mehrere

Schüsse nachjagte, ohne jedoch zu treffen. Das alarmierte Ueberfallkommando durch suchte mit Hilfe eines Kriminalbeamten den ganzen Hof und die Nachbargebäude und fand schließlich bei dieser Razzia auf dem Heuboden unter einem Haufen Heu versteckt einen Mann, dem ein Dietrich abgenommen wurde, während am Tatort selbst modernstes Einbrecherwerkzeug liegen geblieben war. Der Täter selbst zeigte ein Bild raffiniertester Einbrecherkunst. Die Einbrecher waren durch ein in die Mauer gestammtes Loch in das Büro eingedrungen und hatten den Geldschrank bereits von der Rückseite aus angeknabbert. Der festgenommene Ein brecher wurde dem Polizeigefängnis zu geführt.

Ein Vandalenschwert gefunden

In Groß-Sürding (Kreis Breslau), das seit 1931 mit Jordansmühl (Kreis Nimptsch) zum bedeutendsten schlesischen Fundplatz geworden ist, fand wieder eine amtliche Aus grabung statt.

Hierbei wurde ein Grab aus der stein zeitlichen Glockenbecherkul tur zum erstenmal ordnungsgemäß in Schlei sien ausgegraben. Die Menschen dieser Stei nzeitkultur kamen um 2000 v. Ch. als eine Art herumschweifendes Zigeunervolk aus Spanien

Schlesischer Arbeiter-Sport

- Handballgesellschaftsspiele für Sonntag, den 4. September
- 9.00: 3. Fr. Abt. II—FSSB, Brückenaue, Frenzel.
- 9.30: 3. Fr. Abt. I—StiKich, Brückenaue, Rauch.
- 9.00: 1925 III—Ohlau II Brückenaue Richter.
- 10.10: 1925 II—Ohlau I, Brückenaue, Gasse.
- 9.30: Nordost Schül.—4. Abt. Schül., Brückenaue, Vetsch.
- 17.00: 1925 Jug.—Dt. Lissa Jug., Brückenaue, Glaubitz.
- 10.00: 6. Abt. I—Wratzlawia I, Stadion, Schöpe.
- 15.00: 12. Abt. Jug.—Fr. Schwimmer Jug., Stadion, Nitschke.
- 14.15: StiKich III—Fr. Schwimmer III, Stadion, Werner.
- 15.20: StiKich II—Fr. Schwimmer II, Stadion, Späth.
- 16.30: StiKich I—Fr. Schwimmer I, Stadion Reichert I.
- 16.00: 1. Abt. Jug.—4. Abt. Jug., Eichenpark Grieser, E.
- 14.00: Marschwitz Schül.—Dt. Lissa Schül., Marschwitz, Verein.
- 13.00: Marschwitz II—Dt. Lissa II, Marschwitz, Fiedler.
- 16.10: Marschwitz I—Dt. Lissa I, Marschwitz, Steinert.
- 15.20: 8. Abt. I—1925 I, Helmutwiese, Hünig.
- 17.00: 6. Abt. II—1. Abt. II, Ostpark, Breitscheidl.
- 18.10: 6. Abt. I—1. Abt. I, Ostpark, Gawlik.
- Freie Turnerschaft Br.—1. Männer-Abt. Die Altershandballmannschaft spielt zum Alterstreffen in Oels. Alles trifft sich Dienstag auf der Halle zu einer Besprechung.

Kleine Sportnachrichten

Europafußballmeisterschaft am 21. September in Dresden
Der Fachausschuß für Fußballspiele der 302. Arbeitersport-Internationale bringt am 25. September das 1. Europameisterschaftsspiel auf der Igenkampfbahn in Dresden zum Austrag. Damit wird Dresden an diesem sowie den vorhergehenden Tagen im Mittelpunkt des internationalen Sportinteresses stehen. An der Europameisterschaft beteiligen sich 10 Landesverbände, darunter Deutschland, Österreich, Norwegen, Polen usw. Schon im 1. Spiel treffen die für die Meisterschaft als Favoriten geltenden Ländermannschaften von Deutschland und Österreich aufeinander. Die deutsche Mannschaft wird aller Voraussicht nach dieselbe sein, die in Kassel Österreich 5:4, Norwegen in Bräslau 3:2 und in Waldenburg 10:3 schlug. Der österreichische Verband wird für dieses Spiel gleichfalls die allerstärkste Besetzung entsenden. Der 1. Fußballbezirk Breslau hat die Absicht, zu dieser internationalen Veranstaltung eine Autofahrt zusammenzustellen. Die Fahrkosten Breslau—Dresden und zurück betragen pro Teilnehmer 5 RM.

Die Vorverkaufskarten zum Spiel, sowie den am Sonnabend, den 24. September in Dresden stattfindenden Veranstaltungen betragen insgesamt 50 Pfg. Wir richten an alle, die an dieser Fahrt teilnehmen können, den Aufruf, Meldungen bis zum 12. September bei Gen. Machner, Bergstr. 17, abzugeben. Die Abfahrt findet am Freitag, den 23. September, abends statt. Die Rückfahrt am Sonntag abend. Und nun: Alles rüstet zur Fahrt zum Europameisterschaftsspiel am 25. September in Dresden.

Achtung! Alterstreffen. Alle älteren Genossinnen und Genossen, welche am Montag, den 29. 8., in der Zeit von 19—20 Uhr die Freibungen für Oels nach der Musik des Tambourkorps einüben wollen, erscheinen in der Turnhalle Brockauer Straße.

1. Männer-Abt. FTB. August-Beiträge begleichen. Freitag, 2. 9. 21.30 Uhr, Monatsabrechnung im Eisenhammer. Sämtliche Altersturner Freitag, 2. 9. 20 Uhr, in der Halle zum Einüben der Oelsler Freibungen. Alle drei Übungen werden gepaukt. Sonntag, 4. 9., 5.45 Uhr, Radfahrer Treffpunkt Waterlooplatz. Abfahrt Punkt 6 Uhr.

4. Frauen-Abt. FTB. Montag, 29. 8., Abteilungsversammlung 20 Uhr, obere Halle Liegnitzer Schule. Fußballschiedsrichtervereinsung. Die Serien spieler Tasmania I und II—Fortuna I und II am 28. 8. steigen zur selben Zeit in Oltaschin VfB's Platz, Schiri 20 und Eintreter.

Freie Menschen Breslau. Dienstag, 28. 8. 20 Uhr, Gewerbeschule Gartenstr. Mitgliederbesprechung. Jeden Donnerstag an bekannter Stelle Gymnastik. Die Teilnehmer an der Schlesierfahrt melden sich bei Gen. Proquite, Adalbertstr. 21. Fahrpreis 1 50 M. bis 5. September. Abfahrt 7 Uhr früh.

Freie Schwimmer Breslau E. V.: Sonntag, 28. 8., 9 Uhr, Wasserballwettkampf im Poesidonbad. Alle Startende pünktlich sein. Freie Kampfreisung Breslau E. V.: Montag, 20 Uhr, Vorstandssitzung im Kanonenhof. — Freitag, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschafts haus.

Wochenbericht der Naturfreundejugend
Sonnabend, 27. 8., Teniskreis, Rosenstr. 2.
Sonntag, 28. 8., Fahrt nach Strahlen. Treffpunkt 16.30 Uhr, Freiheitsbrücke, Ecke Ohlauer Ufer für Radfahrer. Haupteingang am Hauptbahnhof um 17.45 Uhr für Bahnfahrer.
Dienstag, 30. 8., Arbeitsausschuß um 20 Uhr Benderschule.
Mittwoch, 31. 8., Benderschule, 20 Uhr, Heimabend: „Lerne lachen ohne zu weinen“.
Donnerstag, 1. 9., Ortsgruppenversammlung, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus.
Freitag, 2. 9., Stadion, Feld 5, 16 Uhr, Außen spiels. Gäste zu allen Veranstaltungen willkommen.

Wohin?

Stadtheater. Die deutsche Uraufführung von Talmanns Operette „Der Teufelsreiter“ ist für Donnerst ag, den 13. Oktober, vorgesehen. Das gesamte Per sonal der Operette sowie das Ballett wird beschäftigt sein. — Morgen, Montag, beginnt der Vorverkauf für die Donnerstag stattfindende Eröffnungsvorstellung der neuen Spielzeit. Zur Aufführung gelangt in Neu einstudierung Webers romantische Oper „Der Frei schütz“.



Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68.
Funktionäre vom Ohlauer Tor: Heute abend wichtige Funktionärsversammlung im Heim, Marktstr.

Morgen Morgen
Sonntag, vorm. 10 Uhr in der „SCALA“, Nikolaistraße
Morgenfeler-Tonfilm: Der König der Nassauer
IM VORPROGRAMM:
Genosse SKADE mit neuen Satyren
Karten im Vorverkauf 20 und 30 Pfg.
an der Kasse 30 und 40 Pfg.
Auf nebenstehenden Gutscheine Sondervergünstigung.
GUTSCHEIN.
Wer diesen Gutschein bei der Morgenfeler am Sonntag abgibt, zahlt 5 Pfg. weniger. 25 Pfg. statt 30 Pfg. und 35 Pfg. statt 40 Pfg.
Proletarische Kulturgesellschaft

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

Monatliche Jugend (Zentral): Sonntag, 6 Uhr, treffen sich alle Radfahrer und Fußgänger am Westpark, Posener, Ecke Westendstr., zur Fahrt nach der Weidmündung.

Freidenkerjugend Breslau: Wir gehen heut auf Nachfahrt nach dem Landheim. Treffpunkt um 20 Uhr in Schmiedefeld, Endstation der Linie 6.

Proletarische Kulturgesellschaft
Achtung Kartenvertriebsleute: Alle Karten müssen vor der Morgenfeier abgerechnet werden. Für die Karten, die ihr nach der Veranstaltung zurückbringt, müßt ihr selbst die Steuer zahlen.
Plakate und Photographien von der Morgenfeier sind an das Sekretariat, Holzgasse, zurückzubringen.
Arbeitsausschuß der PKG: Sonntag vormittag 8 Uhr in der Skala.

Arbeiter-Samariter-Bund E. V. Jugendabteilung: Sonntag, 28. 8., veranstaltet die Jugend eine Radtour. Treffpunkt zu derselben früh 7 Uhr „Letzter Heller“.

Ortsgruppe Oels: Sonntag, 28. 8., Lustiger Abend. Dienstag, 30. 8., Brettspiele.

Ortsgruppe Brieg: Mittwoch, 31. 8., Mitgliederversammlung. Beginn 20 Uhr. Gen. Tomas, Breslau spricht über: „Das Aktionsprogramm des SIV in der Praxis“. Die Funktionäre kommen schon um 18.30 Uhr zusammen.

Deutscher Metallarbeiterverband
Vertreter-Generalversammlung: Dienstag, den 30. Aug., 19.30 Uhr, Gewerkschaftshaus Großer Saal. Tagesordnung: 1. Kassens und Geschäftsbericht. 2. Bericht über den Verbandstag in Dörmund. Ohne Mitgliedbuch und Vertreterkarte kein Zutritt. Gäste haben Zutritt auf die Galerie gegen Vorweisung des Mitgliedbuches.
Bemerkenswert: Donnerstag, den 1. Sept., 19.30 Uhr, Zimmer 9.

Arbeiterinnen der Metallindustrie: Freitag, den 2. September, 18 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 5, wichtige Versammlung.

Formen u. Berechnungsbeamten (Vertrauensleute): Sonnabend, den 3. September, 19.30 Uhr, b. Pöhlisch, Kl. Holzstr. 3.

Installateure, Brunnenschauer u. Helfer: Die Branchenversammlung am 3. September fällt aus. Wenn dieselbe stattfindet, wird noch bekannt gegeben.

Der Schulfortschritt in Sowjetrußland

In striktem Gegensatz zu dem Rückschritt im Schulwesen der kapitalistischen Länder und besonders Deutschlands steht die Entwicklung von Schule und Volkabildung im sozialistischen Rußland. Die Größe des kulturellen Fortschritts hier aber kann man nur voll ermessen, wenn man die Ziffern aus der statistischen Zeit zum Vergleich mit heranzieht.

Noch im Jahre 1913 betrug die Gesamtzahl in Volks-, höheren und Hochschulen 7 095 351 Schüler, so daß auf 100 Einwohner 4,67 entfielen. Wenn man bedenkt, daß die Gesamtzahl der schulpflichtigen Jugend 22% der Gesamtbevölkerung ausmachte, so bedeuteten diese 4,7%, daß nur ein Fünftel der Bevölkerung überhaupt Schulbildung genoß, während die übrigen vier Fünftel der schlimmsten Unwissenheit und dem Analphabetentum verfallen mußten. Diese unvorstellbare Rückständigkeit, die das zaristische Rußland in der Welt mit Recht in den Ruf eines Landes der Barbarei brachte, war auf die unumschränkte Herrschaft der reaktionären Grundbesitzer zurückzuführen.

Bis zum Jahre 1927/29 war trotz der schwierigen Verhältnisse die Schülerzahl auf 11,341 Millionen gestiegen, wovon auf die Volksschulen (1. Stufe) 9,942 Mill., auf die höhere Schule 1,399 Mill. Schüler entfielen. Der Fünfjahresplan, mit dessen Einsetzen die Periode der Rekonstruktion abgeschlossen ist und der eigentliche sozialistische Aufbau beginnt, hatte vorgesehen, daß die Schülerzahl der 1. Stufe auf 17,476 Mill., die der 2. Stufe auf 2,207 Mill. heraufgesetzt werden solle. Bereits im Jahre 1931 aber ist der Schulaufbau derartig fortgeschritten, daß für das letzte Planjahr (1932) 20,031 Mill. und 4,676 Mill. für die entsprechenden Stufen vorgesehen werden können; damit werden die Endziffern des Planes für die 1. Stufe um 14,6%, für die 2. Stufe um 111,8% überschritten werden. In den Technika wird die Zahl der Neuaufnahmen von 311 000 im Jahre 1931 auf 421 000 im Jahre 1932 steigen, und die Hochschulen sollen statt 157 000 Studenten 210 000 in den Vergleichsjahren zählen. Nach einer Mitteilung des Korrespondenten des Berliner Tageblattes (vom 24. Mai d. J.) ist die Zahl der Universitäten von 91 im Jahre 1913 auf 536 gestiegen.

In die Anstalten für die vorschulpflichtige Jugend, die es vor dem Kriege nur in verschwindender Zahl und fast durchweg nur für die Kinder der besseren Kreise gab, sollten nach der Planziffer 1932: 7,230 Mill. Kinder aufgenommen werden; sie ist auf 9,821 Mill. gesteigert worden. Statt der vorgesehenen 38 000 Dorfbibliotheken als Endziffer des Planes werden zu Ende 1932 deren 55 000 eingerichtet sein. Der Plan sah vor, daß die Zahl derjenigen, die vom Fluch des Analphabetismus befreit werden sollten, von 1,8 Mill. auf 5 Mill. heraufgesetzt werden sollte; der Plan für 1932 sieht eine Liquidationsziffer von 20,913 Mill. vor, so daß in diesem Jahre viermal soviel Analphabeten unterrichtet werden, als man sich ursprünglich vorgenommen hatte.

Interessant sind auch die Ziffern des Budgets, die für die Volksbildung vorgesehen sind. Der Fünfjahresplan bestimmte, daß die Ausgaben für den öffentlichen Unterricht von 638 Mill. Rbl. im Jahre 1927/28 auf 1,954 Milliarden nach Ablauf des Plans steigen sollten; für 1932 aber sind bereits 2,497 Milliarden in den Etat eingestellt. Betrug im Jahre 1931 das für Schulbauten investierte Kapital 195 Mill. Rbl., so konnte es 1932 auf 260 Mill. erhöht werden.

In weitem Maße macht auch die Verlängerung der obligatorischen Schulpflicht

Fortschritte. Im Verlaufe des 2. Fünfjahresplans werden alle Kinder und Halbweibchen von der öffentlichen Schule erfaßt, und dabei wird die Schulpflicht durchweg von 4 Jahren (8.-12. Lebensjahr) auf 7 Jahre verlängert sein. Die Schwierigkeiten dieses riesenhaften Aufbaus kommen uns erst dann voll zum Bewußtsein, wenn man die sprachliche Vielgestaltigkeit der die Union bewohnenden Völker berücksichtigt. Das großartige Nationalitätenprogramm schreibt vor, daß der Schulunterricht wie die Amtssprache in der Muttersprache geführt werden müssen, eine Bestimmung, die von besonderer Wichtigkeit für die Gewinnung der rückständigen Völkerschaften wurde; jetzt wird in mehr als 70 Unterrichtssprachen gelehrt.

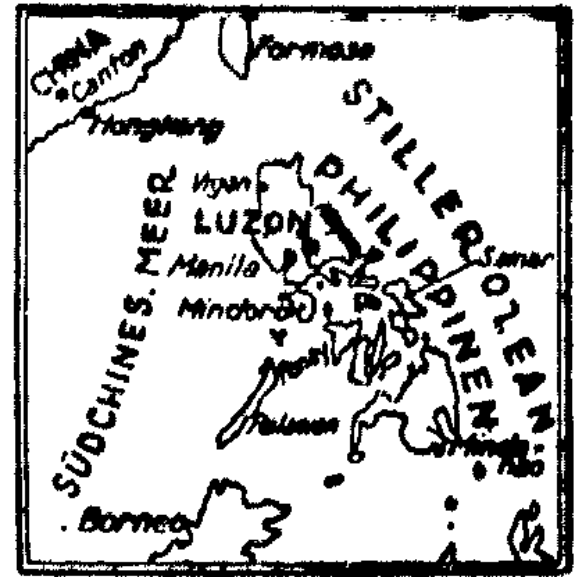
Mit dem äußeren zahlenmäßigen Wachstum geht eine fortlaufende Vertiefung und Qualifizierung der Erziehung und der Bildung vor sich, die hauptsächlich durch laufende regelmäßige Ausbildungskurse des Lehrpersonals aller Gattungen gefördert wird, getreu dem Leitsatz Lenins: „Bei uns muß der Lehrer des Volkes auf ein Niveau gehoben werden, auf dem er in der bürgerlichen Gesellschaft nie gestanden hat, nicht steht und niemals stehen wird.“ Derselbe Lenin hatte in seinen 1922 erlassenen Direktiven für die Volksbildung

gesagt: „Wenn wir gezwungen sind, die Übergangsgrenze vom allgemein technischen zum Berufsunterricht provisorisch vom 17. auf das 15. Lebensjahr herabzusetzen, dann muß die Partei diesen Schritt als eine praktische Notwendigkeit, als eine provisorische Maßnahme zufolge des Elends und Verfalls in unserem Lande betrachten.“ Heute ist der Sowjetstaat so weit, daß er an die Durchführung der Leninschen Direktiven gehen kann, daß er die kulturelle und technische Rückständigkeit der Massen überwindet und einen Kulturauftrieb unter ihnen entfesseln kann, wie ihn noch keine Zeit und kein Staat in solch kurzer Frist je erreicht hat. Georg Steinfeld.

„Er sucht auf seiner Lagerstatt die Ruhe, die er nötig hat“

sagt Wilh. Busch. Aber mancher sucht vergebens, wenn er abends Kaffee getrunken hat und die Coffeinwirkung Nerven und Geist nicht zur Ruhe kommen läßt. Kaffee Hag dagegen kann niemals Schlafstörungen oder andre Beschwerden hervorrufen. Hag ist koffeinfrei und daher vollkommen unschädlich.

Schwere Erdbeben-Katastrophe auf den Philippinen



Karte der Philippinen-Inseln

Die Stadt San Fernando auf der Insel Luzon wurde durch mehrere starke Erdbebenstöße völlig zerstört. Hunderte von Häusern stürzten ein, tausende verunglückter Einwohner irren in der Umgebung umher. Eine Meldung über die Zahl der Toten liegt noch nicht vor.

Gegen die Cholera

Sanitäre Maßnahmen der Sowjet-Union

Moskau, 26. August

Im Hinblick auf die Ausbreitung der Cholera in der Mandchurei traf das Volkskommissariat für Gesundheitswesen, um eine Übertragung der Seuche nach der Sowjetunion zu verhindern, folgende Maßnahmen: An allen Grenzpunkten wurden Sanitätsstationen zur ärztlichen Überwachung aller aus dem Ausland Ankommenden eingerichtet; die sanitäre Bewachung längs der gesamten Grenze wurde verstärkt; an der Grenze wurde ein Netz von bakteriologischen Laboratorien geschaffen; unter der Grenzbewachung wird eine großangelegte sanitäre Propaganda getrieben; Personen, die infolge ihrer Beschäftigung mit der Bevölkerung jenseits der Grenze zusammenkommen, werden gegen Cholera geimpft. — Auf dem Hoheitsgebiet der Sowjetunion ist bisher übrigens kein einziger Cholerafall vorgekommen.

Der Prolet lacht

Hakenkreuzbonbons

Die Nationalsozialisten verteilten zu Propagandazwecken Hakenkreuz-Bonbons. Bei fast allen Personen, die die Bonbons gegessen hatten, stellte sich sofort Schwindelgefühl ein, das sich bis zum Erbrechen steigerte. Drei Frauen starben an Gehirnblutung. Wir warnen vor dem Genuß dieser Bonbons.

Aus einem alten Witzbuch

Im Dreißigjährigen Krieg hält ein Geistlicher am Morgen vor Beginn einer Schlacht eine Ansprache an die Soldaten: „Brüder, ihr seid glücklich zu preisen! Wenn ihr in dieser Schlacht fallt, werdet ihr mit den himmlischen Heerscharen zu Mittag speisen.“ „Hochwürden“, sagte darauf ein Krieger, „wollen Sie nicht mit uns speisen?“ „Mein Sohn“, antwortet das Pfäfflein, „ich pflege nicht zu so früher Stunde das Mittagmahl einzunehmen und außerdem habe ich mir den Magen verdorben.“

Wirbelsturm-Katastrophe in Texas



Oben: Eine Straße des am schwersten betroffenen Ortes Freeport nach der Katastrophe. Unten: Ein durch den Tornado völlig zerstörtes Haus. Der amerikanische Bundesstaat Texas wurde von einem furchtbaren Wirbelsturm heimgesucht. Am schlimmsten betroffen wurde die Ortschaft Freeport, die fast völlig dem Erdboden gleichgemacht wurde. 50 Todsopfer waren zu beklagen.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

28) Ein deutscher Roman von THEODOR PLIVIER
Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verbreitung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Nicht alle Heizer und Matrosen befanden sich in der Nacht des geplanten Flottenvorstoßes an Bord ihrer Schiffe. Einige waren auf Urlaub, einige lagen krank in den Lazaretten, andere saßen an Land, in den Arrestanstalten.

Die Arrestanstalt Heppens im Wilhelmshavener Festungsbereich bietet Platz für tausend Mann, mit den im letzten Kriegsjahr angebauten Baracken sogar für zweitausend Mann. Aus den Landformationen, von den Vorpostenflottillen, Torpedobootdivisionen und den Schiffen der Flotte sitzen die zu kürzerem Arrest Verurteilten hier ihre Strafen ab. Von den Schiffen der schnellen Division waren es etwa vierzig Heizer und Matrosen.

Vierzehn Tagel
Einundzwanzig Tagel
Achtundzwanzig Tagel

Streng isoliert voneinander sind auf jedem Gang 50 Mann untergebracht. Drei Schritte lang und zwei breit ist jede Zelle. Die Eingesperrten wandern ruhelos auf und ab, immer auf und ab, stundenlang. Manchmal bleibt einer stehen und starrt die Wand an. Ein anderer horcht angestrengt, ob nicht von der Straße her irgendein Laut zu ihm hochdringt. Ein dritter putzt immer wieder seine Stiefel. Einem vierten ist ein anderer Zeitvertreib eingefallen: mit einem Nagel kratzt er Zeit und Dauer seiner Strafe und einen Fluch gegen den Militarismus in die Wand ein. Einem fünften ist es gelungen, durch Klopfzeichen eine Verbindung mit seinem Nachbar herzustellen.

Zuerst teilten sich die Zellennachbarn ihre Namen mit, dann die Namen ihrer Schiffe.

Der eine heißt Otto Papendieck, Matrose auf dem „Großen Kurfürst“, der andere heißt Rode, Kochsgast auf der „Boden“.

„Weshwegen hast du Knast?“
„Gehorsamsverweigerung!“
„Ich: Urlaubüberschreitung!“
„Wielange hast du noch?“
„Noch acht „Dicke!““
„Das ist 'n Klack, die reißt ich auf einem Arschbacken, ab. Dabei dreh ich mich nicht einmal rum!“ rührt sich der Kochsgast Rode.

So begannen sie sich ihre Geschichten mitzuteilen, die sie durch Tage und auch durch schlaflose Nachtstunden fortsetzten. Rode war Koch auf Handelschiffen. 1912 ist er in die Marine eingetreten. Er hat mit dem Auslandsgezwang eine Reise nach Ostasien gemacht und nachher kapituliert.

„Kapitulieren war doof von dir!“
„Ich habe auch schon genug!“
„Ist doch ganz klar!“
„Ob die Flotte noch in Wilhelmshaven liegt?“
„Geestern auf dem Klosett habe ich von einem gehört.“

Papendieck hört plötzlich mit dem Klopfen auf, auch Rode horcht nach draußen. Auf dem Gang bewegen sich Schritte. Nach einer Weile erkennen sie die Schritte des Wachtmeisters und des Wärters. Der Wärter zählt die Zellen ab: „Sechszwanzig — siebenundzwanzig — achtundzwanzig!“
„Hier ist Schlaf!“ unterbricht der Wachtmeister.

Es ist die Zelle des Kochsgasten Rode. Die Tür wird aufgeschlossen.
„Nimm dein Zeug und raus!“

Sein „Zeug“ besteht aus einem kleinen Holzkästchen, dem sogenannten Utensilienkasten, in dem Wäschesachen, Zahnbürste und Schuhputzzeug verstaut sind. Rode nimmt den Kasten unter den Arm und wird zusammen mit den andern Insassen aus den abgezählten achtundzwanzig Zellen auf den Hof hinuntergeführt.

Papendieck in Zelle 29 klopft gegen die Tür. Er will wissen, was los ist. Aber niemand kümmert sich um sein Klopfen. Nachdem er aufgehört hat und wie vorher auf den Gang

hinaus lauscht, hört er den Kalfaktor zu einem anderen Arrestanten sagen: „Du kommst Besuch. Es kommen jetzt sieben Mann in jede Zelle!“

Papendieck steht noch an seiner Zellentür. Er hat noch keine Erklärung für die veränderte Situation und für den plötzlichen Gefangenenzuwachs gefunden, da wird seine Aufmerksamkeit von neuem und noch ungewöhnlicher beansprucht.

Von der Straße dringt Lärm herauf. Johlen, Pfeifen, ein Durcheinander von Stimmen und einzelne Rufe. Dazwischen Kommandos: „Abteilung halt! In Gruppen rechts schwenkt, marsch! Stillgestanden!“

Das Gejohle schwillt immer mehr an. Die Kommandos gehen in dem Durcheinander unter.

Papendieck beachtet die Vorschrift nicht mehr. Er riskiert noch ein paar Tage Arrest, rückt seine Pritsche an die Fensterwand und zieht sich am Gitter hoch. Viel kann er nicht sehen, nur einen kleinen Ausschnitt, einen schmalen Streifen der Straße. Dort drängen sich Gesicht an Gesicht Heizer. Sie sind schwarz von der Arbeit und tragen noch ihre Holzpanzern. Einige haben Kohlrüben in der Hand. Er sieht einen von der Kohlrübe abbeißen und sie grinsend weiterreichen.

Wo kommen diese Heizer her?
Und was kann das bedeuten?

Einer hebt sein Gesicht und blickt die steile Gefängniswand hoch. Papendieck sieht ihn seine Mütze schwenken und hört ihn dabei rufen:

„Ahoi! Hier Thüringen!“

Papendieck vergißt jede Vorsicht. Er weiß nicht, wie er dazu kommt, und erschrickt im nächsten Moment auch schon über seine Kühnheit. Er sieht plötzlich die aufgepflanzten Bajonette der Seesoldaten, die den Haufen Heizer unten eskortieren. Aber er hat schon geantwortet:

„Ahoi! Hier Großer Kurfürst!“
Sein Brustbein wird noch größer.
Die Heizer unten wiederholen:
„Hier Thüringen!“
„Hier Heigoland!“
„Nieder der Scheißkrieg!“
„Hoch die 14 Punkte!“

„Es lebe Wilson!“

Hoch die Bolschewiki!“
Und die Soldaten des Seebataillons stehen dabei mit verstelltem Gesichtern der Leutnant, der die Abteilung Soldaten anführt, versetzt keine Miene und wartet geduldig, bis das Tor der Arrestanstalt aufgeht und den Haufen der verhafteten Heizer schluckt.

Papendieck braucht nicht lange zu warten. Seine Tür wird auch aufgeschlossen.

Er wird hinuntergeführt.

Der Hof ist angefüllt mit Arrestanten, die ihre Zellen räumen müßten, um den neu eingelieferten Platz zu machen. Eine Anzahl drängt sich vor die Baracke, in der ein Teil der Thüringerheizer untergebracht worden sind, und erkundigen sich durch die verschlossenen Türen hindurch nach den Ursachen der Massenverhaftungen. Und die Nachrichten, die sie aus der Baracke erhalten, sind aufregend und alarmierend und werden von Mund zu Mund weitergegeben.

„200 Mann von der Thüringen!“

„Und 200 von der Heigoland!“

„Die Ankerkette haben sie festgelascht!“
„In der Vorbatterie haben sie sich verbarrikadiert!“
„Sie haben sich Gewehre und Munition geholt, aber ein Torpedoboot sollte die „Thüringen“ in die Luft sprengen!“
„Und auf Friedrich der Große haben die Heizer die Feuer unter den Kesseln rausgerissen!“
„Die ganze Flotte ist in Aufruhr!“

Aus einem Fenster ruft ein Matrose heraus: „Hört mal her, — alle reinkommen, unsere Papiere werden fertiggemacht. Wir werden auf unsern Schiffe zurück entlassen. Den Arrest brauchen wir nicht mehr absitzen.“

Kameraden . . .

Aus den Gitterstäben des Barackenfensters reckt ein Heizer seinen Arm heraus. Nur der lange Arm ist zu sehen und ein Stück von dem Haarschopf. Und die Stimme des Heizers ist zu hören: „Kameraden, laßt uns nicht im Stich, vergißt uns nicht! Macht weiter, was wir angefangen haben!“

„Wir vergessen euch nicht!“

„Wir machen weiter!“

„Verlaßt euch drauf!“

Einer ist auf einen Sandhaufen hinaufgestiegen: (Fortsetzung folgt)

Toleriert SPD Stahlhelm-Parade?

Den Aufsichtsratsmitgliedern der Berliner Flughafengesellschaft ist ein Schreiben zu- gegangen, durch das sie ersucht werden, Zustimmung zu einer Veranstaltung des Stahlhelms am 3./4. September 1932 auf dem Berliner Flughafengelände zu erteilen. Besonders wird in dem Schreiben darauf auf- merksam gemacht, daß Reichspräsident von Hindenburg an der Parade teilnehmen werde.

Die Berliner Flughafengesellschaft ist eine städtische Einrichtung. Wenn sie den Flugplatz den faschistischen Horden zur Verfügung stellen will, so muß sie dafür die Zustimmung der sozialdemokratischen Mit-

Oeffentliche Versammlung

in den Musiker-Festsälen (Kaisers- Wilhelm-Straße)

Dienstag, den 6. September

Beginn 20 Uhr

Referenten: Zwilling — Seydewitz

glieder des Aufsichtsrates bekommen, die einen maßgebenden Einfluß ausüben. Von den kommunistischen Mitgliedern des Auf- sichtsrates ist gegen die Freigabe des Flug- hafens für den Stahlhelm sofort Einspruch erhoben worden.

Es dürfte für die Sozialdemokraten in der Flughafengesellschaft eigentlich keine Frage sein, wie sie sich zu dem Verlangen des Auf- sichtsratsvorsitzenden einzustellen haben. Soll sie der Hinweis auf die Teilnahme Hindenburgs gefügig machen? Man darf gespannt darauf sein, ob die SPD wegen wird, die Stahlhelm- parade in Tempelhof zu tolerieren. Zutrauen darf man ihr das schon.

Einheitsfront in Birkenwerder

Berlin, 28. August.

Der proletarische Selbstschutz in Birken- werder, der aus Genossen besteht, die aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden, weil sie sich für die Herstellung der Einheitsfront einsetzten, hat sich an die prole- tarischen Organisationen zwecks Schaf- fung eines Aktionskomitees im Kampf gegen den Faschismus gewandt. Von 16 eingeladenen Organisationen waren 12 erschienen, darunter:

SPD, Reichsbanner, Freidenker, ZDA, Rote Hilfe, RGO und SAP,

Die KPD hatte eine Beteiligung abgelehnt. Es wurde

ein vorbereitendes Aktionskomitee gewählt,

in welchem 8 Genossen aus den verschiedenen Organisationen vertreten sind. In einem Flugblatt, dem wir folgendes entnehmen, wendet sich das Aktionskomitee an die Birkenwerder Arbeiterschaft:

Der 31. Juli hat bewiesen, daß es den Nazis nicht gelungen ist, die parlamentarische Mehrheit zu erlangen, weil in wichtigen Industriezentren die Widerstandskraft und der Abwehrwille des klassenbewußten Proletariats erwacht und auch durch den Stimmtzettel zum Ausdruck gekommen ist. Aber die faschistische Gefahr ist damit nicht gebannt, sie bleibt bestehen, ja sie hat sogar eine Ver- schärfung erfahren.

Die Abwehr dieser Riesengefahr kann nicht durch eine einzige Partei oder durch eine in ihrem Dienst stehende Abwehrorgani- sation geleistet werden. Dazu ist der ent- schlossene Kampf der gesamten Arbeiterklasse erforderlich. Die großen Parteien müssen gezwungen werden, den in den breiten Massen vorhandenen Einheitswillen zu er- kennen und das zu tun, was die Stunde drin- gend erfordert:

Den Zusammenschluß aller Werke- tätigen zum Kampf gegen den Faschismus.

In bedauerlicher Verblendung lehnten die Oberbozener der Kommunistischen Partei in Birkenwerder ihre Beteiligung an der vor- bereitenden Sitzung ab, weil sie eine Einheits- front nur unter ihrer Führung anerkennen wollen. Sie beweisen damit nur, daß ihnen Parteiinteressen wichtiger sind als das Wohl der Arbeiterklasse.

Aber es ist keine Zeit zu verlieren, jede Stunde ist kostbar, rasches und entschlossenes Handeln ist das Gebot der Stunde.

Alle Proletarier müssen gemeinsam marschieren.

Dann wird der nächste Schlag die Arbeiter- klasse nicht mehr unvorbereitet treffen, nicht mehr gespalten, nicht mehr passiv. Dann wird ihre Kraft bei jeder Abwehraktion wachsen bis zum endgültigen Sieg über die Reaktion.

Es lebe die geeinte Klassenfront des Proletariats!

„Stürmisches Wachstum“ der KG.

Rotsport verliert in Berlin in zwei Jahren 14 Vereine

Berlin, 28. August.

Auf einem Sportler-Aussprache-Abend auf dem Wedding erklärte der KG-Vertreter E. Beetz:

Die KG habe in den reformistischen und bürgerlichen Sportverbänden 130 000 bei der KG organisierte Sportler.

Die KG habe im letzten Jahr allein 5000 Vereine und 60 000 Sportler neu gewonnen.

Wir nehmen nicht an, daß Beetzer lügt. Doch wo waren seine KG-Sportler in den Bundesorganisationen beim RAST, beim Kreisfest?

Wo hat man davon gehört, daß im ATSB Sportler auf Initiative der KG gegen Arbeits- dienstplicht, gegen den imperialistischen Krieg, gegen den Groener-Plan und gegen all die reaktionären Anschläge der Verwaltungs- bürokratie auf die Arbeitersportbewegung auf- getreten sind?

Beim RAST und beim Kreisfest in Lucken- walde marschierte ein Teil Berliner Bundes- sportler mit kommunistischen Losungen (Krieg dem imperialistischen Kriege, gegen Faschi- stenterror proletarische Einheitsfront), doch das waren keine Anhänger der KG.

Die KG will nach Beetzers im letzten Jahre 5000 Vereine und 60 000 Sportler neu ge- wonnen haben. Wenn man all den alten Ver- einen in der KG nicht ein einziges neues Mit- glied überläßt, so bleibt für die neuen Vereine eine Durchschnittszahl von 12 Mitgliedern. Der Sportler fragt: Was sind das für Sport- vereine?

In den letzten zwei Jahren gibt es neben dem „stürmischen Tempo“ des Wachstums der KG noch einen anderen Faktor, mit dem scheinbar die KG-Instanzen nichts anfangen können. Wir stellen fest: VFK-Proles, ASV-Neukölln, SV-Moewe, Proles-Nord, ASV-Wedding, PSP Fichte, Adler 08, Hansa 31, VFK Oberspree, Fichte 4, Teutonia 09, Volks- sport Weißensee, Alemannia 22 — im ganzen 14 Fälle von Spaltungen bzw. Ueber- tritten lebensfähiger KG-Vereine und Gruppen zum Bund und zu den Bürger- lichen!

Der letzte Fall, der des FC Alemannia 22, ist typisch für die Zerstörungsarbeit der KG- Bürokratie.

Die ganze Situation wäre nicht so schlimm, wenn aus den abgespaltenen Teilen opposition- nelle Positionen in den reformistischen Ver- bänden würden. Das Gegenteil ist meist der Fall. Entschiedene Befürworter des „Roten Sportverbandes“ (Seitz) werden zu billigen Werkzeugen der reformistischen Sportbüro- kratie.

Die Enttäuschung der aktiven Arbeiter- sportler führt zu den sonderbarsten Erschei- nungen.

„Ich hätte schon...“

Mehr Tempo bei der Partei- Arbeit!

Berlin, 28. August.

Einem Brief, den wir aus dem Kreis C. erhalten haben, entnehmen wir folgendes:

Werte Genossen!

In der Sozialistischen Arbeiter-Zeitung steht ein Artikel an die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiter-Partei: „Mit neuem Mut vorwärts!“, zu dem ich Euch meine Stellungnahme trotz Nichtmitgliedschaft übermitteln möchte.

Der ausgebliebene Wahlerfolg unserer Partei steht in seinen Grundzügen mit den

Nachrichten über die Erfolg. In der Ein- heitsfrontbewegung (SAZ) in Widerspruch. Dennoch habe ich im Vergleich mit Kom- munisten und Sozialdemokraten festgestellt, daß die SAZ die Linie einer sachlichen Kritik an den Arbeiterorganisationen ein- hält. In dieser Form weiter zu kämpfen, wird zu einem greifbaren Ziele führen. Diese Zeilen sollen vor allen Dingen Bezug auf folgenden Satz des obenwähnten Artikels nehmen:

„Wir werden unsere eigene Or- ganisationsarbeit überprüfen, in der Mitgliederversammlung dazu Stel- lung nehmen, um die organisatoris- chen Mängel zu überwinden und dadurch unsere Aktionskraft zu stärken.“

Am 9. 7. schrieb ich an den Verlag der SAZ wegen Angabe der Stelle, an die ich meine Mitgliedschaft zur SAP anmelden wollte. Ich erhielt am 14. 7. Antwort und wendete mich an den Hauptvorstand in B. Erhielt am 25. 7. Nachricht, daß der Gen. K. in C. sich mit mir in Verbindung setzen werde. Daß mir der Gen. K. nicht noch vor der Wahl geschrieben hat, ist zu verzeihen, doch daß ich bis heute noch keine Nachricht habe (7. 8.), steht gegen das Interesse der Bewegung. Es scheint mir notwendig, auf Grund des angeführten Satzes, die Partei zu bitten, ihre Instanzen zur schnellsten Erledigung aller Brief- wechsel zu ermahnen. Der erste Eindruck ist der Beste. Bei flotter Arbeit hätte ich schon einen Mitgliedsbeitrag ent- richtet haben können und durch mir zugestelltes Werbematerial schon in die proletarischen Massen eindringen können. Ein sozialdemokratischer Genosse, dem ich täglich meine SAZ überlasse, hätte sich diese vielleicht schon bestellt. Er ist mit seiner Partei- presse keinesfalls mehr zufrieden.

Diese Zuschrift eines Nichtmitgliedes zeigt uns mit aller Deutlichkeit die Schwäche unserer Organisation. Wir müssen schnell- stens diese Mängel überwinden, um unseren Aktionsradius verbreitern zu können. Viele Genossen gehen der Organisation verloren, weil sie nicht rechtzeitig erfaßt werden. Nicht jeder hat eine solche Ausdauer wie der Genosse M. M. aus dem Kreis C. Die Zuschrift ist ein Beweis, daß unser Ansehen in der Arbeiterschaft steigt, wir müssen nur mit Zähigkeit und Ausdauer arbeiten.



Bezirksverband Berlin-Brandenburg:

Achtung! Alle Gruppen müssen schnellstens die Sammelisten abrechnen.

Sonnabend, den 27. u. Sonntag, den 28. August: Wochenendkursus im Birkenwerder Ge- sellschaftshaus für die Ortsgruppen Berlin und Birkenwerder. Thema: „Grundsätzliches zu Ein- heitsfront und Faschismus“. Leiter: Irmgard Rasch. Treffpunkt für die Berliner 17.30 Uhr Sonnabend Stettiner Vorort-Bahnhof. Fahrts- kosten 1 Mk. Unkosten 20—30 Pfg. Für gutes Nachtquartier ist gesorgt. See in der Nähe. Für Nachzügler: Beginn des Kurses Sonntag, 9 Uhr, im Gesellschaftshaus. Anmeldungen im Sekretariat und bei den Bildungsobleuten.

Montag, den 29. August: B. L.-Sitzung 19.30 Uhr im Sekretariat, Magazinstr. 12a.

Mittwoch, den 31. August: Ortsgruppe Prenzlauer Berg Mitgliederversammlung 20 Uhr in den Milla-Festsälen, Schönhauser Allee 130. Ref.: Gen. Walcher über „Unsere Aufgaben in den Gewerkschaften“. — Ortsgruppe Steglitz: Mitgliederversammlung 20 Uhr.

Mittwoch, den 7. Sept.: Sportlersitzung in der Sozialistischen Arbeiterschule, Straußberger Platz, Ecke Weberstraße (vorn 2 Treppen). Beginn 20 Uhr.

Rose-Theater

Große Frankfurter Str. 132

Telefon: E7 Wabell 3422

Sonntag, 28. August

3, 6 u. 9 Uhr

Herzogene

Gartenbühne

5.30 Uhr

Koncert und Varietè

8.15 Uhr

Frühlingaleut

Montag, 29. August

8.30 Uhr

Herzogene

Gartenbühne

5.30 Uhr

Koncert und Varietè

8.15 Uhr

Frühlingaleut



Lebensfreude durch die Kunst

Volksbühne E. V.

Jedes Mitglied erhält jährlich

10-11 Vorstellungen im Th. am Bülowplatz | 1-2 Vorstellungen in der Staatsoper

Nachmittagsabteilungen mit 6 Vorstellungen im Th. am Bülowplatz (Sonntag nachm.) und 1 Oper Auf Wunsch stets auch 2 Vorstellungen im Schiller-Theater Charlottenburg

Vorstellungsbesuch auf allen Plätzen

1.50 Mark

Nachmittags-Vorstellungen 1.10 Mk. :: Opern-Vorstellungen 2.50 Mk.

Keine Vorauszahlungen. Auslosung der Plätze vor jeder Vorstellung

Zahlreiche Sonderveranstaltungen (Musik, Tanz, Kabarett)

Ohne Mitgliedschaft in der Volksbühne E. V. fern

Abonnements

für 10 Vorstellungen des Theaters am Bülowplatz. Feste Plätze nach eigener Wahl. Vorkauf: 5.-, 4.50 u. 4.- Mk. (Kasse: 3.-, 2.70 u. 2.40 Mk.); Parkett: 3.50, 2.70, 2.- u. 1.80 Mk. (Kasse: 3.-, 2.70 u. 2.50 Mk.); 1. Ring: 4.-, 3.50, 2.70 u. 2.- Mk. (Kasse: 6.-, 5.-, 4.- u. 3.- Mk.); 2. Ring: 1.80 Mk. (Kasse: 2.50 Mk.); Vorauszahlung der beiden letzten Vorstellungen. Bei sofortiger Bezahlung, sämtlicher 10 Vorstellungen 5% Rabatt.

Aus dem Spielplan:

THEATER AM BÜLOWPLATZ

Gogol: Der Revisor / Hauptmann: Die Ratten / Pagnol: Fanny / Hay: Das neue Paradies / Zuckmayer: Schinderhannes / Raimund: Alpen- könig und Menschenfeind / Shakespeare: Maß für Maß / Castonier: Die Sardinienfischer / Joachimson u. Schiffer (Musik von Spoitansky): Das Haus darzwischen / Ebermayer und Mann: Prof. Uurat. — Kunstl. Leitung: Heinz Hilpert
In Hauptrollen: Hans Albers / Curt Bois / Eugen Klöpfer / Otto Wernicke / Jacob Tiedtke / Ernst Karchow / Erhard Siedel / J. Almas / Paul Verhoeven / Artur Mainzer / Ernst Gronau / Käte Dorsch / Camilla Spira / Brig. Horney / Käte Haack / Maria Fein / Lotte Stein / Genia Kurz usw.

STAATSOPER

Wagner: Der fliegende Holländer / Mozart: Così fan tutte / Verdi: Rigoletto / Der Maskenball / Fallstaff / Die Sizilianische Vesper / Schillings: Mona Lisa / Mascagni: Cavalleria rusticana / Leoncavallo: Bajazzi / Joh. Strauß: Eine Nacht in Venedig / Wiener Blut usw.

SCHILLER-THEATER

Hauptmann: Die versunkene Glocke / Wellen- kamp: Theres geht vorüber: / Wallace und Roth: Platz oder Sieg / Stolz: Wenn die kleinen Veilchen blühen / Shakespeare: Der Widerspenstigen Zähmung / Corrin'h: Hallo! nur Mut / Ein Berliner Volksstück mit Musik u. z. m.

Prospekte und Anmeldungen

in 200 Zahlreihen, u. a. bei sämtlichen Theaterkassen der Firma Tietz, im K. d. W., in der Volksbühnen-Buchhandlung Köpenicker Straße 68, sowie in der Hauptgeschäftsstelle, C 25, Linienstr. 227 (Th. a. Bülowplatz), D 1, Norden 2944. Abonnementsbestellungen ausschließlich im Abonnementsbüro, C 25, Linienstraße 227, D 1, Norden 2944

Stettin

Feinbäckerei u. Konditorei

Gustav Tillaack

Stettin, Grenzstr. 19

Tägl. frische Backwaren jed. Art

Berücksichtigt

unsere

Interessen!

Jeder Genosse, jede Genossin! Wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

Warum die ILP aus der Arbeiterpartei austrat

Von A. Fenner Brockway.

Der außerordentliche Parteitag der ILP hat den Austritt aus der Arbeiterpartei beschlossen. Dieser Beschluss wurde nicht leichten Herzens gefasst. Die ILP ist im Jahre 1893 mit dem Ziel gegründet worden, eine unabhängige politische Partei der Arbeiterklasse zu schaffen, und die Arbeiterpartei war im wesentlichen unser Werk. Wir sind ihr seit ihrer Gründung im Jahre 1900 angeschlossen gewesen.

Der Sozialismus erfordert die Trennung

Unser Entschluss, aus der Arbeiterpartei auszuscheiden, erwuchs aus der Ueberzeugung, daß der Dienst an der Arbeiterklasse und am Sozialismus es gebietet hat. Wir sind zu dem Schluss gekommen, daß Führung, Politik und Organisation der Arbeiterpartei den Erfordernissen der Arbeiterklasse nicht entsprechen und daß die notwendige Freiheit, um sie zu einem wirksamen sozialistischen Instrument der Gegenwart zu machen, den Sozialisten innerhalb der Partei verweigert wird. Das ist kein überflüssig gezogener Schluss; er gründet sich auf die Erfahrung und sorgfältigste Beobachtung von drei Jahren.

Aber so unbefriedigend die Führung und Politik der Arbeiterpartei auch ist — das Verhalten von Sozialisten in ihr würde gerechtfertigt sein, wenn die Organisation die berechtigten Hoffnungen zerbürste, sie zu ändern. Diese Hoffnung ist endgültig zerstört.

Die Arbeiterpartei setzt sich nicht aus Einzelmitgliedern zusammen, die das demokratische Recht der Beeinflussung und Aenderung ihrer Politik haben. Obwohl vor vierzehn Jahren ihre Reihen der Einzelmitgliederschaft geöffnet wurden, haben die Einzelmitglieder in der Praxis keinerlei Rechte innerhalb der Organisation.

Sie dürfen für die Partei arbeiten, aber sie haben keinen Einfluß auf ihre Politik. Sie sind Zimmerleute und Wasserträger für eine Maschine.

Die Arbeiterpartei ist im wesentlichen noch immer ein Verband von Organisationen und die En-bloc-Abstimmung dieser Organisationen majorisiert immer die Vertretung der Einzelmitglieder.

Eine auf diese Basis gegründete Partei kann nur befriedigend funktionieren, wenn innerhalb der angeschlossenen Organisationen eine Einmütigkeit des Willens herrscht, und wenn ihnen die vernunftgemäße Freiheit zusteht, durch ihre eigenen Auffassungen und die Aufrechterhaltung ihres Eigenlebens innerhalb der Gesamtheit zu wirken. Wenn der Augenblick kommt, in dem diese Einmütigkeit der Auffassungen aufhört zu bestehen und die notwendige Freiheit verweigert wird, in dem die Aufrechterhaltung der geschlossenen Organisation auf Kosten ihrer Lebenskraft geht, dann besteht nur noch die Alternative: sich trennen oder sterben.

Von Anfang an war das, was die ILP der Arbeiterpartei zu geben hatte: der Sozialismus u. s. Sozialismus ist der Lebenskern der ILP. Sie war immer bereit, innerhalb der Arbeiterpartei zu bleiben, wenn sie die Freiheit hatte, ihrem Sozialismus Ausdruck zu verleihen. In den letzten drei Jahren ist ihr dieses Recht streitig gemacht worden.

Vor dem Kriege hat die ILP innerhalb der Arbeiterpartei aktiv gearbeitet, obwohl die Arbeiterpartei nicht einmal dem Namen nach sozialistisch war. Draußen im Lande und innerhalb des Parlaments kämpfte die ILP für eine sozialistische Politik, und dieses Recht ist ihr niemals verweigert worden. Oftmals hat die Parlamentsfraktion der ILP gegen die Mehrheit der Arbeiterpartei gestimmt.

Die Kriegszeit

Während des Krieges verfolgten die ILP und die Arbeiterpartei eine entgegengesetzte Politik. Die Arbeiterpartei unterstützte die Kriegspolitik und trat in die nationale Koalitionsregierung ein. Die ILP bekämpfte den Krieg; 6000 ihrer Mitglieder wurden von der Regierung, in der die Arbeiterpartei vertreten war, in die Gefängnisse gesteckt. Trotzdem blieb die ILP innerhalb der Arbeiterpartei, weil niemals der Versuch gemacht wurde, ihr Recht, gemäß ihrer internationalen sozialistischen Ueberzeugung zu arbeiten und zu handeln, zu bestreiten.

Wäre in dieser Zeit je der Versuch gemacht worden, die ILP daran zu hindern, ihrer sozialistischen Ueberzeugung treu zu bleiben, sie hätte keinen Augenblick gezögert, lieber mit der Arbeiterpartei als mit dem Sozialismus zu brechen.

Nach dem Kriege wurde die Arbeiterpartei sozialistisch in ihrem Statut — aber nur in ihrem Statut. R. H. Tawney, einer der führenden Köpfe der Arbeiterpartei, drückte es kürzlich so aus:

„Im Jahre 1918 erklärte die Arbeiterpartei sich endlich für eine sozialistische Partei. Sie nahm an und nimmt noch heute an, daß sie es durch diese Erklärung auch würde. Das war der große Irrtum. Sie drückte einen Wunsch aus, das war alles; der Wunsch ist nicht in Erfüllung gegangen.“

Der dauernde Mangel an Sozialismus innerhalb der Arbeiterpartei hat die ILP gezwungen, bei vielen Gelegenheiten eine klare eigene Politik zu verfolgen.

Im Jahre 1924 hatten wir die erste Arbeiterregierung. Sie war nicht sozialistisch und in vielen Fällen hielt die ILP es für notwendig, gegen sie zu stimmen. Aber wir betrachteten diese Regierung als ein Experiment,

und da uns die Möglichkeit blieb, unsere sozialistische Ueberzeugung auszusprechen und ihr entsprechend zu handeln, blieben wir in der Partei.

Die Wandlung

Dann wurde ein Schritt unternommen, der die Beziehungen zwischen der Arbeiterpartei und der ILP von Grund auf änderte. Die Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei nahm eine Geschäftsordnung an, die es den ILP-Abgeordneten verbot, anders zu stimmen als die Mehrheit der Arbeiterpartei. Damit war der ILP ihr Eigenleben genommen; sie mußte sich selbst aufgeben, sobald sie mit der unsozialistischen Politik der Arbeiterpartei in Konflikt geriet.

Die ILP ist darauf niemals eingegangen. Als die zweite Arbeiterregierung sich als nicht besser, sogar als schlechter erwies als die erste, als die Arbeiterpartei wieder eine unsozialistische, ja sogar antisozialistische Politik trieb, mußte die ILP vom Standpunkt ihrer sozialistischen Ueberzeugung aus unvermeidlich mit dieser Geschäftsordnung in Konflikt geraten.

Wir rebellierten gegen die Geschäftsordnung, weil sie die ILP hinderte, gegen Gesetze zu stimmen, die den Interessen der Arbeiterklasse widersprachen und einen Verrat am Sozialismus bedeuteten.

Eine sozialistische Regierung, wie die ILP sie forderte, hätte vor allen Dingen einen sichtbaren Gegensatz zu kapitalistischen Regierungen herausstellen müssen. Die Arbeiterregierung aber legte nur Wert darauf, am Ruder zu bleiben und war nichts anderes als eine Wiederholung und Nachahmung der kapitalistischen Ungerechtigkeiten.

Eine sozialistische Regierung, wie die ILP sie forderte, würde, obwohl sie sich in der Minderheit befand, die sozialistische Lösung der Gegenwartsprobleme aufgezeigt und die kapitalistischen Parteien gezwungen haben, ihnen innerhalb des Parlaments und draußen im Lande Widerstand zu leisten. Die Arbeiterregierung nahm das Ultimatum der Kapitalisten im Parlament an, daß sie nur so lange

im Amt bleiben dürfe, wie sie kapitalistisch regierte.

Eine sozialistische Regierung, wie die ILP sie forderte, würde den privatkapitalistischen Interessen der Banken schärfsten Kampf angezettelt und darauf bestanden haben, daß die Lebensinteressen der Arbeiterklasse ihren vorrangigsten würden. Die Arbeiterregierung unterwarf sich in schändlicher Weise dem Diktat der Banken und wurde zu einem Instrument ihrer Interessen auf Kosten der Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterklasse.

Eine sozialistische Regierung, wie die ILP sie forderte, würde in der Verwaltung eine Mehrheit aus Sachverständigen aus der Arbeiterklasse und der sozialistischen Bewegung geschaffen haben. Die Arbeiterregierung hat dauernd die Feinde der Arbeiterklasse und der sozialistischen Bewegung an die entscheidenden Posten gestellt.

Eine sozialistische Regierung, wie die ILP sie forderte, hätte in der Welt eine wirkliche Führerrolle in der Abrüstungsfrage gespielt. Die Arbeiterregierung hat trotz geringer Verminderung der Rüstungsausgaben die vernichtende Macht der Rüstungen verstärkt und die müßigen Rivalitäten des Kapitalismus aufrechterhalten.

Die Arbeiterpartei und die Indische Frage

Eine sozialistische Regierung, wie die ILP sie forderte, würde den unterdrückten Völkern das Recht auf Selbstherrschafft und Unabhängigkeit zugestanden und die Freiheitsbewegung ihrer Arbeiter und Bauern gefördert haben. Die Arbeiterregierung ließ 60.000 Inder, die Unabhängigkeit forderten, in die Gefängnisse werfen und übte während der ganzen Zeit ihrer Regierung den schändlichsten Verrat an den Arbeiterführern in Meerut.

Eine sozialistische Regierung, wie die ILP sie forderte, würde den Lebensstandard der Arbeiter gehoben haben, indem sie ihnen das arbeitslose Einkommen, das die besitzende Klasse aus ihnen zog, zurückerstattet hätte.

Kommt ein Wirtschafts-Aufschwung?

Bericht des Konjunkturforschungs-Instituts

Der neueste Bericht des Konjunkturforschungs-Instituts über den Verlauf der Wirtschaft und den Beschäftigungsgrad der einzelnen Industriezweige stellt einen allgemeinen Konjunkturstillstand fest. Im einzelnen wird mitgeteilt:

„Die Ernteerträge werden als „überdurchschnittlich“ bezeichnet. An eine Getreidepreisaufbesserung als Folge „umfassender staatlicher Stützungsmaßnahmen“ glaubt das Konjunkturforschungs-Institut nicht. Hinsichtlich der niedrig liegenden Viehpreise wird eine teilweise Liquidation der seit 1924 wieder aufgebauten Viehbestände befürchtet.“

In der industriellen Wirtschaft war während des zweiten Vierteljahrs die Produktionsleistung saisonmäßig leicht belebt, dagegen die Verbrauchsgüterindustrie, Folge des weiteren Lohnabbaus, weiter abwärts gerichtet.“

Im Steinkohlenbergbau haben Gewinn und Belegschaft abgenommen; im Braunkohlenbergbau sind dagegen Rohkohlenförderung, Briquetterstellung und die Beschäftigtenzahl saisonmäßig gestiegen. Die Eisenindustrie war während des zweiten Vierteljahrs 1932 besonders durch die Russenaufträge merklich gestützt. Nach Aufarbeitung dieser Aufträge gehen Produktion und Beschäftigung wieder zurück. Dagegen ist die Produktion der Nichteisenmetallindustrie nicht mehr zurückgegangen.“

In der Maschinenindustrie hatten sich die Inlandsaufträge seit Beginn des laufenden Jahres auf gleicher Höhe; dagegen sind die Auslandsaufträge — Russenaufträge — gegenüber dem ersten Vierteljahr 1932 gestiegen. In der elektrotechnischen Industrie ist die Beschäftigung im großen und ganzen weiter gesunken. Die Eisen- und Stahlwarenindustrie kann eine saisonmäßige Belebung des Inlandsmarktes verzeichnen. Allerdings muß sie im Export Einbußen in Kauf nehmen. Der Autoabsatz war gering. Die Konkurrenz durch das gebrauchte Fahrzeug ist weiter gewachsen.“

Schlechte Exportergebnisse liegen auch für die Papierindustrie vor, während der Inlandsabsatz der papiererzeugenden Industrie ansehnlich ist. Der Baumarkt erhielt eine kleine Stütze durch die Siedlungsbaulätigkeit und den Umbau von Großwohnungen. Eine verschärfte Anpassung an den verringerten Absatz scheint sich in der Glas-, der feinkeramischen, der Porzellan- und der Lederwaren- und Schuhindustrie zu vollziehen. Die Funkindustrie leidet unter gedrosseltem Export.“

Für den Holzmarkt wird festgestellt, daß sich teilweise der Preisrückgang ver-

langsamt hat. In der holzverarbeitenden Industrie verhält die Geschäftstätigkeit aber immer noch auf einem tiefen Stand.“

Im Einzelhandel ist eine Verlangsamung des Preisrückganges festzustellen, die vorerst aber nur auf die Qualität der Waren drückt. Umsatzfähigkeit und Beschäftigung des Handwerks haben abge-

Tarifbewegung bei der Krafttag

Am Sonntag, den 21. August fand in den Sophiensälen in Berlin eine Konzernversammlung der Kraftdroschkenfahrer der „Krafttag“, statt, die sich mit den Tarifverträgen im Berliner Droschkengewerbe und speziell mit dem bei der „Krafttag“ eingeführten Haustarif zu befassen hatte. Da die Tarife am 30. September ablaufen, stand die Frage, ob sie gekündigt werden sollten, zur Diskussion. Einstimmig waren die Funktionäre der Meinung, daß dies notwendig sei, denn nach dem jetzigen Tarif bleiben den Kraftfahrern zwar 50 Prozent der Gesamteinnahmen abzüglich des Benzolverbrauchs und der Soziallasten, bei einem Garantielohn von 4,75 Mk. pro Schicht; aber hier wirkte sich erstens die schlechte Wirtschaftsfrage nachträglich aus, und zweitens wird der Lohn nur vierstündig verrechnet, was angesichts der Krise auch im Kraftfahrergewerbe bedeutet, daß die Kollegen bei fast 12 stündiger Arbeitszeit oft nicht einmal auf den Garantielohn pro Schicht kommen konnten. Andererseits wurden viele Kollegen mit dem Argument, daß sie ja nicht einmal den Garantielohn verdienen, einfach von den Unternehmern auf die Straße gesetzt; zum Teil war es dann dem Betriebsrat im allgemeinen und dem Obmann Kollegen Hesse im besonderen allerdings gelungen, die Kollegen auf dem Verhandlungswege wieder unterzubringen.“

Für die neuen Verhandlungen, mit denen der Gesamtverband gegen 4 Stimmen, beauftragt wurde, beschloß die Versammlung, die Forderung eines Festlohnes von 2,50 Mk., dazu 25 Prozent der Brutto-Einnahmen sowie 4,50 Mk. Garantielohn bei täglicher Verrechnung. Für den Fall, daß die Verhandlungen scheitern, soll eine paritätische Verhandlungskommission eingesetzt werden zwecks Abschluß eines Sondertarifs mit der „Krafttag“. Es ist sehr leicht möglich, daß es zu ersten Kämpfen kommt, da im Droschkengewerbe Tarife noch nicht lange bestehen

Die Arbeiterregierung senkte den Lebensstandard der Arbeiterklasse, um das erbeutete Einkommen der besitzenden Klasse aufrechtzuerhalten.

Eine sozialistische Regierung, wie die ILP sie forderte, würde eine Sondersteuer für die arbeitslosen Besitzenden eingeführt haben. Die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterregierung bewilligten eine Sonderbelastung für die arbeitslosen Besitzenden, und es war die Arbeiterregierung, die die May-Kommission einsetzte, die jetzt diese Maßnahmen mit unmenschlicher Gräueltat durchführt.

Eine sozialistische Regierung, wie die ILP sie forderte, würde die Ungerechtigkeiten der Arbeitslosenversicherung, unter denen die Arbeitslosen zu leiden haben, beseitigt haben. Die Arbeiterregierung beseitigte nur diejenigen Einrichtungen, von denen die Arbeitslosen Vorteile haben, und schuf dadurch zahllose neue Ungerechtigkeiten mit dem Ergebnis, daß 200.000 Arbeitslose aus der Versicherung ausgefallen sind.

Bei einem derartigen Gegensatz zwischen sozialistischer und kapitalistischer Politik wurde es unvermeidlich, daß die ILP mit der Arbeiterpartei in Konflikt geriet. Man hat uns viel von Loyalität erzählt. Nicht die ILP hat die Loyalität verletzt, sondern die Arbeiterregierung.

Durch ihre kapitalistische Politik hat die Arbeiterregierung die Loyalität gegenüber der Arbeiterklasse, gegenüber dem Parteilager des Sozialismus verletzt. Die parlamentarischen Vertreter der ILP hingegen zogen es vor, loyal zu sein gegenüber der Arbeiterklasse und dem Sozialismus, anstatt sich widerstandslos der reaktionären Diktatur der Arbeiterregierung und der Disziplin der Geschäftsordnung zu unterwerfen.

Jetzt wird uns gesagt, die arbeiterfeindliche, kapitalistische und imperialistische Politik der Arbeiterregierung sei die Schuld von Mac Donald und Philip Snowden und seit ihrem Ausscheiden aus der Partei sei die Situation nun völlig verändert. Wenn es wahr ist, daß diese Politik die Folge der Vorherrschaft von Mac Donald und Snowden in der Partei war, kann es dann ein schärferes Urteil über die Schwäche ihrer Kollegen in der Regierung und der Mehrheit der Abgeordneten der Arbeiterpartei geben? Wenn sie jetzt Mac Donald und Snowden zum Sündenbock machen, dann sprechen sie sich selbst ihr Urteil als gefügige Schachfiguren, die zweieinhalb Jahre lang nicht den Mut fanden, sich gegen die Männer aufzulehnen, die sie jetzt in die Wüste schicken.

(Zwei weitere Artikel folgen.)

nommen. Die Saisonbelebung war geringer als im Vorjahr.

Inlands- und Auslandsabsatz der Textilindustrie verschlechterten sich. Allerdings hat die Preisbefestigung auf wichtigen Rohstoffmärkten den Druck auf die Lagerhaltung verringert. Produktion und Beschäftigung dürften gegenwärtig den laufenden Konsum nicht decken. Aus diesem Grunde glaubt das Konjunkturforschungs-Institut an eine „vorübergehende Belebung“.

Auf Grund dieses Berichtes ist es jedenfalls sehr gewagt, von einer baldigen Belebung der Wirtschaft zu sprechen. Allerdings scheint es so, daß der Tiefpunkt der Krise erreicht, vielleicht überschritten und eine Belebung nicht ausgeschlossen ist.

und die Unternehmer in dieser Hinsicht wenig entgegenkommend sind. Daher bedarf es einer intensiven Werbetätigkeit unter den Kraftfahrern zwecks Kampfesmobilisierung gewerkschaftlicher Organisation.“

Die Versammlung zeigte bei den Arbeitern der verschiedenen Parteirichtungen — abgesehen von einigen Nationalsozialisten — einen starken Willen, über die Parteidifferenzen hinweg zu größtmöglicher Geschlossenheit zu kommen. Das ist umso mehr hervorzuheben, als es vor einiger Zeit der Führung der RGO noch gelungen war, die sich anbahnende Einheitlichkeit wieder zu zerschlagen. Unser Genosse R. W. Schulz brachte zum Ausdruck, daß die Kollegen der RGO doch wohl selbst einsehen, daß der RGO-Kurs liquidiert werden muß, und daß die Arbeiterschaft geschlossen von den freien Gewerkschaften aus dem Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus führen muß. Genosse Göpfert brachte folgende, unter stürmischer Entrüstung gegen eine Nazi-Stimme angenommene Resolution ein:

„Die Versammlung erhebt schärfsten Protest gegen die beantragten und schon gefällten schweren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen gegen links gerichtete Arbeiter im politischen Kampf und erwartet von den gesamten linken Abgeordneten in den Parlamenten Stellung dagegen zu nehmen.“

Nur der Disziplin der Versammlung war es zu verdanken, daß es nur bei einem sanften Schubs der vier sich in der Versammlung bemerkbar machenden Nazi-„Genossen“ blieb.

Ueber die weiteren Verhandlungen werden wir berichten. Einem Wunsch entsprechend erwarten wir von allen Klassenbewußten Arbeitern und den Partei- und Gewerkschaftsangehörigen, daß sie bei Benutzung eines Autos nach Möglichkeit organisierte Fahrer aussuchen, und daß sie sich nicht ausgerechnet von solchen, die Feinde der Arbeiterbewegung sind, befördern lassen.“

XX. Verbandstag der Metallarbeiter

(Von unserem Sonderberichterstatler)

Schlussitzung.

Der letzte Verhandlungstag war ausgefüllt von den Beratungen über die Änderungen des Statuts.

Mit wenigen Ausnahmen fielen alle Anträge dem Schnellverfahren des amtierenden Böros zum Opfer. Aus Raumgründen wollen wir nur die Reihe der wichtigsten Anträge hervorheben.

Ein bayrischer Delegierter begründete einen Antrag, der neben der Rüge, dem Ausschluss aus Versammlungen und dem Ausschluss aus dem Verband eine Reihe anderer sog. Strafbestimmungen vorsah, damit die Möglichkeit bestehe, Verbandsmitglieder nicht generell wegen jeder verbandsschädigenden Haltung sofort aus der Organisation ausschließen zu können. Brandes hielt dem entgegen, daß in solchen Fällen, bei denen man mit moralischen Strafen nicht mehr auskommt, keine andere Möglichkeit bliebe, als den betreffenden Kollegen auszuschließen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Bauklemperer Chemnitz hatten einen Antrag eingereicht, nach dem Mitglieder als selbständige Gewerbetreibende und gleichzeitige Mitglieder einer Arbeitgeber-Organisation aus dem Verbande ausscheiden müssen. Der Antrag wurde mit dem Hinweis, daß die Mitgliedschaft in den Zwangsorganisationen sehr oft im Interesse der Arbeiterschaft liege, abgelehnt.

Eine größere Debatte wurde dann durch den Antrag der Hamburger Ortsverwaltung ausgelöst, der die Aenderung des § 33 Abs. 2 vorsieht und statt der alljährlichen Wiederwahl der Ortsverwaltung diese Wahl auf die Dauer von zwei Jahren ausgedehnt wissen will. Die Hamburger Ortsverwaltung hatte desgleichen einen Antrag gestellt, die Amtsdauer der Vertreterversammlung auf zwei Jahre festzusetzen. Bei der Beratung dieser Anträge, die auch von der Statutenberatungs-Kommission mitunterstützt wurden, erhielt der Vorstand seine erste Niederlage. Mit wenigen Ausnahmen traten alle Diskussionsredner für die Beibehaltung der alten Fassung im Statut ein.

Hausen (KPO) setzte sich in wirkungsvoller Weise für die Ablehnung des Hamburger Antrages ein, ebenso Berthold, Chemnitz. In namentlicher Abstimmung wurde dann mit 214 gegen 63 Stimmen der Antrag abgelehnt. Bezeichnend ist, daß diese 63 Stimmen größtenteils sich aus den delegierten Angestellten des Verbandes rekrutierten.

Eine Anzahl Anträge, die sich mit den Maßregelungen von Verbandsangestellten und dem Einsetzen kommissarischer Ortsverwaltungen beschäftigten, wurden nach kurzer Debatte ebenfalls abgelehnt, darunter auch ein Antrag München-Gladbach, der verlangt, daß nach der Maßregelung eines Angestellten durch den Vorstand innerhalb sechs Monaten durch die Delegierten der örtlichen Generalversammlung eine Neuwahl zu erfolgen habe.

Alle Anträge zur Erwerbslosenfrage, die eine größere Berücksichtigung der Erwerbslosen und ihrer Vertretung in den Körperschaften des Verbandes fordern, verfielen ebenfalls der Ablehnung. Die Auseinandersetzung ging in der Hauptsache um einen Antrag der Ortsverwaltungen Velbert, Zwickau, Hermannsdorfer, Landgraf und Nürnberg, der verlangt, daß den Erwerbslosen in allen Verwaltungsstellen, in denen mehr als 20 Prozent der Mitglieder

erwerbslos sind, diesen eine besondere Vertretung in der Vertreterversammlung, sowie in der Ortsverwaltung eingeräumt wird. Mit dem indischen Einwand, daß vielerorts die Vertretung der Erwerbslosen in den Verbandskörperschaften bereits zu groß sei und sich auf die Gestaltung des Verbandes ungünstig auswirke, stimmte die Mehrheit des Verbandstages gegen die Anträge. Ein weiterer Antrag, der die

generelle Festlegung der Urwahl der Verbandsdelegierten

vorsah, wurde ebenfalls abgelehnt. Es bleibt also wie bisher bei dem Beschluß des Vorstandes und des Beirates, daß die Wahl der Verbandsdelegierten nicht nur durch Urwahl, sondern auch durch die Vertreterversammlung erfolgen kann. Von besonderem Interesse bei der Abstimmung über diesen Antrag ist die Tatsache, daß auch die Leipziger Delegation mit der Opposition für die Annahme des Antrages stimmte. Von der Breslauer Delegation stimmte leider nur der Genosse Bienen für diesen Antrag.

Eine weitere Einschränkung des demokratischen Mitbestimmungsrechts der Mitglieder soll in Zukunft dadurch eintreten, daß nicht mehr wie bisher Einzelmitglieder das Recht haben, Anträge sofort an den Verbandstag zu stellen. In Zukunft sollen diese Anträge nur dann vor das Forum des Verbandstages kommen, wenn sie die Zustimmung einer Ortsverwaltung oder einer Vertreterversammlung gefunden haben. Gegen diesen Antrag machte sich eine starke Opposition bemerkbar, die besonders von dem Dresdener Leipziger und dem bayrischen Bezirk getragen wurde. Da das Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit äußerst fraglich war, hielt es Reichel vom Hauptvorstand für notwendig, sich persönlich für die Annahme einzusetzen, so daß er schließlich gegen 39 Stimmen angenommen wurde. Es muß leider gesagt werden, daß auch hier unsere Breslauer Delegation versagte und nur der Genosse Bienen mit den linken sozialdemokratischen Kollegen und denen der KPO gegen diesen Antrag stimmte.

Nach Erledigung der Anträge zum Statut wurde dann der

Bericht der Rechnungskommission

entgegengenommen, der sich in erster Linie mit der Neuregelung der Gehaltsbezüge der Verbandsangestellten beschäftigte. Seit dem letzten Verbandstag waren die Gehälter zunächst am 1. April 1931 um 8 Prozent und am 1. Januar 1932 um 7 Prozent gekürzt worden; in einer besonderen Vorlage wünschte der Vorstand einen Gehaltsabzug von 25 Prozent, einschließlich der bereits in Abzug gebrachten 15 Prozent. Die Rechnungskommission hielt es für angebracht, entgegen der Vorlage des Vorstandes dem Verbandstag einen Vorschlag zu unterbreiten, nach dem ein 20prozentiger Gehaltsabzug erfolgen solle. Es war ein widerliches Schauspiel, wie bei dieser Frage alle auftretenden Betriebsarbeiter von der Notlage der Arbeiterschaft ausgehend, sich für einen 25- bzw. 30prozentigen Abbau einsetzte, während Brandes und andere Verbandsangestellte von der ungeheuren Nervenarbeit, der aufopfernden Tätigkeit, die nur im Vergleich zu den Schwerarbeitern im Kriege gestellt werden könne, sich für einen 20prozentigen Gehaltsabbau erklärte, und damit auch gegen die vom Hauptvorstand selbst vorgelegte Vorlage eintrat. Bei der Entscheidung dieser Frage, die in namentlicher Abstimmung herbeigeführt

wurde, erhielt der Hauptvorstand seine zweite Niederlage.

Mit 153 gegen 115 Stimmen wurde der Antrag der Rechnungskommission abgelehnt.

Die Kommission unterbreitete daraufhin dem Verbandstag einen neuen Antrag, nach dem in Zukunft folgende Gehälter gelten sollen: Gehaltsgruppe I Anfang 220, nach 5 bis 8 Jahren Höchstgehalt 285, II 255-338, III 295-394, IV 315-420, V 490 und VI 525 RM. pro Monat. In der ersten Gehaltsgruppe tritt die Steigerung nach 5 Jahren ein, in der fünften und sechsten keine Steigerung. Dieser Antrag, der einem 25prozentigen Gehaltsabzug gleichkommt, wurde vom Verbandstag angenommen.

Die Wahl des Vorstandes konnte ohne jede Reibung durchgeführt werden. Es wurden gewählt: Brandes und Reichel als Vorsitzende, Schäfer und Schott als Kassierer, Handke, Metz, Schillestedt, Tost als Sekretäre. Abgegeben wurden bei der Vorstandswahl 280 Stimmen, 6 Stimmen der Opposition waren ungtig.

Die Bestimmung des nächsten Tagungsortes für den 21. Verbandstag wurde dem Vorstand überlassen. Gegen Schluß des Verbandstages hielt dann im Auftrage der ausländischen Delegierten Viktor Stein, Wien, eine rhetorisch wirkungsvolle aber dennoch nichtssagende Rede. Reichel schloß den Verbandstag mit dem Rufe der Eisernen Front, die Delegierten stimmten die Internationale an.

Entgegen der bisherigen Auffassung der „SAZ“ stellte es sich auf dem Verbandstag heraus, daß die KPD doch zwei Delegierte hatte. Diese zwei linientreuen Kommunisten, Hans Hamm, Torgelow, und Paul Edelmann, Greulich/Gremsdorf, spielten aber eine äußerst klägliche Rolle. In den wenigsten Fällen stimmten sie für die Anträge der Opposition. Bei der Vorstandswahl ist es sogar als erwiesen anzusehen, daß sie ihre Stimme für die Wiederwahl abgaben. Sie hielten es nicht für notwendig, ein einziges Mal aufzutreten, um ihre kommunistischen Auffassungen zu den verschiedenen Streitfragen vorzutragen. Diese Art von „Oppositionellen“ kann den reformistischen Bürokraten nur genehm sein.

Staatliche Steuerkommissare

Berlin, 26. August.

CNB. Das preussische Finanzministerium hat in der letzten Zeit mehrfach Veranlassung genommen, auf die Notwendigkeit pünktlicher Ablieferung der von den Gemeinden eingezogenen Staatssteuern an die Staatskasse hinzuweisen. Trotzdem ist festzustellen, daß nicht nur die Höhe der der Staatskasse vorenthaltenen Beträge, sondern auch die Zahl der säumigen Gemeinden von Monat zu Monat gestiegen ist. Zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Staatskasse und als Treuhänder der dem Staate anvertrauten Gelder der Gesamtheit der Gemeinden hat sich daher die Staatsregierung veranlaßt gesehen, im § 9 der Verordnung über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1932 vom 14. Juli 1932 dem Finanzminister das Recht zu geben, zur Sicherung der Ablieferung der von den Gemeinden eingehobenen Staatssteuern in den säumigen Gemeinden einen Staatsbeamten zu bestellen.

Merkwürdige Gehaltskürzungs-Methoden

Wuppertal, 26. August.

Bisher zählte die Stadt Wuppertal die Gehälter in drei Raten und zwar am 1., 10. und 20. eines jeden Monats. Um eine Ersparnis zu erzielen, beschloß die Oberbürgermeister, diese Zahlungsstermine zu strecken, also die Gehälter beispielsweise am 1., 15. und 25. September, 7., 20. Oktober usw. zu je einem Drittel der jetzigen Monatsgehälter auszuzahlen, so daß bis zum 31. März 1933 insgesamt bei allen Beamten ein Gehalt eingespart worden wäre. Diesem Plan gegenüber verhielten sich die Beamten ablehnend. Nun ist heute morgen eine Verlautbarung der Stadt bekannt geworden, wonach die Gehälter ab 1. September in vier Raten statt in drei ausbezahlt werden sollen. Damit würde an sich bezweckt, daß die Stadt an den einzelnen Auszahlungslagen kleinere Summen aufbringen hätte. Es scheint weiter die Absicht zu bestehen, eventuell die vierte Rate ausfallen zu lassen, wodurch eine noch höhere Ersparnis, nämlich 25% der Gehälter gegenüber 14-15% nach dem ersten Plan eintreten würde. Die Angelegenheit ist aber noch in der Schwebe.

STADTHEATER

Eröffnung d. Spielzeit 1932/33

Donnerstag 20- gegen 21 Uhr

Abonn.-Vorst. D 1

in vollständiger Neuausstattung

Der Freischütz

Vorverkauf ab Montag

Genossen

Beachtet

unsere Inserate!

LOBETHEATER

Sonnabend, 1. Sept. 20.15

Zum 1. Male!

Die Journalisten

Lichtspiel von Gustav Freytag

Eröffnungs-Vorstellung des

Gerhart-Hauptmann-Theaters

Sonnabend, 3. Sept. 19.30, in

Anwesenheit des Dichters

Zum 1. Male!

Und Pippa tanzt

Glashüttenmärchen von Gerhart Hauptmann



GESUNDE FRAU GESUNDES VOLK

Zeitgemäße Ausstellung des Deutschen Hygiene-Museums mit Sondergruppen vieler Behörden und Verbände

Ausstellungsgebäude Scheitnig

Einzigartige Darstellung des Urquells der Volksgesundheit

Eröffnung 27. August

Geöffnet täglich ab 10 Uhr / Eintritt 50 Pf.

Arztl. Führungen, Vorträge, Film-Vorführungen u. andere Sonderdarbietungen

Bedeutende Industrieabteilung

KABA

ist ein nichtstopfendes neues schokoladenähnliches Getränk, das wertvolle Aufbaustoffe und Vitamine enthält. Ärzte empfehlen Kaba für die Ernährung der Kinder und als ideales Hausgetränk.

Kaba ist jetzt billiger:

30 u. 60 Pfg. das Paket.

zu haben bei:

Waldem. Burczyk

Kolonialwaren

Delikatessen

Tabakwaren

Mathiasstraße 135

Ecke Michaelisstraße



Kauft nur bei unseren Inserenten!

Bringen Sie im Juli die Thüringer Spezialitäten zu Bräuer C. Kipke und genießen Sie sie

WOHIN AM SONNTAG?

Café und Restaurant ZEISEWEIS
Rauhestraße 11/12
Tägliche Lunchkarte
Wöchentliche Unterhaltung

In den „Jägerhof“
Gräbener Straße 181/183
Ausgang der guten Engelhardtstraße

Conditorei und Café Max Hönsch
Kaiserstraße 6 (an der Freiheitsbrücke)
Eigene Conditorei - Angenehmes Familienlokal

Fleischerei und Wurstfabrik Hermann Kipke
Frankfurter Straße Nr. 174
Gaststätte
Angenehmer Familienaufenthalt

Gasthaus zum Rothkretscham
Inh. Walter Thilo
Ofener Straße 127
Beliebtes Familienlokal mit Garten

Restaurant und Café „Lucullus“
Büttnerstraße 34 - Ecke Reinschstraße
Inhaber: Bernhard Freund (früher Geschäftsführer der „Walter-Waßmann“ Röntgenstraße, Ecke Turmstraße)

KAFFEE HAT SCHON
Trinken Sie Haag,
dann trinken Sie Qualitäts-Kaffee!

CONDITOREI u. Café Lehmannstr. 75
Inh. Willi Pirntke
Angenehmer Aufenthalt! Tägl. la. Backwaren
Radiokonzert

Waldschlößchen-Zimpel
Inh. E. Vothberg - Friedrich-Ebert-Straße 19
(gegenüber dem wundervollen Rosengarten)
Straßenbahn 9 und 18
Telefon 41087

Bellebtes Familienlokal
Jeden Sonntag Tanz
SA eine schöne Garten für Vereinsfestlichkeiten

Stammhaus der Brauerei C. Kipke
Inh. Leo Ulmer - Tel. 81963
Friedrich-Wilhelm-Straße 6

„Gesellschaftshaus Gräbchen“, früher Hopf & Goebke
Inh. Fritz Schwilinsky
Sonntag TANZ
Grotte Kipke Bier
Vorlitz. Spielen
Vereine bel. möglich

Es ist selbstverständlich... daß wir nur in solchen Lokalen verkehren, die im Inseratenteil stehen! Sagt das allen Genossen!

KAFFEE HAT SCHON
Trinken Sie Haag,
dann trinken Sie Qualitäts-Kaffee!